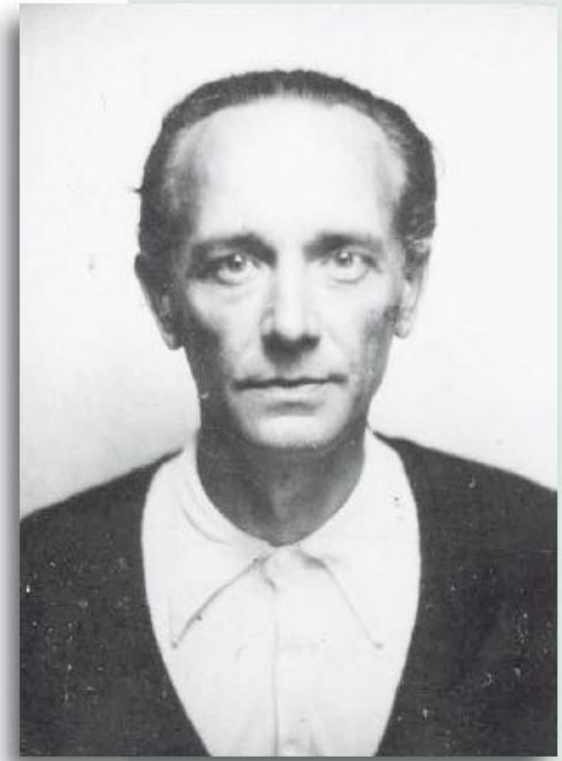
Maximilian Scheer

DAS DEUTSCHE VOLK KLAGT AN:
HITLERS KRIEG GEGEN DIE FRIEDENSKÄMPFER IN DEUTSCHLAND

Neuausgabe der Originalausgabe von 1936



»Bereits 1933 wußte man alles…«, so schreibt der französische Historiker Lionel Richard im Vorwort zur Neuauflage dieses bedeutenden Buches der deutschen Exilpresse. 1936 in Paris anonym veröffentlicht, berichtet dieses Buch detailliert von der nationalsozialistischen Unterdrückung, Gewalt und Zerstörung. Die »Gefahr millionenfachen Todes in einem neuen Krieg« steht den Autoren bereits klar vor Augen, der Massenmord an den Juden ist in der antisemitischen Hetze bereits als Generalbefehl angekündigt.

Zusammengetragen wurden diese Berichte von Maximilian Schlieper, einem Journalisten der deutschen Arbeiterpresse, der 1933 ins Exil nach Frankreich emigrierte und dort zum Schutz seiner deutschen Familie den Namen Maximilian Scheer annahm.

Seit langem verschollen, wird dieses Buch nun zum ersten Mal wieder in deutscher Übersetzung und mit dem ursprünglichen Vorwort von Romain Rolland vorgelegt. Die Ausgabe enthält einen ergänzenden Beitrag zu Willi Münzenberg und ein aktuelles Vorwort von Lionel Richards und Katharina Schlieper, der Tochter von Maximilian Scheer und Herausgeberin dieser Neuauflage.

Erscheint zur Buchmesse in Leipzig 2012

ca. 350 Seiten
Preis: 24,90 Euro

ISBN: 978-3-942281-20-1

OST - SEE

NORD - SEE

HOLLAND

POLNISCHER KORRIDOR

KÖNIGSBERG - QUSDNAU

TSCHECHOSLOWAKEI

POLEN

ÖSTERREICH

SCHWEIZ

FRANKREICH

ÜBERSICHTSKARTE

ÜBER DIE KONZENTRATIONSLAGER, ZUCHTHÄUSER UND GEFÄNGNISSE IN

DEUTSCHLAND

ZEICHENERKLÄRUNG:

K KONZENTRATIONSLAGER

■ STRAFANSTALT (ZUCHTHAUS ODER GEFÄNGNIS)

● GERICHTSGEFÄNGNIS

Inhalt

Lionel Richard
Bereits 1933 wusste man alles 9

Katharina Schlieper
Das deutsche Volk klagt an 13

Romain Rollan
Vorwort zur französischen Originalausgabe 17

Vorwort des Verfassers 19

Die Tyrannei gegen das deutsche Volk 21

Die Methoden der blutigen Unterdrückung 89

Ein Volk hinter Stacheldraht. .111

Die Legalisierung des Terrors. .167

Eine Statistik des Grauens .221

Warum und für wen?. .325

Der Widerstand eines Volkes .341

Anhang

Die Lagerordnung und Disziplinarordnung
des Konzentrationslagers Esterwegen. .365

Nikolaus Brauns
Propaganda als Berufung .383

Der rote Manager Willi Münzenberg
Biografisches Maximilian Scheer .393

Anhang beigelegt

Übersichtskarte über die Konzentrationslager,
Zuchthäuser und Gefängnisse in Deutschland UIII

Lionel Richard

Bereits 1933 wusste man alles …

Die wieder gefundenen Autoren des Zeit-Dokuments

Ein aufklärendes Feuerwerk der Tatsachen über den Terror im Dritten Reich, dieses Buch! ... Und das unmittelbar zu Beginn des faschistischen Nazi-Regimes. Nahezu vollständig ist die Beschreibung des Systems der Unterdrückung, der Gewalt und der Zerstörung. Selbst das antisemitische Programm liegt bereits vor. In einer angeführten Stelle aus einer nationalsozialistischen Zeitschrift vom Juli 1933 ist es deutlich zu lesen: »Das jüdische Volk ist ein teuflisches Volk. Es ist ein Volk von Verbrechern und Mördern. Das ist der Grund, weshalb das jüdische Volk unter der Sonne vernichtet werden muss.« Der Massenmord wird bereits als Generalbefehl angedeutet. Es fehlt nichts außer der Vorrichtung der Gaskammern.

Nur aus Vorsicht erschien dieses Werk anonym. Dennoch - mit einem Autoren dahinter. Sein Name? ... Maximilian Scheer. Ein fortschrittlicher Journalist aus der deutschen Arbeiterpresse, der im März 1933 nach Paris emigrierte. In Wirklichkeit hieß er Walter Schlieper. Geboren am 22. April 1896 in Hahn, stammte er aus der Region um Köln, wo er Theater und Literatur studierte. Im April 1929, bei einer Aufführung der »Tragödie unter Arbeitslosen« *Die Stempelbrüder* von Richard Duschinsky in Köln, gab er den Auftakt zu einem Skandal, indem er das schon spürbare Vorgehen der Nazis aufdeckte. Das genügte, um ihn auf die Liste der »unerwünschten« Personen zu setzen.

Als Anfang 1933 aufgrund seiner Beiträge in der Presse unter dem Namen Walter Schlieper nun auch seine Eltern und seine Familie gefährlich bedroht wurden, beschloss er, um sie zu schützen, drei Buchstaben aus seinem Familiennamen zu streichen und in Zukunft seinen zweiten Vornamen zu verwenden. In Paris wohnte er mit seiner Frau und seinem Sohn im 14. Arrondissement, in der Rue de la Sablière. Er arbeitete an den kleinen Zeitschriften mit, die die deutschen Antifaschisten veröffentlichten. Unter anderem an *Das Blaue Heft* und *Die Aktion.* Aber seine wichtigste Aufgabe war die Arbeit in der Unabhängigen Presseagentur *Inpress*, die im Laufe des Sommers 1933 gegründet worden war, angeregt durch den ungarischen Geografen Sándor Radó, der zum künftigen Nebenpfeiler der Widerstands- und Spionagegruppe »Rote Kapelle«, mit dem Sender der »Roten Drei« in der Schweiz während der Jahre 1941-1943 wurde.

Inpress hatte seine Räume nicht weit entfernt von *Les Halles* in der Rue Mondétour. Sein verantwortlicher Leiter war der französische Schriftsteller Renaud de Jouvenel. Die Aufgabe der Agentur bestand darin, Nachrichten über das nationalsozialistische Deutschland zu verbreiten. Täglich wurde ein Bulletin in drei Sprachen herausgegeben: in Deutsch, Englisch und Französisch. Bis Anfang 1936 erschien dieses Bulletin mit einer Auflage von etwa 800 Exemplaren täglich. Scheer machte die deutsche Ausgabe, für die französische war der Schriftsteller Vladimir Pozner verantwortlich.

Den Auftrag zum Buch *Das deutsche Volk klagt an* erhielt Scheer von den Pariser *Editions de Carrefour*. Der Gründer dieses Verlags, der Schweizer Pierre Lévy, hatte Willi Münzenberg, als Repräsentant der Propaganda der *Kommunistischen Internationale* in Frankreich, die Auswahl derjenigen Publikationen seines Hauses überlassen, die am wirksamsten den Kampf gegen das Dritte Reich unterstützen könnten. Die Finanzierung dieses Programms war durch die *Kommunistische Internationale* gewährleistet, mithilfe ihrer Kredite, die speziell dem antifaschistischen Kampf zugedacht waren. Vier Wochen waren geplant, bis zum Ende des Sommers 1936 sollte das bestellte Buch fertig sein.

Vom Verlag wurde ihm Bruno als Unterstützung zur Seite gegeben. Scheer kannte nur den Vornamen, wie auch von Nico, der später hinzukam und der im Ernst-Thälmann-Komitee für die Befreiung des Führers der *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)* aus dem Gefängnis Moabit kämpfte. Unterstützt von diesen beiden Kameraden trug Scheer die Fakten zusammen, auf denen seine Dokumentation basieren sollte, vor allem aus der *Freiheitsbibliothek* am Boulevard Arago, der *Bibliothek der verbrannten Bücher,* die vom Emigranten, und zu dieser Zeit Mitglied der KPD, Alfred Kantorowicz, am 10. Mai 1934 gegründet und seither geleitet wurde. Sobald das meiste Material gesammelt war, begann Scheer, das Buch zusammenzustellen. Er traf die Auswahl der Dokumente, konstruierte den Aufbau und verfasste die Verbindungstexte. In seiner späteren Chronik über sein Leben in der Emigration in Frankreich *So war es in Paris* (1964), einem Werk, das an der Schwelle des 21. Jahrhunderts leider immer noch nicht in einer französischen Ausgabe vorliegt, berichtet er: »Ich arbeitete täglich bis tief in die Nacht. Bruno half mit einigen Kapiteln. Aber wir schafften es nicht. Nico vom Thälmannkomitee übernahm einiges. In sechs Wochen war das Buch fertig.«

Die deutsche Originalausgabe wurde 1936 anonym veröffentlicht, gedruckt wurde sie in Strassburg. Untertitel: *Hitlers Krieg gegen die Freiheitskämpfer in Deutschland, ein Tatsachenbuch.* Die französische Ausgabe erschien im Februar 1937, gedruckt in Paris, ebenfalls anonym. Ihre Übersetzung hatten vermutlich die Mitarbeiter der *Inpress* gemeinsam übernommen. Sie war von einem Vorwort von Romain Rolland begleitet. Sinnbildlich war ihr Einband schwarz.

Sofort nach dem Erscheinen der französischen Ausgabe rezensierten Pariser Zeitungen wie *L´Humanité, L´Ère nouvelle, Les Annales politiques et littéraires* die Publikation beifällig, indem sie diese umfassende Aufdeckung der erschreckenden Bilanz des deut-

schen Schreckensregimes betroffen würdigten. Dank des Netzes der Gewerkschaften war die erste Auflage rasch vergriffen. Eine zweite folgte 1938.

Interniert in mehreren Lagern, die von den französischen Behörden »zum Besten der öffentlichen Ordnung und Sicherheit« errichtet wurden, wie es die viel gelesene Zeitung *Le Matin* am 23. Februar 1939 ankündigte, gelang es Scheer, in den Wirren zu Beginn des Krieges zu fliehen. In Marseille traf er mit seiner Frau und seinem damals 15-jährigen Sohn Gerrit zusammen. Der Familie gelang 1940 die abenteuerliche Flucht über die Pyrenäen nach Lissabon. Dort erreichte Scheer die Nachricht, dass er in Deutschland als Hochverräter zum Tode verurteilt worden war. Mit Hilfe seines französischen Freundes Pozner erhielt er in Portugal das Visum, das ihm im März 1941 mit einem Pass unter dem falschen Namen Walter Sandek die Emigration in die USA ermöglichte.

Von 1942 bis 1947 wohnte er in New York in der 74 West 103 Street, arbeitete zunächst als Redakteur, dann bis 1946 als Chefredakteur der Fremdsprachen-Redaktion der Presseagentur *Overseas News Agency - ONA,* war Mitarbeiter im *Council for a Democratic Germany*, arbeitete zusammen mit Elisabeth Hauptmann in der Redaktion des Bulletins *Council* und in verschiedenen Publikationsorganen deutscher Emigranten, wie *Aufbau, The Protestant, New Yorker Volkszeitung, German American.*

1947 kehrte er nach Europa in das hungernde Deutschland zurück. In der sowjetischen Besatzungszone wurde ihm die Mitarbeit an der Leitung der Zeitschrift *Ost und West* anvertraut, für die Kantorowicz, ehe er 1949 von der neuen führenden Partei, der SED, beseitigt wurde, noch verantwortlich war. Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik übernahm er von 1949 bis 1952 die Leitung der Hauptabteilung *Künstlerisches Wort* des Rundfunks in Ost-Berlin, arbeitete beim *Deutschlandsender* und beim *Berliner Rundfunk*. Er wurde Mitglied des *Deutschen Friedensrates,* des *Weltfriedensrates* und ab 1951 des *P.E.N.- Clubs*.

Als freier Schriftsteller widmete er sich ab 1952 fast ausschließlich der Reportage, bereiste als Berichterstatter politischer Brennpunkte im antikolonialistischen Kampf fünf Kontinente, mehrfach die arabischen Staaten, berichtete vor Ort für Funk und Fernsehen über die Suez-Krise, bereiste und schrieb über Afrika, Kuba, Ägypten, Syrien, Sudan, Libanon, Jordanien, Mongolei, Zypern und andere Länder. Er engagierte sich für die Freilassung der Rosenbergs, von Angela Davis, von Martin Sobell und anderer eingesperrter aufrechter, fortschrittlicher Menschen. Bis zu seinem Tod am 03. Februar 1978 in Berlin schrieb er Hörspiele, Stücke, Reportagen, in denen er so klar wie in seinem ersten Buch Stellung bezog: unerschrocken den Tatsachen verpflichtet und, wie er selbst sagte: Im Streben, die Welt ein wenig gerechter und menschlicher zu machen.

Als emeritierter Universitätsprofessor und französischer Schriftsteller ist Lionel Richard Autor von vielen Büchern und Beiträgen u.a. über den Nationalsozialismus.

Katharina Schlieper

Das deutsche Volk klagt an

hat an seiner Brisanz, seiner Aufdeckung erschütternder Tatsachen und der beeindruckenden Prägnanz seiner Kommentare bis heute nichts an seiner Aktualität verloren. Diese erste Neuauflage in Deutsch 2012, dem Jahr, in dem Maximilian Scheer seinen 116. Geburtstag begehen würde und 76 Jahre nach der Erstveröffentlichung des Originals 1936, ist dem Engagement des LAIKA-Verlages, insbesondere Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo zu verdanken, die die anhaltende Beunruhigung über gegenwärtige Ereignisse auf dem zerstörerischen Boden neofaschistischer Gedanken zum dringenden Anlass nahmen, mit der Erinnerung an diese Dokumentation des Nationalsozialismus, dessen Absicht dieses Buch entlarvt, erneut ein Zeichen der Wachsamkeit zu setzen. Dafür danke ich ihnen sehr herzlich.

Eine erste französische Neuauflage des Buches seit 1938 erschien 2009 durch die AFMD, der *Association des Amis de la Fondation pour la Mémoire de la Déportation.* Das Ziel: Schulen und Bibliotheken, um der nachfolgenden Generation den Zugang zu den Tatsachen zu ermöglichen, das Grauen im Gedächtnis zu bewahren und den Tendenzen der Verharmlosung dieses Teils dunkelster deutscher Geschichte entgegenzuwirken. Ein wichtiges Buch – noch heute.

»Damals half es«, resümiert Scheer in *So war es in Paris*, seinem autobiografischen Buch (1964) über seine Zeit in der Emigration, »dem Widerstand gegen den Faschismus – nun und später. Es gehörte, wie mein späteres, gezeichnetes Buch *Blut und Ehre,* zu den ersten Büchern auf der Verbotsliste der Nazis nach der Besetzung von Paris.«

Die Folgen des Nationalsozialismus, seines menschenverachtenden Geistes, das Erleben permanenter, existenzieller Bedrohung, haben die Generation der damals Lebenden, insbesondere der Verfolgten geprägt. Und sie wirken auf subtile Weise in den Nachfahren der Ermordeten, der in Konzentrationslagern Gequälten, Bedrohten und Verfolgten ebenso wie in den Überlebenden und deren Nachfahren. Meist sind die Wirkungen und Folgen dieser Traumatisierungen nicht sofort sichtbar. In meiner Arbeit als mehrgenerationale Familientherapeutin und Systemische Begleiterin von Menschen in schwierigen Lebenssituationen, treffe ich häufig auf Biografien von jüngeren Menschen, deren Familien ihre Erfahrungen in der Nazi-Zeit weder formulieren, geschweige denn verarbeiten konnten - so tief geht das Schweigen, so schmerzlich waren Entwürdigungen und Folter, so groß und unfassbar das Grauen. Die bis heute anhaltende Wunde der extremen

Verletzung der Menschlichkeit, der Würde und des Respekts vor der Einzigartigkeit jedes Lebens ist für Betroffene, Leidtragende des damaligen Regimes, deren Angehörige und Nachfahren wie mitunter auch für Angehörige nachfolgender Generationen von Tätern gleichermaßen entsetzlich.

»Mich selber«, bekennt Scheer (a.a.O.), »traf das Schreiben und Redigieren des Buches so tief, dass es mir unmöglich wurde, ein anderes geschriebenes oder gefilmtes Werk ähnlichen Stoffes zu lesen oder zu sehen.

In der Hölle brennt man. Der alte Aberglaube bekam für mich neuen Sinn.«

Den nachfolgenden Generationen ist eine schwere, aber wichtige Aufgabe gegeben: das Unrecht an Großeltern, Eltern und Angehörigen zu erkennen, wie auch sein Ausmaß des Leids von Millionen Menschen in der ganzen Welt, den es verursacht hat; den Mut und den Widerstand gegen das Unrechtregime zu würdigen und vor allem: es im Bewusstsein zu behalten, es nicht zu verschweigen, sondern zu benennen und neue Formen zu finden, in denen sich, oft erstmals, behutsam über die Erfahrungen reden lässt.

Auch das ist Friedensarbeit. Erinnerung und Anerkennung des erfahrenen Unrechtes tragen dazu bei, den tiefen Wunden einen menschlichen Blick der Anteilnahme zu geben, der, falls es sie geben kann, für die Heilung unablässig ist.

Ich danke allen Beteiligten an der Neuauflage dieses Buches. Ich danke dem Verlag, der sie als Beitrag zum Weltfrieden ermöglichte und dessen Recherchen es zu verdanken ist, dass auch die beiden mutigen Mitverfasser dieses Buches nicht länger namenlos bleiben: vermutlich waren es Erich Birkenhauer, genannt »Nico« und Bruno Meisel (»Bruno«), deren Spuren sich verloren haben.

Besonders herzlich danke ich André Pozner für seine Freundschaft und seine unermüdliche Unterstützung in der Zeit der Vorbereitung dieses Buches, seine Erinnerungen und unsere Gespräche über die Arbeit unserer Väter, die dazu beitrugen, die Zeit der Emigration und die Arbeit an diesem Buch zu rekapitulieren. Ebenso herzlich danke ich Lionel Richard für seine freundschaftlichen, ermutigenden Worte, seine ebenso unermüdliche Unterstützung wie auch seinen Erinnerungen an meinen Vater, dem er noch selbst begegnete und ganz besonders für seinen Artikel in der *Le Monde diplomatique* vom Mai 2010, mit dem er nach der Neuauflage des Buches in Frankreich die Autoren des als anonym geltenden Buches benannte und mit bemerkenswert genauer historischer Kenntnis die Entstehungsgeschichte dieses Buches der Öffentlichkeit zugänglich machte. Ihm ist es zu verdanken, dass Vermutungen und Mutmaßungen über den oder die Autoren des 936 anonym erschienenen Buches nun auch unbestritten durch Tatsachen ersetzt werden konnten. Ich danke ihm sehr für seine Erlaubnis, seinen Artikel zu übersetzen und, was die Biografie meines Vaters betrifft, noch erweitern zu dürfen. Ich danke meinem Vater für die Zeit, die ich ihn erleben durfte, für seine Wärme und Herzlichkeit, seine Aufrichtigkeit und sein Lachen, seinen messerscharfen Verstand und sein mutiges Herz, auch in dunkels-

ten Tagen der Menschlichkeit zu vertrauen. Dass er sich diese Fähigkeit erhalten konnte, liegt mit Sicherheit auch an all jenen Menschen, die ihn liebten, für die er wichtig war, die die Wege seines Lebens begleiteten und teilten, denen auch er sich von Herzen in Liebe verbunden fühlte: seiner Familie, seinen Freunde. Auch an sie sei erinnert bei der Neuauflage dieses Buches, an den Rückhalt, den sie gaben, die Verbundenheit, für die Vision in einer, wie er es in seiner Autobiografie beschrieb »von Unrecht befreiten Welt« zu leben und zu schreiben. Und so sei, angesichts des aufgedeckten Grauens, das das vorliegende Tatsachen-Buch offenbart, auch an all jene unzähligen, häufig auch unbekannt gebliebenen Gesten des Widerstandes erinnert, die überall auf der Welt, damals und heute, der Finsternis von Missachtung, Gewalt und Verachtung in Würde widerstehen und mit ihrer menschlichen Wärme zum Licht friedvoller Begegnungen beitragen.

Ich wünsche diesem Buch der dokumentierten entsetzlichen Tatsachen eine tiefe Anteilnahme der Leser und Leserinnen, den Herzen der nachfolgenden Generationen der unmittelbar Betroffenen Betroffenheit, die an die innere Kraft der Aufrichtigkeit und der Wahrheit erinnert, insbesondere jedoch Achtsamkeit gegenüber allen Nuancen der Ausgrenzung, der Willkür und anderer neofaschistischer Haltungen in Gegenwart und Zukunft, angesichts des Terrors einer Zeit, deren Folgen noch immer nicht der Vergangenheit angehören.

Dresden im November 2011

Romain Rolland

Vorwort zur französischen Originalausgabe

Das deutsche Volk klagt an!
(»Le peuple allemand accuse !«)

Dieser Titel erinnert an die mannhafte Herausforderung, die vor Zeiten ein Mensch in das Gesicht der Gewalt warf. Es handelte sich einst um einen einzigen verurteilten Unschuldigen. Und zu diesem Anruf empörte sich das Gewissen der ganzen Welt.

Heute schweigt die Welt angesichts eines Volkes, das zu Grabe getragen wird. Die »anständigen Leute« wenden ihre Blicke ab und tun so, als ob sie nichts davon gesehen hätten. Selbst unser großer Alain *(eig. Émile-Auguste Chartier frz. Philosoph u. Schriftsteller, 1868 – 1951, Anm. d. Hrsg.)* schrieb vor drei Jahren – (ich glaube nicht, dass er dies heute wiederholen würde!) - : »*Ich habe wenig auf das Ergebnis des zur Macht gekommenen Hitlers reagiert. Für diese weit entfernten Dinge bleibe ich unempfindlich*«. Diese »weit entfernten Dinge« sind an unserer Tür; sie haben bereits die Schwelle unserer Tür überschritten. Wenn auch das Verbrechen und das Unglück am äußersten Ende der Welt wären, so ist jetzt dieses äußerste Ende nur eine der Ecken unserer eigenen Kammer; selbst, wenn wir vor dem Verbrechen und dem Unglück weglaufen wollten, kämen sie bis zu unserer Tür, uns zu suchen. All das Gute und all das Übel der Menschheit ist unser. Wenn wir versucht wären, diese Wahrheit zu vergessen, würden uns die schlimmsten Unterdrücker der Völker daran erinnern. Ja, sicher: was das Hitlertum selbst betrifft, so steht es nicht still vor dem Interesse daran, was sich derzeit in Spanien ereignet! Und wir sehen heute in Frankreich, wie es sich auch bei uns in Aktionen versucht, mit denen es früher in Deutschland bereits erfolgreich war! …

Nun gut, es ist notwendig, dass »die anständigen Leute« in Frankreich, dass all jene, deren Herz nicht groß genug ist, um einen Platz für das Leiden anderer Völker in ihm freizuhalten, erkennen lernen, was bei uns zu erwarten ist, wenn sie es zulassen, dass sich in unserem Land das Hitlertum auch festigt.

Sie werden sich überzeugen können, dass die Unterjochung Deutschlands, dass die Kreuzigung seiner besten Menschen, der erste Schritt in die Richtung der Verwirklichung der ausgedehnten Pläne der Beherrschung und Unterwerfung der Welt durch das Dritte Reich ist. Innerhalb von drei Jahren wurden mehr als eine Million Menschen verhaf-

tet, 225.000 von ihnen - das ist das Ergebnis, offenbart den Wert von fünf Armeekorps, *»Armeekorps zur Verteidigung des Friedens und der Freiheit«* – wurden verurteilt, eingesperrt, zum Schweigen gezwungen, ihre Elite gewaltsam beleidigt, gequält, ermordet: Voraussetzung und Vorbereitung für die Mobilisierung eines Volkes, das von seinen moralischen, geistigen, politischen Führern entkopft wurde, und das die Anhänger Hitlers gegen die westlichen Demokratien, gegen unsere Volksfront und gegen die Große Union der sozialistischen Republiken im Osten Europas jagen wollen.

Dieses Buch wird uns auch lehren, was wir bisher zu sehr zu fühlen vergessen haben: einen bewundernswürdigen Heldenmut jener verfolgten Deutschen, die, von der übrigen Welt seit Jahren im Stich gelassen, im Verborgenen, im Schatten, ohne zu ermüden, einen ungleichen Kampf liefern. Wir bewundern gerade das unerschrockene Volk der Spanier, das sich in diesen Tagen für die Verteidigung seiner Freiheit opfert. Die Tausenden deutschen Unterdrückten, besiegt und unbesiegbar, sind unseres Respektes nicht weniger würdig. Ehre dem wahrhaften Deutschland, dem bedrückten! Wann wird es sich mit uns für den Fortschritt des Menschen verbinden können, dass wir gemeinsam eine neue Welt bauen!

Vorwort des Verfassers

Dieses Buch will dem Frieden dienen.

Als Emile Zola sein unsterbliches »J‹accuse« schrieb, ging es um das Schicksal eines Einzelnen. Damals war ganz Frankreich aufgewühlt, die Oeffentlichkeit Europas war alarmiert, die Welt verfolgte fiebernd den Kampf um das Schicksal *eines* Unschuldigen.

Heute geht es um das Schicksal *Hunderttausender von Unschuldigen*, die in den Bagnos des Dritten Reiches leiden und leiden werden. Es geht um das Schicksal *eines Volkes von fünfundsechzig Millionen, um die Sicherheit Europas, um den Frieden der Welt.* Darum musste dieses Buch geschrieben werden.

Es ist so objektiv, wie es ein Tatsachenbericht erfordert, und so unerbittlich, wie es die Wahrheit gebietet.

In ihm sind die Nationalsozialisten zu Zeugen der Taten aufgerufen, deren das deutsche Volk sie anklagt. Berichte von Illegalen und von Gehetzten, die ins Ausland entkamen, enthüllen, was die Nationalsozialisten verschweigen.

Möge der Appell des deutschen Volkes nicht ungehört verhallen! Wenn er gehört wird, kann vom deutschen Volk und von der Welt die Gefahr millionenfachen Todes in einem neuen Kriege abgewandt werden.

Die Verfasser und der Verlag.

Eine Statistik des Grauens

In den vierzig Monaten der Hitler-Regierung haben nationalsozialistische Gerichte rund 225 000 Männer und Frauen wegen ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung oder auf Grund der Rassengesetze zu insgesamt etwa 600 000 Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt. Weder die Untersuchungs- noch die Schutzhaft sind bei diesen Zahlen berücksichtigt.

»In der übergrossen Sorge, die Republik vor ihren eigenen Bürgern durch Paragraphen und Zuchthaus zu schützen, liegt die vernichtendste Kritik und Herabsetzung der gesamten Institution selbst.«
(Adolf Hitler, »Mein Kampf«, S. 639).

Kein menschliches Gehirn vermag zu fassen, was das bedeutet:

zweihundertfünfundzwanzigtausend Verurteilte

— in rund drei Jahren, verurteilt wegen ihrer Ueberzeugung oder ihrer Abstammung, eingekerkert in den Gefängnis- oder Zuchthauszellen der nationalsozialistischen Diktatur. Politiker, Schriftsteller, Pfarrer, Aerzte, Anwälte, Kleingewerbetreibende, Bauern, Arbeiter. Und immer wieder Arbeiter.

Zehntausende Männer, deren Frauen von Gram gezeichnet sind.

Zehntausende Väter, deren Kinder hungern.

Zehntausende Söhne, deren Eltern der Stütze ihres Alters beraubt sind.

Tausende von Müttern.

Das heisst: mehr als zwei mal hunderttausend zerstörte Familien. Das heisst: fünf, vielleicht acht mal hunderttausend Menschen in Deutschland — Angehörige der Gefangenen —, die viele Monate oder lange qualvolle Jahre in die Tage und Nächte fragen: Was wird aus ihnen? Wie werden sie behandelt? Leiden sie Hunger? Die fragen: Lebst Du noch?... Ein Meer von Not und Tränen, Angst und Verzweiflung.

Und trotzdem: die Kette der politischen Prozesse reisst nicht ab. Die Zahl der Strafverfolgungen von Gegnern des Regimes nimmt von Monat zu Monat zu. Immer mehr Menschen werden auf die Anklagebank geworfen. Immer überfüllter werden Gefängnisse und Zuchthäuser. Denn für jeden verhafteten Oppositionellen tauchen aus der Anonymität der Masse

andere Mutige und Selbstlose auf, die die Gefahr, das Schicksal und das Leid Hunderttausender zu teilen, nicht schreckt, wenn sie der Sache der Freiheit und des Friedens dienen können.

Und weil der Widerstand wächst, und weil die Hitlerregierung ein Interesse daran hat, vor In- und Ausland den wahren Umfang des Widerstandes gegen ihr Regime zu verschweigen, — darum veröffentlicht die nationalsozialistische Presse nur einen Bruchteil der politischen Prozesse; darum nennt keine deutsche Statistik die Gesamtzahl der aus politischen Gründen Verurteilten, sondern verschleiert sie, und darum schliesslich werden amtliche Statistiken im Dritten Reich nachweisbar gefälscht.

Die Verheimlichung in der nationalsozialistischen Presse

Vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm begann am 1. Februar 1934 ein Hochverratsprozess, der am 8. Februar 1934 mit der Verurteilung von 64 Angeklagten zu Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren endete.

Das Schöffengericht Rostock verurteilte am 19. April 1934 sieben Kommunisten wegen angeblichen Waffenbesitzes.

Der Londoner »Daily Telegraph« teilte Anfang Februar 1935 mit, dass in Nürnberg und München 150 Personen wegen kommunistischer Betätigung zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Am 27. Mai 1935 wurden in Bremen acht Angeklagte wegen illegaler Betätigung, darunter der Junglehrer Lenz, zu Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ueber keinen dieser Prozesse ist in der nationalsozialistischen Presse auch nur eine Zeile zu ermitteln. Das sind Beispiele aus Tausenden. Welche Verurteilungen der Oeffentlichkeit mitgeteilt und insbesondere in der im Ausland gelesenen Presse des Dritten Reiches vermerkt werden, bestimmen das Propagandaministerium oder seine Landesstellen.

Die Verschleierung in den Statistiken

In dem amtlichen Statistischen Jahrbuch 1935 sind für das Jahr 1933 acht der veröffentlichten Strafgruppen als Gruppen politisch Verurteilter erkennbar. Danach sollen verurteilt worden sein:

wegen Hochverrats	1 698	Personen
auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik	36	«
auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen	1 128	«
auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror ..	66	«

auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat	3 133	Personen
auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe	951	«
auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung	3 794	«
auf Grund des Gesetzes über Schusswaffen und Munition	9 765	«
Insgesamt	20 574	Personen

Rund zwanzigtausend, — aber das Statistische Jahrbuch nennt für das Jahr 1933 eine Gesamtzahl der Verurteilten von 489 090. Rund zwanzigtausend — also nur vier Prozent! Aber 1933 wurden Hunderttausende verhaftet viele Zehntausende auf die Anklagebank geschickt, 26 Sondergerichte für politische Prozesse wurden im März 1933 geschaffen. Wo ist die Gesamtzahl der politischen Prozesse? Sie wird verschwiegen. Wo sind die fehlenden Urteile? Sie werden verschleiert. Zahllose politische Fälle sind in den Gruppen der gemeinen Vergehen und gemeinen Verbrechen versteckt.

Wie das gemacht wird, ist an einigen Beispielen nachzuweisen.

Drei Reichsbannerleute, die am 26. Februar 1933 in Berlin von einer SA-Abteilung überfallen worden waren, sich zur Wehr gesetzt und dabei drei SA-Leute verletzt hatten, verurteilte das Schwurgericht Berlin wegen »versuchten Totschlags« zu Zuchthausstrafen bis zu 3 1/2 Jahren. (Kölnische Zeitung, 30. 8. 1933.) Solche Urteile erscheinen in der Statistik nicht als politische Fälle; sie sind »gemeine Verbrechen«. Ihre Zahl ist erheblich. In allen Städten und Orten haben die Nationalsozialisten nach Hitlers Machtantritt ihre Gegner auf offener Strasse überfallen. Wer sich verteidigte, flog wegen »versuchten Totschlags« oder »versuchten Mordes« ins Zuchthaus, — wenn sein Kopf nicht unter dem Beil des Scharfrichters fiel.

Zahllose Personen wurden wegen »Beleidigung« Hitlers, Görings, Göbbels, der Gauleiter, der SA, der SS, der NSDAP, des »nationalsozialistischen Staates« usw. verurteilt. Das Statistische Jahrbuch nennt die Zahl der 1933 wegen »Beleidigung« Bestraften mit 27 985. Wieviel politische? Schweigen.

Zahlreiche Pfarrer wurden wegen »Kanzelmissbrauchs« bestraft. Sie sind in der Statistik nicht als politische Fälle erkennbar. (Später haben nationalsozialistische Gerichte Dutzende von Mitgliedern des Klerus wegen des »gemeinen Verbrechens der Devisenschiebung« zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, um den »politischen Katholizismus« zu diffamieren.)

Sogar wegen »Verübung groben Unfugs« wurden leichtere politische Fälle geahndet. So bestätigte das preussische Kammergericht als höchste Instanz das Urteil gegen

eine Frau, »die anlässlich der Uebertragung einer Hitlerrede beim Vorübergehen an einer Geschäftsstelle der NSDAP die Spitzen ihrer Zeigefinger in die Ohren gesteckt hatte«, da ein »solches Verhalten geeignet erscheine, den äusseren Bestand der öffentlichen Ordnung zu stören«. (Berliner Tageblatt, 20. 1. 1935.)

Wegen »Trunkenheit« nach § 350a des Strafgesetzbuches wurden Personen verurteilt, die in Restaurants »Greuelmärchen« verbreitet hatten.

Hohe, mittlere und kleine Beamte der Republik wurden unter fadenscheinigsten Begründungen angeblich krimineller Vergehen beschuldigt und verurteilt. In aller Erinnerung sind noch die Prozesse gegen die früheren Leiter des deutschen Rundfunks. Obwohl die Institutionen der Republik mit solchen Verurteilungen herabgesetzt werden sollten, sind sie in der Statistik zwischen den Urteilen wegen gemeiner Delikte versteckt.

Der frühere kommunistische Abgeordnete Dr. Theodor Neubauer, der sich nach Hitlers Machtantritt illegal in Deutschland aufhielt, wurde bei seiner Verhaftung im Besitz eines falschen Passes betroffen. Der Staatsanwalt erhob gegen ihn Anklage wegen »Urkundenfälschung«. Das Gericht verurteilte ihn zu sieben Monaten Gefängnis. Vierzehn Monate lange erlebte Neubauer die Schrecken der Konzentrationslager, bevor er ins Untersuchungsgefängnis überführt wurde; die Hölle Columbiahaus schloss ihre Tore hinter ihm, als er die Strafe verbüsst hatte: noch bei Abschluss des Buches ist Neubauer nicht frei. Aber im Statistischen Jahrbuch sind solche klaren politischen Fälle als Urkundenfälschung, das heisst als gemeine Vergehen geführt.

In die vielen Tausende geht die Gesamtzahl der aus politischen Gründen Verurteilten, die das Statistische Jahrbuch als Kriminelle anführt. Aber das ist nicht alles. Das ist erst der Anfang.

Von den 489 090 im Jahre 1933 insgesamt Verurteilten begnügt sich das Statistische Jahrbuch, nur 369 192 mit der Angabe: »Bemerkenswert durch Schwere, Zahl oder Eigenart« zu spezifizieren. Für rund 120 000 Fälle verschweigt das Jahrbuch die Delikte überhaupt. Sie sind offenbar nicht »bemerkenswert«, Nach welchen Gesichtspunkten ist die Auswahl getroffen?

»Nicht bemerkenswert« für die Statistiker des Dritten Reiches sind sogenannte »Sprengstoffverbrechen«, obwohl das Breslauer Oberlandesgericht allein in einem einzigen Prozess gegen 30 Kommunisten aus Schmiedeberg verhandelte und Urteile wegen »Verbrechens gegen § 7 des Sprengstoffgesetzes« bis zu 10 Jahren Zuchthaus fällte. (Schlesische Zeitung, 29. 11. 1933.)

»Nicht bemerkenswert« für die Statistiker des Dritten Reiches sind Prozesse wegen des »Verbrechens gegen das Gesetz zur Neubildung von Parteien«, obwohl in einem einzigen Prozess vor dem Freiberger Sondergericht nicht weniger als 65 Kommunisten dieses Delikts beschuldigt waren. (Leipziger Tageszeitung, 9. 6. 1934.)

»Nicht bemerkenswert« für die Statistiker des Dritten Reiches ist sogenannter »Landfriedensbruch«. Ein Delikt, für das Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren verhängt wurden.

»Nicht bemerkenswert« für die Statistiker des Dritten Reiches sind Prozesse wegen »Aufruhrs«, nicht bemerkenswert, summa summarum, sind alle politischen Prozesse, die in der Statistik verschwiegen werden sollen, damit die Oeffentlichkeit das Ausmass der Schreckensurteile nicht erkenne.

Hundertzwanzigtausend Urteile sind »nicht bemerkenswert«. Wie hoch die Zahl der politischen Urteile in diesen 120 000 ist, erfährt weder das In- noch das Ausland. Aber eins weiss man nun: die Oeffentlichkeit wird in den Statistiken über die Verurteilten, wie in hundert andern Fällen, von den nationalsozialistischen Machthabern mit Taschenspielertricks hinters Licht geführt. Sie soll düpiert werden. Aber die Düpierung allein genügt nicht. Mit ihr allein sind die Justizverbrechen nicht zu verheimlichen. Und darum greifen die heutigen Herren Deutschlands zu ihrem bewährtesten Mittel: sie greifen zur ungeschminkten Lüge. Sie greifen zur erweisbaren Fälschung. Sie fälschen die Statistiken.

Die Fälschung der Statistiken

Betrachten wir den Umfang der Fälschung an zwei Beispielen.

Erstes Beispiel: In den offiziellen »Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches« (Heft 4, 1935) wird behauptet, vor sämtlichen Oberlandesgerichten des Reiches seien in den Jahren 1933 und 1934 insgesamt 3792 Anklagesachen anhängig gemacht worden und 3351 Urteile ergangen. Aber am 30. August 1934 hatte das »Hamburger Fremdenblatt« ausnahmsweise berichtet, ohne dass das Propagandaministerium rechtzeitig eingegriffen hätte:

> *»Bisher sind in Hamburg (vor dem Oberlandesgericht) rund 1000 Kommunisten abgeurteilt, und gegen etwa die gleiche Zahl schwebt noch das Verfahren.«*

Es gab damals in Deutschland 26 Oberlandesgerichte, (seit Sommer 1936 gibt es, mit Saarbrücken, 27). Vor einem dieser 26 Oberlandesgerichte waren allein in eineinhalb Jahren 2.000 Verfahren anhängig gemacht worden, und nur gegen Kommunisten. Bleiben — nach der Statistik — nicht in 18, sondern in 23 Monaten, nicht nur gegen Kommunisten, sondern gegen Angeklagte aller Gruppen der Opposition, und vor nicht weniger als 25 Oberlandesgerichten: rund 1 800 Verfahren. Ist diese Statistik glaubhaft? Kann diese Statistik stimmen? Sie kann nicht stimmen, und sie stimmt keinesfalls. Sie ist gefälscht.

Zweites Beispiel: Am 15. August 1933 meldete die »Frankfurter Zeitung« in vier Zeilen an versteckter Stelle:

> *»Vor dem thüringischen Sondergericht zur Aburteilung politischer Straftaten sind bis jetzt mehr als 1 000 Strafverfahren anhängig gemacht worden.«*

Die Sondergerichte wurden Ende März 1933 eingesetzt. Vor diesem einen, dem thüringischen Sondergericht, waren in viereinhalb Monaten 1 000 Strafverfahren anhängig gemacht worden. Das bedeutet, umgerechnet auf die neun Monate (von Ende März bis Ende Dezember), für das Jahr 1933 rund 2 000 Strafverfahren.

Im April 1934 berichtete der Stuttgarter »NS-Kurier«, dass vor dem Württembergischen Sondergericht bis zum 31. März 1934, während seines einjährigen Bestehens, insgesamt 1044 Verfahren anhängig gemacht worden seien. Wiederum umgerechnet ergibt das für das Jahr 1933 rund 800 Strafverfahren.

Rund 2800 Verfahren vor zwei Sondergerichten! Und das »Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches«, (Heft 4, 1935) will die Welt glauben machen, dass vor den insgesamt 26 Sondergerichten im Jahre 1933 — 5 365 Strafverfahren anhängig gemacht worden seien. Auch diese Fälschung ist mit Händen zu greifen.

Wie hoch ist die Zahl der Verurteilten tatsächlich?

Vier Tatsachen ergeben sich mit unleugbarer Deutlichkeit:

1. Die nationalsozialistische Presse verschweigt von politischen Prozessen, was das Propagandaministerium ihr zu verschweigen befiehlt. Und nur in verschwindenden Einzelfällen lässt eine unvorsichtigerweise veröffentlichte Notiz den Umfang des Justizterrors im Dritten Reich ahnen.
2. Tausende von politischen Fällen sind im Statistischen Jahrbuch unter den Zahlen der Kriminellen versteckt.
3. Tausende von politisch Verurteilten befinden sich unter den 120 000, für die das Statistische Jahrbuch das Delikt verschweigt.
4. Die Zahlen, die in den Statistiken des Dritten Reiches veröffentlicht werden, sind nach Gesichtspunkten der Propaganda obendrein gefälscht.

Wie ein Filmstreifen aus der gigantischsten Fälscherwerkstatt, die die Welt je gesehen, rollen die Machinationen der nationalsozialistischen Machthaber vor unseren Augen ab. Vor keiner Verheimlichung, keiner Täuschung, keiner Lüge, keiner Perfidie schrecken sie zurück, um ihre Macht zu sichern. Ihre Organe ziehen Tausende und Abertausende von Wehrlosen in ihre Fänge, aber die Zahl ihrer Opfer zu veröffentlichen, wagen sie nicht. Viele Zehntausende, politische Gegner des Regimes, verschwinden im Dritten Reich in Zuchthaus- und Gefängniszellen, ohne dass irgend jemand ausser den nächsten Angehörigen von ihrem Schicksal erfährt.

Wie hoch ist die Zahl der Verschwiegenen für das Jahr 1933? Da die Hitlerregierung die Tatsachen verheimlicht, verschleiert, entstellt und fälscht, ist es notwendig, aus der Fülle der Indizien durch Schätzung die Schlussfolgerung zu ziehen. Bei aller Zurückhal-

tung muss die Zahl der Verschwiegenen auf mindestens 20 000 geschätzt und als Gerichtsbilanz des ersten Jahres der nationalsozialistischen Herrschaft festgestellt werden:

Im Jahre 1933 sind ausser den in der Statistik zugegebenen 20 000 Verurteilungen mindestens weitere 20 000, insgesamt also 40 000 Verurteilungen politischer Gegner im Dritten Reich erfolgt.

Im Oktober 1933 war Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten, der »Reichstag« war aufgelöst, Neuwahlen waren ausgeschrieben worden. Im gleichen Monat verkündete die Hitlerregierung ein Gesetz, wonach »mit dem Tode, mit lebenslänglichem Zuchthaus oder Zuchthaus bis zu 15 Jahren bestraft wird, wer hochverräterische Druckschriften im Ausland herstellt und verbreitet oder wer solche Druckschriften in Deutschland einführt und verbreitet«. In der letzten Woche vor der »Wahl« verhaftete die Gestapo, wie sie mitteilte, »15 000 Marxisten wegen staatsfeindlicher Betätigung«. Allein in einer Woche! — und nach der »Wahl« nahm die Jagd auf »Staatsfeinde«, auf jene, die mit Nein gestimmt hatten, ihren Fortgang, Die Ende 1933 Verhafteten begannen Anfang 1934 die deutschen Gerichtssäle zu füllen.

Und in diesem Jahr 1934, dem zweiten des Hitlerregimes, erwies sich: der Terror hatte seine entscheidende Absicht verfehlt. Die Opposition war zwar unterdrückt, aber sie war nicht ausgelöscht. Die geheime Opposition gegen das Regime wuchs. Im April 1934 wurde das oberste Blutgericht des Dritten Reiches, das »Volksgericht«, geschaffen. Göbbels eröffnete den Feldzug gegen breite Schichten Unzufriedener, die er als »Meckerer« und »Miesmacher« zu diffamieren versuchte. Die Bartholomäusnacht des 30. Juni brach an, Tausende von oppositionellen Nationalsozialisten wurden verhaftet und vor Gericht gestellt, so weit sie nicht unter den Schüssen der Mordkommandos fielen. Tausende Gegner des Regimes wurden mit ihnen um Freiheit oder Leben gebracht. Die »Wahl« Hitlers als Nachfolger Hindenburgs am 19. August 1934 ergab die grösste, unter dem Naziregime jemals zugegebene Zahl von Neinstimmen und Stimmenthaltungen. In Berlin rund 30 Prozent, in Hamburg rund 29 Prozent, in Lübeck rund 27, in Köln 26, in Bremen 23 Prozent. Wiederum verschärfte sich der Terror. Und schliesslich war 1934 das Jahr, in dem Zehntausende der in den ersten Monaten nach Hitlers Machtantritt Verhafteten in Konzentrationslagern und Gestapogefängnissen prozessreif gemacht worden waren.

Die Zahl der 1934 Verurteilten ist darum noch weit höher als die des Vorjahres. Aber für die Zeit nach 1933 fehlen amtliche deutsche Kriminalstatistiken bis zum Abschluss dieses Buches überhaupt. Immerhin gibt es andere und überdies zuverlässigere Quellen.

Illegale Organisationen gibt es in Deutschland — Organisationen von Sozialdemokraten, Kommunisten, Katholiken und anderen —, die mit Tausenden von Familien im Lande verbunden sind und ein umfangreiches, authentisches Material an Ort und Stelle sammeln. Nach den zuverlässigen Unterlagen, die von solchen illegalen Organisationen stammen, ist die Zahl der aus politischen Gründen in Deutschland Verurteilten 1934 gegenüber dem Vorjahr um volle 70 Prozent gestiegen.

Aber auch dieser Terror-Rekord wurde in dem darauf folgenden Jahr noch geschlagen. 1935 begannen die Serien der Massenprozesse gegen die Arbeiter, die mit unermüdlicher Zähigkeit und ungeachtet aller Gefahren sich am Wiederaufbau ihrer früheren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beteiligt hatten. Die Gestapo hatte ihre Taktik geändert. Sie verhaftete nicht mehr einzelne, sobald sie ihr verdächtig erschienen waren; sie wartete, setzte ihre Spürhunde auf die Fährte und verhaftete 100, 500, 1 000 Gegner des Regimes in einer Stadt, in einem Bezirk und auf einen Schlag. So wurden nur in Wuppertal 1 100 Männer und Frauen in die Gefängnisse geworfen (und 16 in der Voruntersuchung ermordet), Nicht mehr zehn, zwanzig oder fünfzig: Hunderte von Beschuldigten wurden in einzelnen Prozessen abschnittweise abgeurteilt. Das Resultat ist nach den Informationen der illegalen Organisationen die erschreckende Steigerung der Verurteiltenzahl gegenüber 1933 um nicht weniger als 115 Prozent. Und endlich: 1936. Die Massenprozesse jagen einander. In Hamburg, in Hamm, in Magdeburg, in Wuppertal, in Zeitz — überall werden die Arbeiter reihenweise in das Räderwerk der Justizmaschine geworfen.

Ein Bild aus dem Inferno sind diese drei Jahre der Hitlerregierung. Aber sie sind schrecklicher, als es jemals ein Bild war, das die satanische Phantasie eines Kranken gebar. Denn sie sind Wirklichkeit, sie sind nahe, greifbare, tägliche und stündliche, furchtbare Wirklichkeit. Rund 40 000 Verurteilte 1933, rund 70 000 Verurteilte 1934, rund 85 000 Verurteilte 1935, und in den ersten Monaten des Jahres 1936, gemessen am Stand des Vorjahres, nochmals rund 30 000 Verurteilte oder drei Viertel der Gesamtzahl für 1933:

225 000 Verurteilte in wenig mehr als drei Jahren –

diese Summe von körperlichem und seelischem Leid übersteigt wahrhaft die menschliche Vorstellungskraft. Und welche Strafen wurden verhängt! Lebenslängliche Zuchthausstrafe, 15 Jahre Zuchthaus, 12 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Zuchthaus, — die Namen der allein zu solchen, Leben zerstörenden Strafen Verurteilten würden viele Seiten dieses Buches füllen. Die nachstehend aufgeführten Fälle mögen als Beispiele aus dem Inferno gewertet werden.

3. 6. 1933 – Altona:	Wendt	10	Jahre	Zuchthaus.
	Thiel	10	«	«
23. 7. 1933 – Köln:	Haase	15	«	«
	Nieswang	15	«	«
	Mundorf	15	«	«
11. 8. 1933 – Essen:	Ein ungenannter			
	23jähriger	12	«	«
	Ein ungenannter			
	20jähriger	12	Jahre	Zuchthaus

20. 9. 1933 – Bottrop:	Kubek	15	«	«
	Schlossarek	15	«	«
22. 9. 1933 – Berlin:	Klostermeier	15	«	«
	Galka	11	«	«
	Hansmann	15	«	«
12. 10. 1933 – Berlin:	Hartmann	15	«	«
	Szymanski	15	«	«
24. 10. 1933 – Aachen:	Ernst Voss	12	«	«
	Breuer	12	«	«
	Franzen	11	«	«
	Schwarz	10	«	«
20. 11. 1933 – Hamburg:	Wucherpfennig	15	«	«
	Holm	13	«	«
30. 11. 1933 – Hamburg:	Hahms	11	«	«
	Ohson	11	«	«
	Sander	9 1/2	«	«
	Sonntag	9	«	«
	Prinz	9	«	«
7. 3. 1934 – Dortmund:	Ein Arbeiter	15	«	«
	Ein Arbeiter	15	«	«
	Ein Arbeiter	15	«	«
14. 6. 1934 – Breslau:	Littke	15	«	«
	Paczinski	15	«	«
	Pintek	15	«	«
	Menzel	15	«	«
	Mrochem	12	«	«
	Czech	12	«	«
	Ebele	12	«	«
	Flechtner	10	«	«
	Gwiosta	10	«	«
	Ratuschny	10	«	«
	Harnis	10	«	«
	Posur	10	«	«
	Kurz	10	«	«
	Thomalla	10	«	«
	Bieskup	10	«	«
	Jackisch	10	«	«

9. 3. 1935 – Düsseldorf:		
	Ein Angeklagter	lebenslängliches Zuchthaus.
	Ein Angeklagter	15 Jahre Zuchthaus.
	Ein Angeklagter	10 Jahre Zuchthaus.
	13 Angeklagte	bis zu 9 Jahren Zuchthaus.
27. 3. 1935 – Berlin:	Frieda Wittmann	12 Jahre Zuchthaus.
I. 8. 1935 – Dortmund:	Brünen	15 Jahre Zuchthaus.
	43 Männer, Frauen und Jugendliche	
	bis zu	10 Jahren Zuchthaus.
30. 12. 1935 – Essen:	7 Männer und eine Frau	
	bis zu	15 Jahren Zuchthaus.
11. 1. 1936 – Berlin:	Fritz Walter	15 Jahre Zuchthaus.
1. 2. 1936 – Essen:	7 Männer und eine Frau	
	bis zu	15 Jahren Zuchthaus.
12. 2. 1936 – Berlin:	Ein Angeklagter	
		lebenslängliches Zuchthaus.
	Hans Mickinn	lebenslängliches Zuchthaus.
	Walter Mickinn	15 Jahre Zuchthaus.
	Willy Meyer	13 Jahre Zuchthaus.

Es ist klar, dass neben der Fülle solcher schaudererregenden Zuchthausurteile von den nationalsozialistischen Gerichten über Unzufriedene wegen einer spontanen Bemerkung oder Handlung leichtere Gefängnisstrafen verhängt worden sind. Wie hoch ist die Durchschnittsstrafe? Da die Hitlerregierung die Gesamtstrafen verschweigt, wie sie die Zahlen der Verurteilten verheimlicht und fälscht, so existiert kein anderer Schlüssel zur Berechnung als wiederum die sorgfältige Ermittlung der bewunderungswürdigen Illegalen im heutigen Deutschland. Auf Grund dieses authentischen Materials hat festgestellt werden können, dass in einem bestimmten Zeitabschnitt 4541 Angeklagte zu rund 13 000 Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt worden sind. Gemessen an diesem Beispiel haben die Gerichte des Ditten Reiches über 225 000 Gegner des Regimes rund

600 000 Jahre Zuchthaus und Gefängnis verhängt.

Man muss versuchen, den Alpdruck zu überwinden, den diese Zahlen der Verurteilten und der Gesamtstrafen verursachen. Man muss versuchen, dies zu begreifen:

- 600 000 Jahre Freiheitsstrafen — das ist in rund drei Jahren das Sechshundertfache der etwa 1 000 Jahre Freiheitsstrafen, die während der zwölfjährigen Dauer des Bismarckschen Sozialistengesetzes verhängt wurden.

- 600 000 Jahre Freiheitsstrafen — das heisst in zwei Tagen Hitlerregime so viel Jahre Freiheitsberaubung wie in 12 Jahren Sozialistengesetz.
- 225 000 Verurteilte — das ist, wenn die Häftlinge mit seitwärts ausgestreckten Armen aneinandergefesselt und aneinandergereiht würden, eine Strecke von Aachen bis Paris, von München bis Mailand, von Berlin bis zur dänischen Grenze.
- 225 000 Menschen — das ist fast die Gesamt-Geburtenzahl der Tschechoslowakei, die 1933 280 000 betrug.
- 225 000 Menschen — das ist, mit einem Unterschied von einem Tausend, der gesamte Geburtenüberschuss Deutschlands im Jahre 1933.
- 225 000 Menschen — das ist ungefähr die Einwohnerzahl der europäischen Hauptstädte Sofia, Belgrad, Oslo; mit Männern, Frauen und Kindern. Sie wurden eingekerkert, wegen ihrer Ueberzeugung.

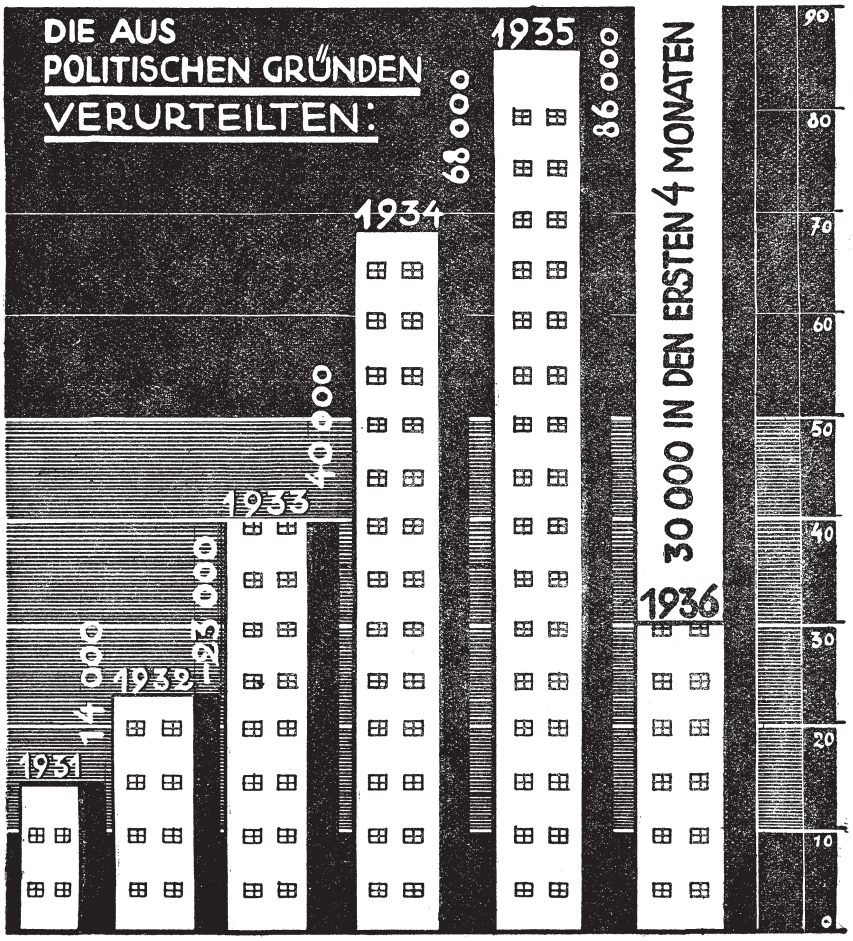
Und schliesslich sind 225 000 Menschen fünf Armeekorps der neuen deutschen Armee. Aber diese fünf Armeekorps sind die Armeekorps der Friedensfreunde und Friedenskämpfer. Ihre Kasernen sind Zuchthäuser und Gefängnisse, ihre Exerzierplätze Folterkeller, ihre Freizeit ist günstigenfalls ein kurzer, überwachter Marsch auf dem von Mauern umschlossenen Hof der Strafanstalt, und der Tag ihrer Freilassung wird in Tausenden von Fällen der Tag ihrer Ueberführung oder Rückführung in die Höllen der Konzentrationslager,

Hitler redet von Frieden, doch je mehr die Kriegsvorbereitung im Dritten Reiche wächst, um so mehr wachsen die eingekerkerten Armeekorps des Friedens. Je näher der Krieg rückt, umso grausamer werden die Feinde des Krieges unterdrückt. Je höher das Kriegsfieber steigt, um so lauter werden die Friedenskämpfer als »Landesverräter« für femereif erklärt. Und wenn im Oktober 1933 der Treuhänder der Arbeit Bröger ein Blutbad unter den Juden ankündigte:

> *»In dem Augenblick, in dem ein französischer Soldat deutschen Boden betritt, werden sämtliche Juden in die Synagogen gesperrt und an die Wand gestellt«*

— heute, noch vor dem Kriege, und jeden Tag mehr, ist die gesamte eingekerkerte Opposition von einer anderen, noch weit schrecklicheren Bartholomäusnacht bedroht, — wenn die Welt nicht Alarm schlägt.

Und die Welt muss wissen, sie muss begreifen, und sie muss danach handeln: der Kampf für die Armeekorps des Friedens in Deutschland ist ein Kampf um den Frieden des ganzen gefährdeten Erdballs.



In den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches waren Ende Mai 1936 wegen ihrer politischen und weltanschaulichen Überzeugung oder auf Grund der »Rassen«-Gesetzgebung 205 000 Männer und Frauen unter menschenunwürdigsten Bedingungen eingepfercht.

»Ich habe keine Gerechtigkeit zu üben, sondern zu vernichten und auszurotten.«
(Göring, Rede, »Vossische Zeitung«, 4. 3. 1933).

»Keine Gerechtigkeit«, sagt Göring — darum werden Unschuldige eingesperrt.
»Vernichten« — darum wird die Gesundheit der Gefangenen vorsätzlich ruiniert.

»Ausrotten« — darum sollen politisch Verurteilte, so weit sie nicht die Todesstrafe traf, hinter Mauern und Stacheldraht an die Grenze des Wahnsinns und des Todes gebracht werden.

Aus allen Gebieten des Reiches berichten entlassene Häftlinge von einer lebensgefährlichen Ueberfüllung der Strafanstalten. In der staatlichen Gefangenenanstalt in Chemnitz waren die Zellen bis Anfang 1933 durchweg mit je zwei bis drei Häftlingen belegt, seit 1934 liegen je acht Mann, in diesen Zellen. Das Zuchthaus Werl hat ein Fassungsvermögen von 2000 Mann, seit 1935 liegen dort rund 4000. Das Gefängnis Halle zählte Anfang 1936 das Dreifache der normal zulässigen Belegschaft. Die Zahl der Gefangenen im Frauenzuchthaus Jauer stieg von 300 auf rund 800, die der Strafanstalt Zwickau von 400 auf rund 1200. Im Zuchthaus Brandenburg sind in den Einzelzellen drei Mann untergebracht, und in den Schlafzellen, die den in den Arbeitssälen Beschäftigten eigentlich nur als Nachtaufenthalt dienen sollen, sind Tag und Nacht Gefangene eingesperrt, die monate- oder jahrelang ausser der knappen Freizeit nie diese Höhlen verlassen dürfen. In Luckau müssen 32 Mann in einem Raum hausen, der so eng ist, dass wegen Platzmangels sämtliche Schemel daraus entfernt werden mussten; kein Tisch blieb im Raum, für 32 Mann gibt es 12 Wasserkrüge, und nur einen einzigen Abortkübel. Im Zuchthaus Waldheim, so berichtet ein entlassener Häftling, »liegen die Gefangenen zusammengepfercht wie Kaninchen in einem Stall. Wenn man vom Hof heraufkommt, prallt man zurück, so stinkt es in dem Raum«. Von der Beuthener Strafanstalt ist ein baufälliger Flügel, der nicht mehr benutzt wurde, wieder belegt worden; das ganze Gebäude, einschliesslich der baufälligen Zellen, ist für 1000 Mann berechnet: Anfang 1936 lagen dort rund 1500. Ganze Zuchthäuser und Gefängnisse — wie Sonnenburg, Fuhlsbüttel bei Hamburg, Brandenburg usw. —, die vor Hitler wegen Baufälligkeit oder aus hygienischen Gründen ausser Betrieb gesetzt worden waren, hat das nationalsozialistische Regime für die Zwecke seines Strafvollzugs für ausreichend erklärt und neu belegt.

Doch alle Massnahmen der Hitlerbehörden genügten nicht, für die Flut der Gefangenen selbst den kleinsten und menschenunwürdigsten Raum in Strafanstaltsgebäuden bereitzustellen. Darum wurden Sammelstellen geschaffen, Sammelstellen, in denen Gefangene zu warten haben, bis in Zuchthäusern und Gefängnissen »Plätze« frei werden. Darum wurden »Arbeitslager für Strafgefangene« errichtet; sie befinden sich vorwiegend in Sumpf- und Moorgegenden und sind eine Art verschärften Bagnos. Die Strafgefangenen müssen dort — wie die Konzentrationslagerhäftlinge — schwere und gesundheitsschädliche Arbeiten verrichten, bei denen sie oft bis an die Hüften im Morast stehen.

Solche Bagnos sind eingerichtet worden u. a. in der Umgebung von Papenburg, und zwar in

Brual-Rhede,	Gefängnislager	mit 1000 Mann	Belegschaft;
Oberlangen,	«	1000 Mann	«
Walchum,	Zuchthauslager	1000 Mann	«
Börgermoor,	«	1000 Mann	«
Neusustrum,	«	1000 Mann	«
Aschendorf,	«	1000 Mann	«

Die Zahl der Strafanstalten

Für die früheren republikanischen Regierungen, die nie den Anspruch erhoben haben, vom ganzen Volk, sondern nur von der Majorität des Volkes gestützt zu sein, waren die deutschen Strafanstalten zu gross. Damals wurden die Zellen schwach und zum Teil überhaupt nicht belegt, ganze Zuchthäuser und Gefängnisse blieben unbenützt. Aber für die Hitlerregierung, die noch Anfang 1936 behauptete, rund 99 % aller Wahlberechtigten hätten sich zu ihr bekannt, sind alle Strafanstalten, einschliesslich der baufälligen, trotz Ueberfüllung und trotz neuer Bagnos, viel zu klein. Zu klein: die 177 grossen Vollzugsanstalten und die »968 nebenamtlich geleiteten Anstalten, insbesondere Gerichtsgefängnisse«; zu klein diese 1145 Strafanstalten, die nach einem Bericht der »Frankfurter Zeitung« vom 5. 1. 1936 dem Reichsjustizminister unterstehen. Zu klein: die weiteren Hunderte von Strafanstalten, die in Deutschland vorhanden sind und in den von der nationalsozialistischen Presse genannten Zahlen verschwiegen werden. Denn nach Angaben des Statistischen Jahrbuches für das Jahr 1935 gab es am 1. Februar 1935 im Reich 1648 Amtsgerichte, 153 Landgerichte, 26 Oberlandesgerichte (ohne das Saargebiet); zu jedem Amts- und Landgericht gehört ein Gefängnis. Sie waren zu klein. Es gibt weiter mindestens je ein Polizeigefängnis in jeder, auch der kleinsten Stadt wie in jedem grösseren Ort; auch sie werden für die Zwecke des Strafvollzugs, für die Unterbringung von Gefangenen mit leichteren Strafen, benutzt. Alle diese Zuchthäuser und Gefängnisse sind infolge der »veredelten Demokratie« des Hitlerregimes nicht gross genug: alle diese Tausende von Zuchthäusern und Gefängnissen, sind zu ummauerten Hürden geworden, in denen Gegner des Regimes mit Kriminellen, wie Tiere zusammengepfercht, vegetieren oder dahinsiechen.

Die Gesamtzahl der Häftlinge

Wie hoch ist die Gesamtzahl derer, die in diesen halbverpesteten Hürden hausen und leiden müssen? Gibt es überhaupt eine Angabe über die Gesamtzahl der Strafgefangenen? Ja, es gibt sie. Der Königsberger Staatsanwalt Schäfer hat behauptet, die Gesamtzahl der Strafgefangenen in Deutschland habe am 1. April 1934 rund 150 000 betragen, in Preus-

sen rund 64 000, (die »Schutzhäftlinge« und Untersuchungsgefangenen in Konzentrationslagern und Gefängnissen sind dabei nicht berücksichtigt). Sind diese Zahlen richtig? Noch einmal wollen wir den Wert der nationalsozialistischen Statistiken an einem Beispiel untersuchen.

Am 13. 7. 1933 berichtete die Londoner »Times« aus Berlin:

»Ein preussischer Staatsbeamter erklärte..., dass es in ganz Deutschland nicht mehr als 18 000 Schutzhäftlinge gebe, davon in Preussen 12 000.«

Nach diesen Angaben hätten in 16 deutschen Freistaaten (ausser Preussen) zu jener Zeit nicht mehr als 6 000 »Schutzhäftlinge« gesessen. Aber zwei Wochen vor dem Erscheinen des »Times«-Berichtes, am 30. Juni 1933, hatte der sächsische Innenminister Fritsch erklärt:

»Wir marschieren vornean im Reich. In Sachsen sitzen doppelt so viel Personen in Schutzhaft wie in dem viel grösseren Preussen.«

Doppelt so viel als in Preussen? Das heisst 24 000. Das heisst: 36 000 allein in Sachsen und Preussen. Das heisst: in zwei Freistaaten das Doppelte der 18 000, die das Sprachrohr Görings für die 17 Freistaaten des ganzen Reichsgebietes angab... Fälschung über Fälschung!

Aber es gibt eine andere Quelle. Die »Neue Zürcher Zeitung« teilte am 25. 4. 1936 mit, dass sich Ende 1935 allein in den preussischen Gefängnissen 109 000 Strafgefangene befanden gegenüber 37 000 im Jahre 1932, dem letzten Jahr der Weimarer Republik. Für das gesamte Reichsgebiet wird eine Zahl nicht genannt. Doch entsprechend der Einwohnerzahl Preussens (rund 40 Millionen) hätte die Gesamtzahl der Strafgefangenen im Reich (bei rund 66 Millionen) Ende 1935 rund 180 000 betragen, gegenüber 61 000 im Jahre 1932.

Nach dieser Berechnung wäre die Zahl der Strafgefangenen Ende 1935 um 30 000 höher gewesen, als sie eindreiviertel Jahre früher selbst nach den Angaben des nationalsozialistischen Königsberger Staatsanwalts gewesen sein soll. Diese Steigerung ist offensichtlich zu niedrig bemessen. Aber auch wenn man von der zu niedrigen Gesamtzahl von 180 000 Strafgefangenen für Ende 1935 ausgeht, ergibt sich eine Zahl von eingekerkerten politischen und weltanschaulichen Gegnern des Regimes, die geeignet ist, dem Beschauer dieses Schreckensschauspiels den Atem zu nehmen.

Die Zahl der politischen Häftlinge

- In der Strafanstalt Tegel (Berlin) befanden sich Ende 1935 rund 1 950 Häftlinge, darunter 80 Prozent politische.
- Im Zuchthaus Waldheim Ende 1935: rund 2 300 Häftlinge, darunter rund 700 Frauen

und insgesamt 75 Prozent politische; Anfang 1936: rund 2 500 Häftlinge, darunter 70 Prozent politische.

- In der Männer- und Jugendstrafanstalt Wittlich Anfang 1936: rund 400 Häftlinge, darunter 75 Prozent politische.
- Im Zuchthaus Güsteckersdorf Anfang 1936: rund 1 000 Häftlinge, darunter 80 Prozent politische.
- Im Gefängnis Dortmund-Benninghaus Anfang 1936: rund 4000 Häftlinge, sämtlich politische.
- Im Zuchthaus und Gefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel Ende 1935: rund 1 200 Häftlinge, darunter 75 Prozent politische.
- In allen Strafanstalten des Dritten Reiches ist das Kontingent der politischen Häftlinge erschreckend hoch.

Jedoch: die Essener »National-Zeitung« vom 20. 10. 1935 hat behauptet, die Kriminalität in Deutschland sei unter der Regierung Hitlers fortgesetzt gesunken. Für das Jahr 1933 nennt das Blatt eine Verringerung der Kriminalität gegenüber 1932 um 14,3 Prozent. Selbst wenn die Senkung in den folgenden Jahren nicht weitergegangen, sondern stabil geblieben wäre, hätte Ende 1935 die Gesamtzahl der Häftlinge um diese 14,3 Prozent niedriger gewesen sein müssen als im Jahre 1932. Sie hätte also nicht mehr 61 000, sondern nur noch 52 000 betragen dürfen. Aber sie betrug das Dreifache. Sie betrug mindestens 180 000. Es ist klar und unleugbar: die Differenz ist die Zahl der politischen Strafgefangenen, die Differenz und damit die Zahl der politischen Strafgefangenen betrug Ende 1935 mindestens 130 000 Mann.

Seitdem sind weitere unzählige politische Prozesse vor den nationalsozialistischen Gerichten geführt worden. Die Zahl der Verurteilten ist weiter gestiegen. Selbst wenn sie in den ersten fünf Monaten des Jahres 1936 nur in dem gleichen Masse gestiegen wäre, wie sie in den vorhergehenden eindreiviertel Jahren auf Grund der berücksichtigten Ziffern gestiegen ist, haben Ende Mai 1936 rund 135 000 politische und weltanschauliche Gegner des nationalsozialistischen Regimes die Zuchthäuser, Gefängnisse, Sammelstellen und »Arbeitslager für Strafgefangene« des Dritten Reiches gefüllt.

Die Zahl der Untersuchungshäftlinge

Ueber die Untersuchungshäftlinge gibt es überhaupt keine Angabe von Gesamtzahlen. Darüber gibt es kaum Andeutungen. Hier verschweigt die Hitlerregierung noch mehr als auf dem Gebiet der Verurteilungen. Nur hin und wieder berichtet die nationalsozialistische Presse, dass Gegner des Regimes »ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurden«. Aber man weiss: die aus politischen Gründen Verurteilten wurden ausnahmslos verhaftet, sobald sie einer »staatsfeindlichen« Handlung oder Aeusserung beschuldigt worden

waren. Man weiss: ein Verdacht genügt zur Verhaftung. Man weiss: Denunziation und Bedürfnis nach persönlicher Rache wurden im Dritten Reich zum Faktor der Justiz. Das alles ist der Welt bekannt. Aber über die Zahl der Untersuchungshäftlinge erfährt sie nur von ehemaligen Häftlingen.

Die Basler »National-Zeitung« vom 7. 3. 1936 hat mitgeteilt:

»Zur Zeit befinden sich allein im Gefängnis Moabit-Berlin nicht weniger als 2 000 Gefangene, die ihrer Verurteilung wegen politischer Vergehen entgegensehen. Dieser Bericht stammt von einem Gewährsmann, der selbst längere Zeit dort gefangen gehalten wurde. Wenn man bedenkt, dass die Berliner Gestapo noch ausserdem über ein eigenes Berliner Gefängnis, das berüchtigte Columbiahaus, verfügt, und dass auch in allen Gefängnissen der grösseren Städte des Reiches eine Unzahl von politischen Gefangenen schmachtet, so kann man sich eine Vorstellung machen von dem unsäglichen Leid, das der Nationalsozialismus über das deutsche Volk gebracht hat.«

In der Tat: es gibt in Berlin nicht nur das Untersuchungsgefängnis Moabit, in dem Verhaftete auf ihre Aburteilung warten. Und nicht nur das Columbiahaus. Es gibt ausserdem die Gestapokaserne in der Prinz Albrechtstrasse; das ehemalige Militärgefängnis in der Lehrterstrasse; die Kaserne des Feldjägerkorps in der Kleinen Alexanderstrasse; das Riesengefängnis Polizeipräsidium Alexanderplatz. In allen diesen Gebäuden sitzen, wie Entlassene berichten, Untersuchungsgefangene, die hinter Gittern Tag für Tag sich fragen, welches Schicksal ihnen die Willkürherrschaft des Dritten Reiches bereiten wird. Wie viele Tausende sind es im ganzen Reich?

Berlin ist eine Hochburg der Opposition gegen das Regime. Die Zahl der Untersuchungsgefangenen in der Reichshauptstadt ist nicht für alle Gebiete des Landes ein gültiges Beispiel. Aber in Hamburg, im Ruhrbezirk, im bergischen Land wie in Wuppertal, in Thüringen, in Sachsen — in allen diesen Gebieten gibt es nicht geringeren Widerstand gegen das Regime, gibt es prozentual nicht weniger Verhaftungen als in Berlin. Und kein Gebiet, kein einziges Dorf gibt es in Deutschland, das nicht von immer neuen Verhaftungen heimgesucht wird.

Moabit ist nur eines der bekannten sechs Gefängnisse in Berlin, dessen Mauern Untersuchungshäftlinge umschliessen. Nur eines, nicht mehr. Und mindestens dieses eine Gefängnis der Reichshauptstadt zum Berechnungsschlüssel für das Reichsgebiet zu nehmen, erscheint durchaus berechtigt; dieses eine Gefängnis als Berechnungsschlüssel ergibt eine Gesamtzahl der von Prozessen Bedrohten, die zweifellos von der Wirklichkeit erheblich überboten wird.

Rund 30 000 Untersuchungsgefangene

im Reichsgebiet ergibt allein das Beispiel Moabit. Wenn diese Zahl zu niedrig ist: schon sie würde genügen, um ein herzabschnürendes Grauen vor diesem grössten und schrecklichen Zuchthaus der Neuzeit zu erzeugen, das sich »Drittes Reich« nennt.

Und das ist nur ein kleiner Teil der Deutschen, die, während wir schreiben, ihrer Freiheit beraubt sind. Es gibt nicht nur rund 30 000 Untersuchungsgefangene, nicht nur rund 135 000 Strafgefangene, es gibt, wie wir an anderer Stelle dieses Buches zeigen rund 40 000 »Schutzhäftlinge« in den Höllen der Konzentrationslager — es gibt, niedrig gerechnet,

rund 205 000 Menschen, Männer und Frauen, Gegner des Regimes,

die Ende Mai 1936 auf den modernen Galeeren Hitlers angeschmiedet sind.

Und die Welt soll glauben, dass ein Regime der Willkür — grausam, unmenschlich, bösartig, blutdurstig gegenüber den Bürgern des eigenen Landes —, dass dieses Regime der Welt Gesittung, Menschlichkeit, Frieden bringen will, wovon die Verantwortlichen aller Untaten reden? Sie soll das glauben — aber sie darf es nicht! Im Namen der Geschundenen, im Namen der Kultur des 20. Jahrhunderts, erklärt das deutsche Volk: Die nationalsozialistische Regierung sagt nicht die Wahrheit, wenn sie von Frieden spricht.

Seit Hitlers Machtantritt bis Ende Mai 1936 wurden in Deutschland aus politischen, religiösen und »Rasse«-Gründen mehr als 1 000 000 Verhaftungen durchgeführt.

»Ein kraftvolles nationales Reich, das die Interessen seiner Bürger nach aussen im höchsten Umfang wahrnimmt, und beschirmt, vermag nach innen Freiheit zu bieten, ohne für die Festigkeit des Staates fürchten zu müssen.
(Hitler, Mein Kampf, S. 641.)

Wie hoch ist die Gesamtzahl der Verhaftungen aus politischen Gründen seit Hitlers Machtantritt? Wir wollen versuchen, den Schleier, den das Dritte Reich über seine Schreckensherrschaft gebreitet hat, auch an dieser Stelle ein wenig zu lüften.

225 000 Männer und Frauen, Gegner des Regimes, wurden verurteilt. Aber verhaftet wurden nicht nur jene, gegen die später ein Urteil erging; mit ihnen wurden regelmässig »Verdächtige« festgenommen, gegen die das Material zur Klageerhebung nicht ausreichte.

Betrachten wir zwei Beispiele, aus denen das zahlenmässige Verhältnis der beiden Gruppen zueinander erkennbar wird.

In dem aufsehenerregenden Wuppertaler Massenprozess sind rund 650 Angeklagte abgeurteilt worden von insgesamt mehr als 1 100 Verhafteten.

Das nationalsozialistische Gau-Organ »Rote Erde« (Dortmund) meldete am 24. 11, 1933 aus Berlin:

»Die Zahl der verhafteten kommunistischen Funktionäre betrug nach den Festnahmen der letzten Zeit insgesamt 2 300. Gegen mehr als die Hälfte von ihnen ist ein Hochverratsverfahren im Gange. Ein anderer Teil ist in Schutzhaft genommen, während eine Anzahl harmloserer Leute wieder freigelassen werden konnte.«

Das eine Beispiel stammt aus dem ersten, das andere aus dem vierten Jahr der Hitlerherrschaft. Sie zeigen eine aufschlussreiche Uebereinstimmung. In beiden Fällen betrug die Zahl der Arretierten knapp das Doppelte derer, die unter Anklage gestellt wurden. Geht man, um der Wahrheit nahezukommen und mangels jeglicher offizieller Angaben, von diesen Beispielen aus, so kann man annehmen, dass allein im Zusammenhang mit »strafbaren Handlungen« rund 400 000 Personen verhaftet wurden.

Aber Zehntausende, Hunderttausende sind ausserdem festgenommen worden, ohne dass ihnen eine strafbare Handlung zur Last gelegt worden wäre. Vom 27. auf den 28. Februar 1933, in dieser einen Nacht, liess der Reichsminister Göring allein in Preussen 4 000 politische Gegner verhaften. Die »Zeittafel der nationalsozialistischen Revolution«, veröffentlicht im »Völkischen Beobachter« vom 30. 1. 1936, bestätigt:

»27. Februar: Das Haus des Reichstages brennt. Göring nimmt 4 000 kommunistische Funktionäre in Sicherheitsverwahrung.«

Die Menschenjagd war los. Am 3. März 1933 meldete die »Vossische Zeitung« 1 200 Verhaftungen im Rheinland, 800 in Westfalen. Von den 40 000 Funktionären der »Roten Hilfe« wurden in den ersten drei Monaten 24 000 verhaftet. Terrorrausch zu Beginn des Regimes? Nicht nur zu Beginn: ununterbrochen stieg die Verhaftungswelle. Am 25. Januar 1934 erklärte der Reichsstatthalter von Baden, Wagner:

»Es konnten in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres mehr Verhaftungen vorgenommen werden als in den vorangegangenen Monaten des Jahres.«

Erinnern wir uns, was dann folgte. Es folgten die »Vertrauensrätewahlen« im April 1934, an denen überhaupt nur 40 Prozent der wahlberechtigten Belegschaftsmitglieder teilnahmen, was Ley ein Jahr später, am 27. April 1935, vor einem Kreis von Pressevertretern selbst gestand; der Feldzug gegen die »Meckerer« und »Miesmacher«; der 30. Juni; die Wahl Hitlers zum »Führer« des Reiches am 19. August mit der grössten Zahl der Neinstimmen; der Ausbau der illegalen Organisationen, der Wiederaufbau der Gewerkschaften, die Massenprozesse—: all diese sichtbarsten Konvulsionen des Regimes, die immer wieder

einen Strom von Verhaftungen signalisierten. Erinnern wir uns des Schicksals zahlloser katholischer Priester und Gläubiger, protestantischer Pfarrer und Angehöriger von Sekten, die ohne Anklageerhebung in Gefängnissen und Konzentrationslagern »unschädlich« gemacht wurden; der Stahlhelmer, die aus politischen und persönlichen Gründen eingesperrt, der Tausende von Razzien, die in allen Städten des Reiches aus politischen Gründen durchgeführt wurden, des Heers von gezüchteten Denunzianten, deren unschuldige Opfer ohne Zahl und Namen sind.

> *»Die Ratten wühlen, hat der Oberregierungsrat Martin H. Sommerfeldt als engster Mitarbeiter Görings erklärt, aber auf ihrer Spur ist jetzt täglich und stündlich die Geheime Staatspolizei in heisser, zäher, jagender Arbeit. Dieser heimliche unterirdische Krieg wird mit allen Mitteln auf Tod und Leben geführt, die Oeffentlichkeit weiss jedoch kaum etwas davon...«*
> (»Kommune«, Berlin 1934.)

Der Oeffentlichkeit schaudert vor dem, was sie aus dem Dritten Reich weiss, doch einer der Nationalsozialisten, die am besten informiert sind, erklärt, dass die Oeffentlichkeit noch »kaum etwas« von dem weiss, was die Gestapo tut. Aber dies weiss die Welt: dass Sozialdemokraten und Kommunisten noch mehr als 12 Millionen Stimmen erhielten, als der letzten, »halb-legalen«, noch kontrollierbaren Wahl vom 5. März 1933 bereits ein vandalistischer Terror voraufgegangen war. Zwölf Millionen Feinde Hitlers! Viele Millionen, deren Feindschaft gegen das Unrecht-Regime nicht durch Drohung, nicht durch Terror und nicht durch Todesgefahr wankend gemacht werden konnten. Millionen, auf deren Spur sich die Gestapo setzte »in heisser, zäher, jagender Arbeit«.

Von den vielen Millionen Feinden Hitlers sind etwa 400 000 im Zusammenhang mit einer strafbaren Handlung verhaftet worden. Durch die Konzentrationslager gingen allein 1933 rund 130 bis 150 000 Mann, und 1936 ist der Strom von Menschen, der in diese Höllen geleitet wird, noch immer nicht verebbt. Fabriken wurden vorübergehend stillgelegt, weil die gesamte Belegschaft wegen der Verbreitung illegaler Flugblätter oder anderer »staatsfeindlicher« Handlungen verhaftet worden war. Ganze Strassenzüge wurden abgesperrt, Männer, Frauen und Kinder verhaftet und verhört. Die Bewohner ganzer Dörfer befanden sich vorübergehend in Haft. Auf viele Hunderttauende ist die Zahl der politischen und religiösen Gegner des Regimes zu bemessen, die ohne Anklageerhebung für kürzere oder längere Zeit ihre Freiheit verloren: der Sozialdemokraten, Kommunisten und Pazifisten, der Katholiken, Protestanten und Juden, der »Meckerer«, »Miesmacher« und »Kritikaster«, der Stahlhelmer und schwankenden SA-Leute, der Verdächtigten und Denunzierten. »Die Oeffentlichkeit«, sagt Sommerfeldt, »weiss kaum etwas davon«. Aber die Oeffentlichkeit ist berechtigt, aus allen Indizien den Schluss zu ziehen, dass seit Hitlers

Machtantritt bis Ende Mai 1935*etwa eine Million Verhaftungen aus politischen und weltanschaulichen Gründen* im Dritten Reich erfolgt sind. Die Welt begreift, warum das Regime sich hütet, die Gesamtzahl der Verhaftungen bekanntzugeben, und warum das Propagandaministerium selbst Andeutungen während der letzten Jahre in der Oeffentlichkeit unterdrückt hat.

Die Hitler-Regierung hat 120 bis 130 000 Deutsche wegen ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung oder wegen ihrer »Rassenzugehörigkeit« ins Exil gejagt.

> *»Nebenmenschen zu vertreiben, oder sie dem Tode auszuliefern, ist eine barbarische Methode, unwürdig der heutigen Zivilisation.«*
> (Reichsbankpräsident Dr. Schacht in einer Broschüre »New Colonial Policy«, Berlin 1926.)

Die Gestapo hat die Zahl der jüdischen Emigranten auf 90 000 und die der »arischen, durchweg politisch belasteten« auf 20 000 geschätzt, die der Rückwanderer auf etwa 10 000 und zwar zu 99 Prozent Juden (Frankfurter Zeitung«, 1 0. 5. 1935). Demnach wären allein bis Mai 1935 rund 100 000 geflüchtete Deutsche gezwungen gewesen, jenseits der Grenzen ihres Heimatlandes zu leben. Inzwischen gingen neue Scharen von Verfolgten ins Exil, insbesondere unter dem Druck der Nürnberger Rassengesetze. Der Hohe Kommissar MacDonald bezifferte in einer Anfang 1936 erschienenen Denkschrift die Zahl der deutschen Emigranten auf über 80 000, doch sind in dieser Zahl nur jene Flüchtlinge erfasst worden, deren Namen; den Flüchtlingskomitees, insonderheit den jüdischen Hilfskomitees, bekannt waren. Weitere rund 40 000 politische Emigranten werden von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Asylländer betreut oder sind bei keiner Stelle gemeldet. Hinzuzurechnen ist die jüdische Emigration seit Abschluss der Denkschrift MacDonalds, so dass sich die Gesamtzahl der deutschen Flüchtlinge im Sommer 1936 bei vorsichtigster Berechnung auf rund 120-130 000 beläuft.

Es spricht für die sittliche Kraft der deutschen politischen Emigranten, dass sie trotz Hunger und Not ihren Kampf um ein gereinigtes Deutschland fortsetzen, dass ihre Haltung so unantastbar geblieben ist, wie sie es früher in Deutschland war. Die Presse der Asylländer erkennt diese Haltung in objektiven Berichten uneingeschränkt an. So schrieb der Pariser »Quotidien« am 3. 8. 1935 in einer grossen Reportage von Jean-Paul Lucas über die deutschen Flüchtlinge:

> *»Die grosse Schwierigkeit für die Flüchtlinge besteht darin, so zurückhaltend aufzutreten, dass das Land, das ihnen Asyl gewährt, ihnen weder Lärm noch Mangel an Takt*

vorwerfen kann. Den politischen Flüchtlingen aus Deutschland gelingt das völlig. Die üblichen Argumente, die von einem oft interessierten Fremdenhass genährt werden, können auf ihre Gruppen keine Anwendung finden.

Auch auf dem Gebiete des Rechts, wo man den Ausländern manchmal vorwirft, in der Rubrik ›Verschiedenes‹ ihren Raum einzunehmen, wahrt das Leben der deutschen Emigranten seine Würde, und seit zweieinhalb Jahren gab es nicht eine Gerichtsaffäre, in deren Mittelpunkt Männer oder Frauen der (deutschen) Emigration gestanden hätten. Auch das muss gesagt werden.«

Diese Anerkennung der Haltung der deutschen Emigranten bedeutet eine Züchtigung dieser Regierung, die die verjagten Gegner ihres Regimes als »Untermenschen« beschimpft und in deren Giftküche Anschläge jeder Art vorbereitet werden.

Die ausländischen Konsulate in Deutschland erhalten von den nationalsozialistischen Behörden falsche Auskünfte über die Emigranten, Auskünfte, die geeignet sein sollen, die Schwierigkeiten der Flüchtlinge bei den Amtsstellen der Asylländer noch zu erhöhen. Erfundene Vergehen werden behauptet, haltlose Auslieferungsanträge wegen angeblicher gemeiner Delikte werden gegen politische Flüchtlinge von der Hitlerregierung gestellt. Der frühere sozialdemokratische Oberbürgermeister von Altona, Max Brauer, wurde der »Korruption«, der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Heinz Neumann der »Mordanstiftung« bezichtigt. Den deutschen Emigranten Luka beschuldigte die Hitlerregierung des Diebstahls, die rumänische Regierung lieferte ihn aus, und das Bochumer Schwurgericht verurteilte ihn im August 1935 nicht wegen »Diebstahls«, sondern wen angeblicher Beteiligung an Zusammenstössen mit Nationalsozialisten, die sieh Anfang 1933 ereignet haben sollen, zu sechs Jahren und fünf Monaten Gefängnis. Emigranten werden (wie Berthold Jacob) von Gestapo-Verbrechern über die Grenze ins Dritte Reich verschleppt, ein Heer von Gestapo-Agenten bespitzelt die Flüchtlinge auf Schritt und Tritt, um sie zu zermürben; das Leben der Flüchtlinge steht unter ständiger Bedrohung. Wer der körperlichen Tortur im Dritten Reich entgangen ist, soll mit physischen Torturen unschädlich gemacht werden.

In drei Jahren ihrer Herrschaft hat die Hitler-Regierung 133 deutsche Staatsangehörige – Politiker, Schriftsteller, Künstler – aus politischen Gründen ausgebürgert, sie aller staatsbürgerlichen Rechte und ihres Vermögens beraubt und sie für vogelfrei erklärt. Die Hitler-Regierung hat ausserdem etwa 25 000 Einbürgerungen rückgängig gemacht.

»Wenn Ihr einen trefft, schlagt ihn tot...«
(Mordaufforderung unter den Bildern von 31 Emigranten im nationalsozialistischen »Deutschen Klub« zu London).

»Schlagt sie tot!« — die Feinde des Krieges. Sie sind vogelfrei.

Die Hitlerregierung hat am 14. Juni 1933 ein Gesetz verkündet, mit dem sie sich das »Recht« gab, die »Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft« zu vollziehen. In der Begründung zu dem Gesetz wird erklärt:

»Mit dem Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sei als vornehmste Pflicht die Treue gegen Reich und Volk untrennbar verknüpft. Zahlreiche ins Ausland abgewanderte oder geflüchtete Reichsangehörige verstossen gegen diese Treuepflicht, indem sie der feindseligen Propaganda gegen Deutschland Vorschub leisten und die Massnahmen der nationalen Regierung herabzuwürdigen versuchen. Diese landesverräterischen Elemente könnten im Ausfand nicht anders zur Rechenschaft gezogen werden, als dass man sie aus der deutschen Volksgemeinschaft ausstösst. Zur Ergänzung der Aberkennungsmassnahmen und zur Verstärkung ihrer abschreckenden Wirkung sieht das Gesetz die Möglichkeit des Vermögenseingriffs (Beschlagnahme oder Verfallserklärung) vor.«
(Vossische Zeitung, 15. 7. 1933).

»Sie leisten der feindseligen Propaganda gegen Deutschland Vorschub«, behauptet die Hitlerregierung. Sie weiss, dass ist unwahr. Die Exilierten kämpfen für Deutschland, und darum kämpfen sie gegen das volksfeindliche Regime des früheren Ausländers und in Deutschland erst im Jahre 1932 eingebürgerten Hitler, des in Aegypten geborenen Ministers Hess, des in Argentinien geborenen Minister Darré, des im jetzt dänischen Nordschleswig geborenen Hjalmar Schacht, des Weissrussen Alfred Rosenberg, des Morphinisten und früheren Heilanstaltsinsassen Göring. Sie, die Exilierten, kämpfen gegen das Regime, das mit den Namen dieser Gruppe von Machthabern verknüpft ist.

Und diese Gruppe wagt es, weltbekannte Vertreter der deutschen Wissenschaft, Kunst, Literatur und des politischen Lebens, weltberühmte Nobelpreisträger, Erfinder, Forscher und Denker von Weltruf als »landesverräterische Elemente« zu bezeichnen. Persönlich-

keiten, von denen viele für das höchste Gut der Menschheit ihre ganze Existenz eingesetzt haben: für den Frieden.

Aber sagt Hitler nicht, auch er wolle den Frieden? Er sagt es — und rüstet. Er behauptet es und treibt zum Krieg.

Die Exilierten haben gemeinsam mit den Illegalen im Lande das Doppelspiel der heutigen Machthaber Deutschlands entschleiert, den Umfang der zunächst geheimen Aufrüstung in weitem Masse aufgedeckt und die Kriegsvorbereitungen des Dritten Reiches enthüllt. Sie haben der Welt gesagt, dass die Gewaltanwendung und Unterdrückung, mit der Hitler zur Macht kam, auch vor den Grenzen nicht Halt macht. Darum wurden sie geächtet. Für ihren Kampf um die Wahrheit wurden sie ausgebürgert.

Hundertdreiunddreissig Deutsche hat die Hitlerregierung in den ersten drei Jahren ihrer Herrschaft für vogelfrei erklärt. Ihre Namen sind:

Dr. Alfred Apfel, Georg Bernhard, Dr. Rudolf Breitscheid, Eugen Eppstein, Alfred Falk, Lion Feuchtwanger, Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, Helmuth v. Gerlach, Elfriede Gohlke, gen. Ruth Fischer, Kurt Grossmann, Professor Gumbel, Wilhelm Hausmann, Friedrich Heckert, Max Hölz, Alfred Kerr, Lehmann-Russbueldt, Heinrich Mann, Peter Maslowski, Willi Münzenberg, Heinz Neumann, Wilhelm Pieck, Berthold Salomon gen. Jakob, Philipp Scheidemann, Leopold Schwarzschild, Max Sievers, Friedrich Stampfer, Ernst Toller, Kurt Tucholsky, Bernhard Weiss, Robert Weismann, Otto Wels, Johann Werthauer.
(Reichsanzeiger Nr. 198, 25. 8. 1933).

Johann (Hans) Beimler, Willi Bredel, Dr. Alfred Dang, Leonhard Frank, Carola Hentschke (Neher) Hellmuth Herzfeld (John Heartfield) Wieland Herzfelde, Prinz Max Karl zu Hohenlohe-Langenburg, Alfred Kantorowicz, Friedrich Kniestedt, Hubertus Graf von Löwenstein-Scharffeneck, Klaus Mann, Hubert Marzen, Balder Olden, Max Pfeiffer, Erwin Piscator, Martin Plettl, Waldemar Pötsch, Dr. Gustav Regler, Prof. Dr. Julius Schaxel, Walter Schönstedt, Gerhard Seger, Jacob Simon, Dr. Otto Strasser, Bodo Uhse, Gustav von Wangenheim, Erich Weinert, Max Brauer.
(Völkischer Beobachter, 4/5. II. 1934)

Johannes R. Becher, Karl Boechel, Karl Brehm, Fritz Bremer, Dr. Wolfgang Bretholz, Karl Bueren, Kurt Clemens Burkert, Esriel Gotthelf Carlebach, Professor Dr. Albert Einstein, Dr. Otto Friedländer, Oskar Maria Graf, Heinrich Groenewald, Arthur Gross, Karl Otto Halfter, Gustav Reinhold Hentschke, Dr. Paul Hertz, Dr. Adam Jaeger, Dr. Helmuth Klotz, Hanns Knieling, Heinz Kraschutzki, Walter Kreiser, Rudolf Leonhard, Willi Mielenz, Julius Pich, Theodor Plivier, Otto Remmele, Dr. Kurt Rosenfeld, Heinrich Schmitt

gen. Frank Arnau, Johann Schwalbach, Toni Sender, Max Seydewitz, Ludwig Stautz gen. Vigo, Dr. Edward Stilgebauer, Hugo Urbahns, Johann Vogel, Ehefrau des Johann Schwalbach, Ehefrau des Max Hölz.
(Reichsanzeiger Nr. 75, 29. 3. 1934).

Max Abraham, Bertolt Brecht, Dr. Broszyner, Dr. Hermann Budlislawski, Peter Bussemeyer, Siegmund Crumenerl, Gustav Fehrl, Nachum Goldmann, Max Gruschwitz, Eduard Günther, gen. Albert, Dr. Hentzschel, Dr. Werner Hegemann, Dr. Rudolf Hilferding, Dr. Kurt Hiller, Werner Hirsch, Max Hodann, Karl Höltermann, Hans Joel, Friedrich Kummer, Kurt Levy gen. Lenz, Heinz Liepmann, Erika Mann, Dr. Siegfried Mark, Walter Mehring, Creszentia Mühsam, Erich Ollenhauer, Franz Pfemfert, Viktor Schiff, Josef Schneider, Arthur Seehof, Justin Steinfeld, Paul Westheim, Dr. Friedrich Wolf, Dr. Arthur Wolff, Dave Yaskiel, Dietrich Freiherr von Zedlitz-Neukirch, die Ehefrau des Franz Pfemfert, die Ehefrau des Josef Schneider.
(Reichsanzeiger Nr. 133, 11. 6. 1935).

Paul Bekker, Wilhelm Chmara, Kurt Doberer, Emil Oskar Edel, Hans Finsterbusch, Ernst Friedrich, Erich Goldbaum, Felix Halle, Dr. Wolfgang Hallgarten, Erich Hamburger, Dr. Hans Hirschfeld, Lothar Holland, Dr. Fritz Lachmann, Wolfgang Langhoff, Dr. Botho Laserstein, Rosa Leviné, Gustav Ludwig May gen. Hartung, Bernhard Menne, Hippolit Middecke, Carl Peschke, Heinz Pol, Ernst Schuhmacher, Herbert Stahl, Erich Wollenberg, Arnold Zweig.
(Völkischer Beobachter, 4. 3. 1936.).

Ausbürgerung genügt nicht

Es genügt der Hitlerregierung nicht, Deutschen durch Ausbürgerung alle staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen, ihr Vermögen zu rauben und ihre Pässe für ungültig zu erklären, um die Schwierigkeiten der Exilierten in den Asylländern zu erhöhen. Der Reichsminister hat sich ausdrücklich die Entscheidung darüber vorbehalten, »inwieweit der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auf Familienangehörige auszudehnen ist«. Obendrein werden die Geächteten in zügelloser Weise verleumdet und beschimpft.

Zur Ausbürgerung von Arnold Zweig schrieb z. B. das Mannheimer »Hakenkreuzbanner« vom 5. 3. 1936:

»...Sehr wohl aber wollen wir noch einmal... sprechen von dem Roman ›Der Streit um den Sergeanten Grischa!...‹ Es hat kein zweites Buch in deutscher Sprache je gegeben, das auf verruchtere und perfidere Art den deutschen Soldaten verächtlich gemacht und

den Frontkämpfer zur rasenden Bestie, zum ›boche‹ umgefälscht hat! Hier finden wir den Blutrünstigen General — ein offenkundiges Teufelszerrbild Ludendorffs —, der nach Erschiessungen giert, genau so wie den servil-sadistischen Unteroffizier, die erotisch-pervertierte deutsche Krankenschwester und was dergleichen Ausgeburten jüdisch-pazifistisch-kommunistischer Höllenphantasie mehr sind... Ein ehrlicher Kritiker gebrauchte in seinem Urteil frei und offen gegen Arnold Zweig die nur zu berechtigte Kennzeichnung und Betitelung: ›Asiatischer Schmutzfink‹.«

Hunderte ähnliche Beschimpfungen von Ausgebürgerten hat die nationalsozialistische Presse veröffentlicht. Dieses eine Beispiel beweist, dass Kritik selbst an der kaiserlichen Armee — von der neuen ganz zu schweigen — mit einer Flut gehässigster Hetze beantwortet wird. Es gibt Schriftsteller, für deren Ausbürgerung die amtliche Begründung lautet, dass sie »Deutschland kriegerischer Absichten verdächtigen«, oder dass sie »vortäuschen, dass... das heutige Deutschland einen gleichen Gefahrenherd für den Frieden (wie das Vorkriegs-Deutschland) bilde«. Mit solchen Begründungen bestätigt die Hitlerregierung ausdrücklich, dass sie die Kriegsgegner verfemt, die um die Erhaltung des Friedens besorgt sind und auf den Gefahrenherd eines neuen Weltbrandes hinweisen.

Widerruf von Einbürgerungen

Das »Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit« bestimmt weiter,

»dass Einbürgerungen, die in der Zeit zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933 vorgenommen worden sind, widerrufen werden können, falls die Einbürgerung als nicht erwünscht angesehen wird.«
(Vossische Zeitung, 15. 7. 1934.)

Diese Bestimmung richtet sich vor allem gegen eingebürgerte Juden. Sie hat erlaubt, in knapp einem Jahr, seit dem Inkrafttreten des Gesetzes bis zum 1. Juli 1934, nach Angaben des Statistischen Reichsamts 13 121 Personen wieder auszubürgern. Eine weitere statistische Angabe liegt bei Abschluss dieses Buches nicht vor, doch erklärte noch ein Jahr nach dem Stichtag der Statistik, am 10. 6. 1935, das Mannheimer »Hakenkreuzbanner«

»Damit (mit den bis dahin erfolgten Widerrufen von Einbürgerungen) ist der Reinigungsprozess noch lange nicht abgeschlossen, er wird mit jener Gründlichkeit und Folgerichtigkeit fortgesetzt, die nun einmal der nationalsozialistischen Bewegung eigen ist.«

Mehr als 13 000 Widerrufe erfolgten in noch nicht einem Jahr. Mit der Schätzung der doppelten Anzahl in rund drei Jahren seit Verkündung des Gesetzes bleibt man hinter der Wirklichkeit zweifellos erheblich zurück. Aber selbst danach hätte die Hitlerregierung mehr als 25 000 Menschen mit dem Widerruf der Einbürgerung grundlos bestraft und staatenlos gemacht. Diese 25 000 Menschen sind dem Heer der von den heutigen Machthabern entrechteten Deutschen zuzurechnen.

Bis Ende Mai 1936 haben nationalsozialistische Gerichte 115 Männer und Frauen wegen ihrer Ueberzeugung zum Tode verurteilt. Von diesen 115 wurden 63 enthauptet. Sechs der zum Tode Verurteilten wurden, bevor die Hinrichtung angesetzt worden war, in den Todeszellen ermordet.

»Das neue deutsche Recht muss aus dem Geiste des herrischen und soldatischen Menschen verstanden werden.«
(Reichsminister Frank, vor den Offizieren und Beamten der Nordseestation, März 1934.)

Am 17. Dezember 1935 ging ein Schrei des Entsetzens durch die Welt: der Kopf des Schwerkriegsbeschädigten Rudolf Claus war unter dem Beilhieb des nationalsozialistischen Scharfrichters gefallen. Was hatte Rudolf Claus getan?

Die Antwort auf diese Frage gibt das letzte Zeugnis des Todgeweihten. In der Nacht vor seiner Hinrichtung schrieb Rudolf Claus den folgenden, an dieser Stelle zum ersten Mal veröffentlichten Brief:

»Liebe Eltern, Geschwister und Bekannte,

Mariechen, Deinen lieben Brief habe ich mit grosser Freude erhalten, auch Huldas Bildchen. Es ist gerade, als hätte ich sie erst gestern gesehen. Nun steht die gnadenbringende Weihnachtszeit bevor. Aber für mich und Euch alle, meine Lieben, ist es keine freudige. Mariechen, ich richte diesen Brief an Dich, denn Du wirst am stärksten sein, diese schreckliche Botschaft empfangen zu können und sie allen, vor allen Dingen meinen lieben Eltern in ihrem betagten Alter, und auch Mutter Deneke, schonend mitzuteilen. Der Gnadenbeweis ist abgelehnt, und noch einige Stunden, dann ist mein Leidensweg beendet.
Liebe Eltern und Geschwister, in Gedanken bin ich bei Euch, um Euch alle zu trösten über das brutale Scheiden von Euch. Meine Lieben, die Vollstreckung dieses Urteils ist beispiellos in der Weltgeschichte. Nochmals wird die Presse als Hauptbegründung Mittel-

Deutschland 1921 anführen. Aber es kommt weniger die Straftat in Betracht, als meine kommunistische Gesinnung. Und darum sehe ich tapfer und ruhig der Entscheidung entgegen. Auch bitte ich Euch, nochmals, in Ruhe den Schicksalsschlag zu überwinden. Immer muss ich an Mutters Worte denken, die sie mir früher mal in Wolfenbüttel sagte und auch bei unserem Abschied in Braunschweig, und nun muss mein Leben ein tragisches Ende nehmen. Ja, liebe Eltern, so viel habt Ihr gelitten, und ich war Euch ein grosses Sorgenkind. Persönlich kann ich Euch keinen Trost spenden. Aber auf diesem Wege möchte ich Euch alle Kraft zur Stärkung, zur Ueberwindung senden. Mariechen, da ich nicht allen Verwandten und Bekannten meine Abschiedsgrüsse schreiben kann, sei so gut und übermittle sie.
So, Ihr Lieben Alle, hiermit scheide ich von Euch. Indem ich in Gedanken bei Euch weile, verbleibe ich mit herzlichen Grüssen
Euer Sohn und Bruder
Rudolf.«

»In Betracht kommt meine kommunistische Gesinnung«, stellt der vom Tod Gezeichnete in unerschütterlicher Ruhe ein letztes Mal fest, nachdem ihm die Henkersmahlzeit in seine Zelle geschoben worden ist. Das ist die Wahrheit. Diese Gesinnung, die ihn verpflichtete, in einer verbotenen Hilfsorganisation tätig zu sein, deren wahrhaft humane Aufgabe es war, politische Gefangene und deren in Not befindliche Angehörige zu unterstützen. Kein anderes Delikt als diese Gesinnung weiss selbst der amtliche Prozessbericht als Grund der Todesstrafe zu nennen:

»... Der Vorsitzende führte in der Urteilsbegründung u. a. aus: ›Bestraft wird in erster Linie der verbrecherische Wille. Durch seine Taten hat der Angeklagte bewiesen, dass bei seiner ausgeprägten asozialen Gesinnung mit einer Besserung nicht mehr zu rechnen ist. Es gab für den Senat daher keine andere Strafe als die höchste Strafe, und deshalb wurde das Todesurteil ausgesprochen‹.«
(Frankfurter Zeitung, 26. 7. 1935).

Der Abschiedsbrief von Rudolf Claus und der nationalsozialistische Pressebericht: zwei Dokumente, zwei Welten. In diesem Brief: Welche Güte! Welche Sorge um die alten, wehrlos dem Schmerz preisgegebenen Eltern! Wie erschütternd die Haltung dieses Mannes! Den Tod vor Augen, bestürmt er die Adressatin seines letzten Briefes, durch schonende Vorbereitung das furchtbare und lebensgefährliche Erschrecken der Betagten zu mildern. Und gegenüber dieser menschlich grossen Haltung von Rudolf Claus steht, schamlos und zynisch, der nationalsozialistische Prozessbericht, der öffentlich verkündet, dass Hungernden zu helfen asozial sei und dass der Angeklagte, der Schwerkriegsbeschädigte, im

Grauen des Krieges zum unbeugsamen Kämpfer für Freiheit und Frieden gehärtet, wegen Gesinnungsdelikts zum Tode verurteilt wurde.

Immer wird die Gesinnung bestraft

Rudolf Claus ist nicht das einzige Opfer des »legalen« Mords. Sein Fall ist nur der klarste, die Beweggründe für seine Ermordung liegen vor Aller Augen offen da. In den andern, weit mehr als hundert Fällen von Todesurteilen behaupteten die nationalsozialistischen Gerichte, »Straftaten« der Angeklagten, die die Gewalt- und Racheakte der Justiz mit einem Schein des Rechts verbrämen sollten. Tatsächlich bestraft wurde auch hier die Gesinnung. Um das zu vertuschen, fand und erfand man Vorwände, konstruierte man Schuldbeweise, fälschte man Protokolle, stützte man sich auf die Aussagen nationalsozialistischer, interessierter, meineidiger Zeugen.

Name des Briefschreibers:

Rudolf Claus

Gef.-B.-Nr. 2353

(Bei allen Sendungen anzugeben)

Berlin NW 40, den 17. August 1934

Alt-Moabit 12a

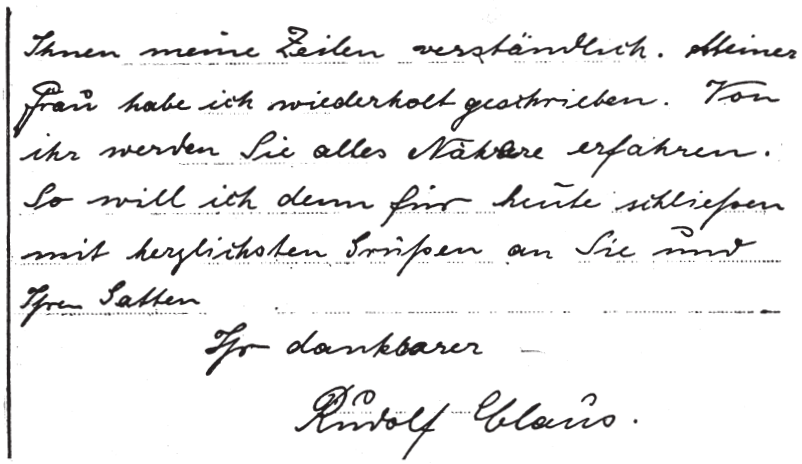
Gelesen:

Liebe Frau Fleck!

Endlich, nachdem ich seit vier Wochen in Untersuchungshaft sitze, komme ich dazu, auch Sie selbst zu schreiben. Vorweg bitte ich Sie vielmals um Entschuldigung über die vielen Unannehmlichkeiten, die sie durch mich wegen meiner Verhaftung ertragen müßten, da ich Sie bei meiner Einmietung infolge meiner Tätigkeit, Ihnen unwahre Angaben gemacht habe. Von der Gestapo haben Sie ja gehört, daß ich nicht Kurz, sondern Claus heiße und daß ich eine politische Arbeit ausgeübt habe und deshalb wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet bin. Es mag sein, daß ich in Ihren Augen als ein Schwerverbrecher bezeichnet bin, da ich ja auch noch des Mordes verdächtigt

werde. Für die politische Tätigkeit stehe ich vollkommen ein. Aber mit dem Mord habe ich nichts zu thun, noch weiss ich nicht an wem und wo er begangen sein soll. Sie kennen mich zwar noch zu wenig. Und doch glaube ich, dass Sie über mir nicht so böse urteilen werden. Inzwischen hat ja auch meine Frau an Sie geschrieben und mitgeteilt, dass sie ende des Monats nach hier kommen will betr. Abholung meiner Wäsche und Kleidersachen, die sich noch bei Ihnen befinden. Ich hatte bereits meiner Frau einige Wünsche mitgeteilt betr. Zustellung von Unterzeug und Einzahlung von Geld, damit ich eine Zeitung halten kann. Gestern wurde mir mitgeteilt, dass Sie drei Mark für Zeitung eingezahlt haben. Ich glaubte schon, dass meine Frau bereits in Berlin sei, und dass sie gemeinsam den Weg nach Moabit gemacht hätten. Na, ich denke doch, dass meine Frau Sprecherlaubnis mit mir erhalten wird, wenn sie nach

hier kommt. Da ja doch manches zu besprechen ist, insbesondere die Frage eines Verteidigers, die wohl in der mysteriösen Mordsache in betracht käme. Frau Jenick sollte meine Frau die Sachen abholen und keine Sprecherlaubnis bekommen, dann sagen sie ihr, daß meine Hinterpforte Ernst hat. Desweiteren bitte ich Sie, meine Frau etwas behilflich zu sein, da ihr Berlin unbekannt ist. Mir selbst geht es allgemein leidlich. Eine besondere Freude ist es für mich, jetzt eine Zeitung halten zu können in diesen öden vier Wänden, um nicht ganz von der Welt abgeschnitten zu sein. Hier heißt es, vieles zu entbehren und diese Zeit zu überwinden. Aber für eine Weltanschauung kann man alles ertragen. Die Lebensbedürfnisse sind äußerst minimal bemessen. Aber für Sold kann man hier alles haben, ausschließlich Stadturlaub. Na ja Spaß muß sein, auch in diesen grauen Mauern. Liebe Frau Jenick ich habe Ihnen nun allerhand geschrieben. Hoffentlich sind


Ihnen meine Zeilen verständlich. Meiner Frau habe ich wiederholt geschrieben. Von ihr werden Sie alles Nähere erfahren. So will ich denn für heute schliessen mit herzlichsten Grüssen an Sie und Ihren Gatten

Ihr dankbarer

Rudolf Claus.

Faksimile eines Briefes, den der später hingerichtete Schwerkriegsbeschädigte Rudolf CLAUS aus dem Gefängnis an seine Zimmerwirtin richtete.

Zusammenstösse zwischen Nationalsozialisten und ihren politischen Gegnern, die zum Teil bis 1929 zurücklagen, bildeten plötzlich den Gegenstand unzähliger Prozesse vor den Gerichten des Dritten Reiches. Wegen solcher »Zusammenstösse« wurden (jeweils in einem einzigen Prozess) in Köln sechs, in Düsseldorf neun, in Hamburg acht, in Berlin fünf Angeklagte zum Tode verurteilt. Von den Sturmtrupplern Hitlers, die an den tätlichen Auseinandersetzungen beteiligt gewesen waren, sass in keinem Fall auch nur ein einziger auf der Anklagebank. Nein, sie wurden als Zeugen vernommen. Sie, Beteiligte, also mindestens Befangene, wenn nicht von Rachedurst Besessene, lieferten die Aussagen, auf die die Gerichte ihre Todesurteile stützten.

Wer aber, in Wahrheit, verschuldete die »Zusammenstösse«? Wer hat Provokation und Ueberfall und Einsatz von Rollkommandos zu einem System gemacht?

Geständnisse der Schuldigen

In dem Tagebuch Horst Wessels findet sich folgende Eintragung:

> *»Anlässlich einer Wahl hatten wir beispielsweise, als Kommunisten verkleidet, einen arglosen Reichsbannerzug zum Kurfürstendamm begleitet, und in einer von der Polizei weniger beachteten Nebenstrasse haben wir dann die Genossen nach allen Regeln der Kunst auseinandergehauen.«*
> (Ingeborg Wessel, »Aus dem Tagebuch Horst Wessels«.)

Der notorische Provokateur Horst Wessel, der die Methoden seines gerichtlich erwiesenen Zuhältertums in die Politik verpflanzte und sich seiner Verworfenheit noch rühmte, ist heute der Nationalheros des Dritten Reiches. Von seinem Geist erfasst, schwören die »Zeugen«, plädieren die Staatsanwälte, urteilen die Richter.

Es ist nicht nur der Geist des Zuhälters Wessel, — es war seit je der Geist der obersten Führer der NSDAP! Am 8. November 1935 hat Hitler vor »der alten Garde« über einen nationalsozialistischen Aufmarsch in Koburg aus dem Jahre 1922 erklärt:

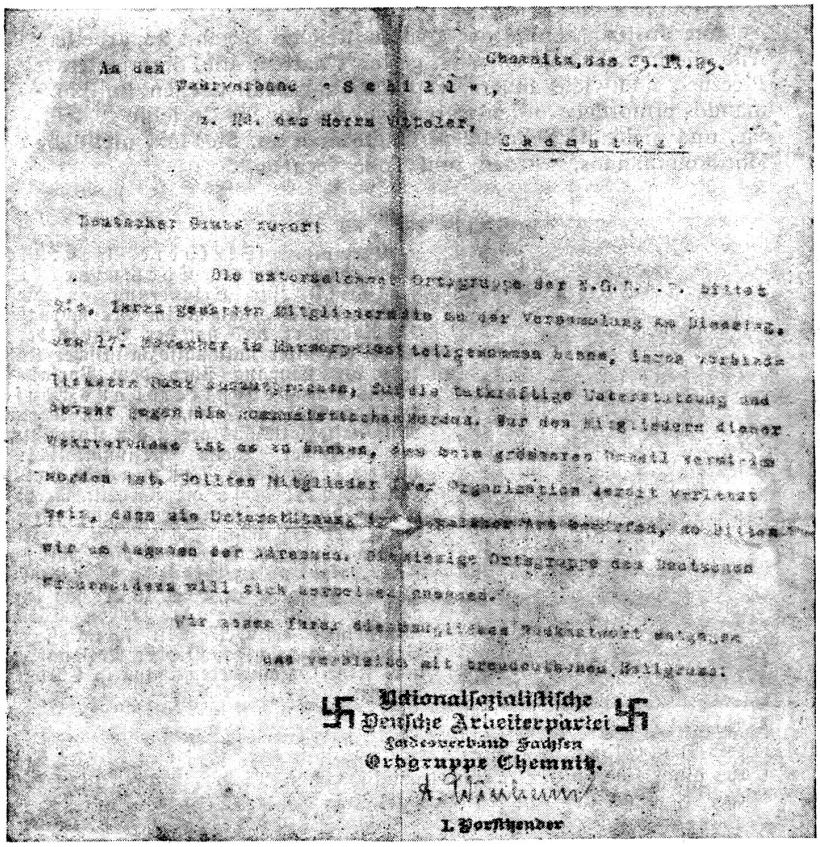
»Zum ersten Male marschierten wir dort. Zum ersten Male redeten wir dort. Zum ersten Male führten wir einen Sonderzug hinaus nach einer Stadt, nach Koburg, und haben dort den roten Terror mit brachialer Gewalt niedergerungen, zum Entsetzen unserer bürglichen Mitwelt, die das nicht verstehen wollte und konnte...«

Kein Wort davon, dass die Arbeiterschaft von Koburg die NSDAP angegriffen hätte und die SA sich habe verteidigen müssen! Kein Wort davon, dass die Arbeiterschaft von Koburg einen Aufstand machen wollte oder zu Gewalttätigkeiten aufgerufen hätte! Mit betont zynischer Offenheit erklärt Hitler: »Wir zogen aus«, »wir organisierten einen Sonderzug«, wir überfielen das rote Koburg, wir schlugen mit »brachialer Gewalt« den politischen Gegner nieder, und vor unserer »brachialen« Gewalt wurde die »bürgerliche Welt« von Entsetzen gepackt. »Und dann«, fuhr Hitler fort, »begann diese Säuberung Ort um Ort.« Sie wurde zum System. Hunderte von Arbeitern fielen schwerverletzt oder tot auf offener Strasse nieder. In die Versammlungssäle brachen die braunen Garden ein und verrichteten auch dort ihr mörderisches Werk.

Einer der höchsten Beamten des Reichs, der Reichsstatthalter und Gauleiter von Baden, Wagner, hat in einer zu Legeishurst (bei Mannheim) gehaltenen Rede öffentlich gesagt:

»Die Zeiten, die ich gemeinsam mit Ihnen verlebt habe, gehören zu den stolzesten meines Lebens... Ich möchte mich nicht trennen von der Erinnerung, wie die SA in unbändigem Draufgängertum in Kahl unter den Augen fremder Besatzung und verhetzter Massen eine vielfache gegnerische Uebermacht aus dem Saal gehauen hat. Ich denke zurück, wie Sie auch dabei waren, als dem Verbrecher Hölz in der Karlsruher Festhalle ein furchtbarer Denkzettel verabreicht wurde.«
(Hakenkreuzbanner, 13. 2. 1936.)

Nebenstehende Dokumente erbringen den Beweis, dass die Chemnitzer Saalschlacht des Jahres 1925 von den Nationalsozialisten befohlen wurde. Der frühere SA-Obersturmführer Votteler hat im Auftrage der NSDAP Ortsgruppe Chemnitz den »Saalschutz« geleitet. Hunderte von Hitlergegnern wurden nachträglich wegen derartiger, von Nationalsozialisten provozierter Zusammenstösse vor Gericht gestellt, viele wurden zum Tode verurteilt.



Chemnitz, den 29.11.25.

An den
Wehrverband „S c h i l d“,
z. Hd. des Herrn Witteler,
C h e m n i t z.

Deutscher Gruss zuvor!

Die unterzeichnete Ortsgruppe der N.S.D.A.P. bittet Sie, Ihren geehrten Mitgliedern, die an der Versammlung am Dienstag, den 17. November in Marmorpalast teilgenommen haben, Ihren verbindlichsten Dank auszusprechen, für die tatkräftige Unterstützung und Abwehr gegen die kommunistischen Horden. Nur den Mitgliedern dieser Wehrverbände ist es zu danken, dass beim grösseren Unheil vermieden worden ist. Sollten Mitglieder Ihrer Organisation derart verlangt sein, dass die Unterstützung in [illegible] Art bedürfen, so bitten wir um Angaben der Adressen. Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Frauenbundes will sich herbeilassen.

Wir sehen Ihrer diesbezüglichen Rückantwort entgegen

und verbleiben mit treudeutschem Heilgruss:

Nationalsozialistische
Deutsche Arbeiterpartei
Landesverband Sachsen
Ortsgruppe Chemnitz.
A. Wierheim
I. Vorsitzender

Ich versichere hiermit, dass die Saalschlacht, die in dem Brief der Ortsgruppe der NSDAP Chemnitz vom 25.11.1925 erwähnt wird, von dem damaligen Ortsgruppenleiter der NSDAP W i e r h e i m befohlen wurde. Er forderte mich als den Leiter des Saalschutzes auf, bereits beim geringsten Zwischenruf meinen Leuten den Befehl zum rücksichtslosesten Vorgehen zu geben. Ein Toter und 75 Verletzte auf der Seite der überfallenen Arbeiter waren das Resultat dieses Befehls.

Fr. Vottely

Die Entfernung von Mannheim bis Karlsruhe beträgt mehr als 50 Kilometer. Wagner gesteht, dass er, schon damals Gauleiter von Baden, die SA im Umkreis von mindestens 50 Kilometern nach Karlsruhe kommandierte und ihr befahl, in die Kundgebung seines politischen Gegners Max Hölz einzudringen, sie zu sprengen und friedlichen Besuchern mit Fäusten, Gummiknüppeln, Stuhlbeinen usw., einen »Denkzettel« zu verabreichen.

In dem oberschlesischen Ort Potempa wurde 1932 der Arbeiter **Pieczuch** von Nationalsozialisten im Schlaf überfallen, aus dem Bett gezerrt, vor den Augen seiner Mutter in unmenschlichster Weise geschlagen, getreten, gestochen, gewürgt und so langsam zu Tode gequält. Ein wohlüberlegter Mord, ein Mord politischer Gangster in der abscheulichsten Form. Das Gericht verurteilte die Mörder zum Tode. Doch Hitler telegraphierte an sie:

> *»Meine Kameraden!... Ich fühle mich Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre...*

Die Regierung des Herrn von Papen, des späteren Vizekanzlers Hitlers, begnadigte die Mörder zu lebenslänglichem Zuchthaus; eine der ersten Taten der Hitlerregierung war ihre volle Begnadigung und unverzügliche Freilassung.

Die Aeusserung Wessels, die Reden Hitlers und Wagners, der Fall Potempa und die in diesem Buch zum ersten Mal veröffentlichten Dokumente über die Saalschlacht in Chemnitz 1925 bestätigen unwiderleglich:

- 1. Die »Zusammenstösse« waren Ueberfälle, von Nationalsozialisten mit Ueberlegung und Vorbedacht durchgeführt.
- 2. Die Ueberfälle wurden von hohen Führern der NSDAP auf generelle Weisung Hitlers durchgeführt.
- 3. Auch wenn die Attentate, wie in Potempa, mit der Ermordung politischer Gegner endeten, hiess Hitler sie gut und nannte die Mörder öffentlich »Kameraden«.

Und dann kam Hitler zur Macht.

Die Justizmaschine des Dritten Reiches begann zu arbeiten. Alle, die in Lebensgefahr sich gewehrt hatten, alle, die nicht, wie Pieczuch und viele andere, von nationalsozialistischen Rollkommandos ermordet worden waren, wurden vor die Gerichte gestellt. Sie, und nicht die Schuldigen, klagte man an. Sie, und nicht die Mordkommandos, wurden zum Tode verurteilt.

Chemnitz. (Steinere Gedenktafel von der ersten Chemnitzer Saalschlacht.) Zur Erinnerung an die erste Chemnitzer Saalschlacht im Marmorpalast am 17. November 1925 hat der Besitzer der Gaststätte, ein alter nationalsozialistischer Kämpfer, jetzt am Eingang über dem Portal seines Lokals eine Gedenktafel aus Muschelkalk anbringen lassen, die den Kampf des Nationalsozialismus gegen den Kommunismus in trefflicher Weise versinnbildlicht: ein kniender SA.-Mann wird von einer Schlange bedroht, die sich mit ihrem Kopf bereits bis zu seinem Gesicht emporgewunden hat. Der SA.-Mann hat aber bereits die Schlange unterhalb des Kopfes mit starker Faust erfaßt und zerdrückt sie. In dem Bilde ist eine Kapsel eingelagert, in der sich eine eingehende Schilderung der ersten Chemnitzer Saalschlacht befindet. Mit ihrem siegreichen Verlauf hatte sich damals der Nationalsozialismus seine Daseinsberechtigung in Chemnitz erkämpft.

Bild links: Der frühere SA-Obersturmführer Votteler. Bild rechts: Zeitungsausschnitt aus einer Chemnitzer nationalsozialistischen Tageszeitung, zur Erinnerung an die von Votteler geleitete Saalschlacht.

Die Mordmaschine an der Arbeit

Am 12. Juli 1932 hatten die Hitlergarden einen Aufmarsch in den Hamburg-Altonaer Arbeitervierteln organisiert. Aus ganz Schleswig-Holstein waren die nationalsozialistischen Formationen in Altona zusammengezogen worden. Eine klare, perfid berechnete, aufsehenerregende Provokation. Gegendemonstrationen bildeten sich spontan. Die SA eröffnete das Feuer. Dreizehn Tote... dreizehn Antifaschisten, Frauen und Männer, wurden erschossen. Es kam zum Tumult, die SA zählte vier Tote: sie waren von Polizeikugeln getroffen worden. Kein Polizist wurde getötet.

Die Provokation des Aufmarsches in dem als links bekannten Arbeiterviertel, die dreifache Zahl der Toten auf der Seite der Arbeiter, dazu die Planmässigkeit der »Strafexpeditionen«, deren sich die höchsten Führer der NSDAP gerühmt haben, — nein, es ist keine Minute unklar, wer den Altonaer Blutsonntag gewollt und verschuldet hat.

Trotzdem sind wegen der Altonaer Vorgänge nicht weniger als vier Prozesse gegen politische Gegner des Regimes vor nationalsozialistischen Gerichten durchgeführt worden. Die ersten vier Todesurteile wurden bereits am 1. August 1933 vollstreckt. Die Köpfe der Kommunisten: Walter Möller, Bruno Tesch, August Lütgens, Karl Wolff fielen unter dem Beil des Scharfrichters. Wer waren die vier Enthaupteten? Ihre letzten Briefe sind Zeugnisse ihrer starken, sauberen Gesinnung und ihrer Menschlichkeit.

Der letzte Gruss von August Lütgens, den wir hier wiedergeben, galt seinen Kindern:

»Liebe Kinder!
Wenn Ihr diesen Brief erhaltet, ist Euer Papa nicht mehr. Dann wurde er erledigt, laut

Urteil. Also wir sollen uns nicht mehr sehen, aber wenn Ihr grösser seid und die Weltgeschichte studiert habt, dann werdet Ihr begreifen, was Euer Papa war, warum er kämpfte und starb, warum Euer Papa so und nicht anders handeln konnte. Nun lebt wohl und werdet Kämpfer.
Es grüsst Euch
Euer Papa«.

»Erledigt, laut Urteil.« Deutlicher: Ermordet, aus Rache.

Am 2. Mai 1934 fällte das hanseatische Sondergericht in Hamburg acht Todesurteile, — wegen angeblicher »Ueberfälle auf Nationalsozialisten« im Jahre 1932. Die Beweise? Darüber sagt der offizielle Prozessbericht:

»Der Staatsanwalt führte in seinem Plaidoyer aus, dass nicht festgestellt werden konnte, wer den tödlichen Stich gegen Heinzelmann geführt hatte... Ueber die Beteiligung der Einzelnen sei durch Zeugenausagen wenig oder nichts erwiesen.«
(Frankfurter Zeitung, 3. 5. 1934.)

Trotzdem: schon zwei Wochen später, am 19. Mai 1934, wurden vier der in diesem Prozess zum Tode verurteilten Antifaschisten:

Fischer, Dettmar, Schmidt, Wehrenberg
im Hofe des Hamburger Untersuchungsgefängnisses enthauptet.

Am Tage vor seiner Hinrichtung schrieb Fischer in seinem letzten Brief sein Vermächtnis:

»Ich werfe mir nichts vor. Was ich tat, verantworte ich mit dem Höchsten, was ich habe, mit meinem Leben. Möge für Euch einst das Glück kommen, für das ich sterbe. Wenn ich auch falle, die Fahne wird stehen, trotzig und stark—. Eine Idee, welche die Einigkeit, die Liebe und die höchsten Ziele der gesamten Arbeiterklasse mit ihrem Blut erkämpft, wird einst auch zur Verwirklichung auf dem ganzen Erdball gelangen.
Für Dich und die Kinder mein letztes Lebewohl...«

Görings Bluthochzeit

Am 14. Januar 1930 hatte der Zuhälter Ali Höhler auf seinen Rivalen Horst Wessel geschossen, Wessel starb einige Wochen später. Vier Jahre danach, am 15. Juni 1934, verurteilte das Schwurgericht Berlin die Kommunisten Sally **Epstein** und Hans **Ziegler** zum Tode; sie seien, behauptete das Gericht, am Tode Wessels mitschuldig. Auf Seite 20 der Urteilsbegründung, als Verhöhnung der elementarsten Rechtsprinzipien, steht dieser Satz:

»Dass die Tat mit Ueberlegung ausgeführt wurde, steht schon deshalb fest, weil irgendwelche Anhaltspunkte für das Gegenteil nicht ersichtlich sind.«

Zu dem Todesurteil schrieb die »Neue Zürcher Zeitung« vom 17. 6. 1934:

»Das elementarste Rechtsgefühl muss sich gegen ein solches, ausschliesslich von den politischen Leidenschaften diktiertes Urteil aufbäumen... Zwei von den nachträglich drei Angeklagten sind des vollendeten Mordes schuldig erklärt worden, damit die Voraussetzung für die Verhängung der Todesstrafe konstruiert werden konnte.«

Die Köpfe der Verurteilten wurden das Blutgeschenk zur Hochzeit Görings. Am 11. April 1935, dem Hochzeitsmorgen des Reichsministers, wurden Sally Epstein und Hans Ziegler enthauptet.

Intellektuelle »Urheberschaft«

Nicht zufrieden mit den Strömen vergossenen Blutes, konstruiert die »Justiz« des Dritten Reiches ein neues Delikt: die »intellektuelle Urheberschaft«. Nicht nur jene, die von Nationalsozialisten überfallen worden waren und sich gewehrt hatten, werden angeklagt, verurteilt und hingerichtet: sogar die Führer der antifaschistischen Organisationen werden beschuldigt, die Verantwortung dafür zu tragen, dass Ueberfallene sich nicht wehrlos morden liessen.

Fiete Schulze, der frühere Hamburger Gauleiter des Roten Frontkämpferbundes, ist vor dem Oberlandesgericht Hamburg der »intellektuellen Urheberschaft« an sämtlichen Zusammenstössen beschuldigt worden, die sich seit 1929 in Hamburg zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ereigneten. Der Staatsanwalt erklärte in seiner Anklagerede:

»Der Angeklagte ist ein Todfeind unseres Staates. Es wäre eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, wenn dieser Mensch lebend davonkäme. Seine Zunge ist gefährlicher als die Schüsse jener, die auf seinen Befehl schossen. Darum muss er sterben, ich verlange seinen Tod.«

Dass Fiete Schulze an einem der Zusammenstösse beteiligt gewesen sei, hat nicht einmal der Staatsanwalt behauptet. Aber der Staatsanwalt hat behauptet, Fiete Schulze habe den Befehl gegeben, zu schiessen. Der Staatsanwalt ist ein Verleumder; er hat nicht bewiesen, was er behauptete; er hat für seine Behauptung nicht den Schatten einer Zeugenschaft beigebracht. Er ist mehr als ein Verleumder, er ist ein Mordanstifter: er hat gegen Fiete Schulze die dreifache Todesstrafe und 260 Jahre Zuchthaus beantragt; am 6. Juni 1935 wurde Fiete Schulze enthauptet.

Helden auf dem Schafott

Nach der Verkündung des Todesurteils rief Fiete Schulze trotzig und stolz in den Gerichtssaal:

> *»Es wird einen Kämpfer weniger geben, aber siegen werden wir trotzdem! Kommt vollzählig auch zur Hinrichtung! Ihr werdet dann sehen, wie ein Kommunist stirbt.«*

Wie dieser Held starb, wird die Welt später einmal erfahren. Sie alle, die »legal« Ermordeten, starben als Helden, so wie jener tapfere Reichsbannerarbeiter Ludwig **Büchler**, über dessen letzte Minute die Darmstädter Nazizeitung fassungslos schrieb:

> *»Büchler bewahrte bei dem Gang von der Zelle bis zum Schafott, das in der Garage aufgestellt war, sowie bei der Verlesung und dem Vollzug des Urteils eine derartige kaltblütige Ruhe, wie sie selten ein zum Tode Verurteilter zur Schau trägt. Selbst beim Besteigen des Schafotts sowie den folgenden Handlungen zeigte er nicht die geringste Spur von Reue oder Erregung.«*

Warum wurde Ludwig Büchler gemordet? Ein früherer Nationalsozialist, der seiner Hinrichtung beiwohnte und die Zusammenhänge des Falles genau kennt, berichtet darüber:

> *»Ludwig Büchler war am 5. August 1933 von dem Landgericht in Darmstadt zum Tode verurteilt worden, weil er am letzten Februarsonntag einen SA-Mann erstochen haben sollte. Tatsache ist jedoch folgendes: An dem betreffenden Sonntag hatte Büchler, der von Beruf Steinhauer war, in seinem Garten eine Fahne mit den drei Pfeilen gehisst. Eine Gruppe von SA-Leuten wollte diese Fahne herabreissen, Büchler, sein Vater und sein Schwager setzten sich zur Wehr. Im Verlaufe der Schlägerei wurde Büchlers Schwager von einem SA-Mann ins Auge geschossen. Büchler selbst griff, als er sich der anstürmenden SA-Leute nicht mehr anders erwehren konnte, zu einem Messer und traf im Handgemenge einen der SA-Leute so unglücklich am Halse, dass dieser zusammenbrach. Der SA-Mann wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo er nach fünf Wochen starb.«*

Als Büchler auf das Schafott gerissen wurde, rief er: »Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun«. Aber sie wussten sehr wohl, was sie taten. Das Beil sauste nieder, und der Reichsstatthalter Sprenger, der der Hinrichtung beiwohnte, schrie: »Heil Hitler!«

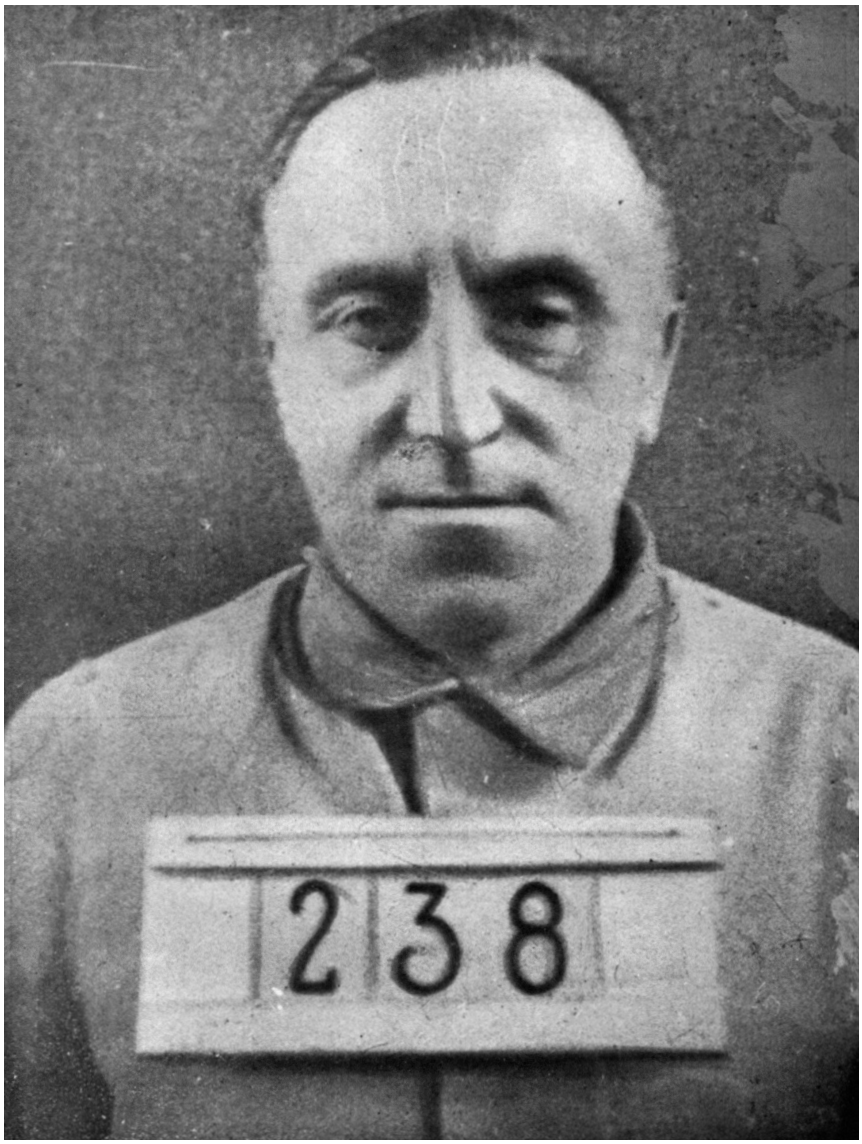
Ein ausländischer Anwalt enthüllt

Am 15. Oktober 1931 war es in der nur von Antifaschisten bewohnten Richardstrasse, Berlin-Neukölln, vor einem provokatorisch errichteten SA-Sturmlokal zu einem Zusammenstoss mit demonstrierenden Antifaschisten gekommen. Im Verlauf dieses Zusammenstosses wurde der Wirt des Lokals, ein Mann namens Boewe, erschossen. Der Fall kam im April 1932 vor Gericht. Selbst die schon damals dem Nationalsozialismus zugeneigten Richter waren gezwungen, sämtliche Antifaschisten bis auf einen freizusprechen.

Aber vier Jahre nach diesen Vorgängen beginnt in Berlin ein neuer Richardstrasseprozess: auf der Anklagebank sitzen nicht weniger als 25 Beschuldigte. Der Prozess dauert etwa ein halbes Jahr. Mitte Dezember 1935 ist die Beweisaufnahme geschlossen, der Oberstaatsanwalt hält seine Anklagerede, den Urteilsspruch kündigt die nationalsozialistische Presse noch für die Zeit vor Weihnachten 1935 an. Die Verkündung des Urteils wird verschoben, — auf Mitte Januar 1936, dann erneut auf Ende Januar und zum dritten Mal auf Ende Februar. Jetzt war die »Bearbeitung« des Geschworenenkollegiums beendet, und die Angeklagten Helmut Schweers, Bruno Schroeter, Bruno Blank, Paul Zimmermann und Walter Schulz werden zum Tode verurteilt.

Die Oeffentlichkeit war während des grössten Teils der Verhandlung ausgeschlossen. Aber der Pariser Anwalt Delhaye hatte die Möglichkeit, einigen Sitzungen des Richardstrasse-Prozesses beizuwohnen. Wie wurde der Prozess geführt? Delhaye erklärt:

»Die Verteidiger schweigen, Die Verhandlung wird von ihnen nicht ein einziges Mal auch nur durch den geringsten Hinweis oder die bescheidenste Frage unterbrochen. Befragt, warum sie diese Haltung einnähmen, erklärte einer der Anwälte: ›Je mehr ein Anwalt in einem politischen Prozess spricht, desto höher wird die Strafe für die Angeklagten.‹ Die Richter werden von höherer Stelle bestimmt. Ein Experte trat auf, von dem selbst die Nazianwälte in Privatgesprächen erklärten, dass ein ›Student im ersten Semester sich nicht so dumm benehmen würde‹. Machen die Angeklagten Aussagen, die dem Vorsitzenden nicht passen, so erklärt dieser: ›Sie lügen. Sie sind Kommunist. Die lügen immer. Sie können sagen, was Sie wollen.‹ Korrespondenten ausländischer Blätter sind nicht zugelassen. Von der Nazipresse sitzen zwei Beauftragte im Gerichtssaal; nur einer macht sich Notizen. Sie sind offenbar Vertreter des Propagandaministeriums; in ihren Berichten, die in der deutschen Presse erscheinen, ist der Verlauf der Verhandlung überhaupt nicht wiederzuerkennen. Sie greifen ein paar Verhandlungsphasen, die ihnen genehm sind, in ihren Berichten auf und fügen dann, und viel ausführlicher, einen Kommentar hinzu, der dem allgemein gültigen Propagandalexikon der Nationalsozialisten entnommen ist.«



Seit Ende Februar 1933 ohne Anklage in Haft
Carl von OSSIETZKY, der bedeutende pazifistische Publizist, Kandidat für den Friedensnobelpreis 1935 und 1938

Seit Ende Februar 1933 ohne Anklage in Haft
Rechtsanwalt Hans LITTEN (rechts stehend) unterzieht im Edenpalast-Prozess (1931) Adolf Hitler (links stehend) einem Kreuzverhör und treibt ihn in die Enge. Litten ist seit Ende Februar 1933 in Haft. Er wurde grauenhaft gefoltert.

Seit März 1933 ohne Anklage in Haft
Dr. Carl MIERENDORFF, der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller und ehemalige Reichstagsabgeordnete

Seit März 1933 ohne Urteilsspruch in Haft
Der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, früherer Reichspräsidentschaftskandidat Ernst THÄLMANN

Ueber den Sinn dieses Prozesses befragt, erklärte ein hoher nationalsozialistischer Funktionär dem französischen Anwalt Delhaye:

> *»Die Anklagebehörde, die den Fall Thälmann behandelt, will nicht nur beweisen, dass der Führer der KPD für alle Zusammenstösse intellektuell verantwortlich ist, sondern dass er befohlen hat, zu morden. Das ist auch der Zweck des Neuköllner Prozesses.«*

So werden Zweckprozesse im Dritten Reich inszeniert. So, wie es Delhaye schildert, wird »verhandelt«. So wird die »intellektuelle Urheberschaft« konstruiert. So werden Todesurteile vorbereitet. So wird »Recht« gesprochen. So werden Mordurteile gefällt. Und die Berichte über Hinrichtungen lassen das Blut in den Adern erstarren.

Todeszeugen berichten

Am 30. November 1933 wurden in Köln die aus politischen Gründen zum Tode verurteilten Antifaschisten Hamacher, Wäser, Wilms, Horsch, Moritz und Engel im jugendlichen Alter enthauptet. Nach dem Bericht eines alten Beamten, der der Hinrichtung beiwohnen musste, wurden die Köpfe der drei ersten Opfer jeder mit einem wuchtigen Beilhieb heruntergeschlagen. Bei dem vierten aber, so fährt der Augenzeuge fort,

> *»schlug der Scharfrichter, der ebenso wie seine Gehilfen augenscheinlich grosse Quantitäten von Schnaps zu sich genommen hatte, um durchhalten zu können, falsch. Das Beil blieb im Schädel des Verurteilten stecken, er führte einen zweiten Hieb, auch dieser hatte noch nicht das gewünschte Ergebnis, und erst der dritte Hieb trennte den Kopf von dem Rumpf des unglücklichen Opfers. Der Vorfall rief bei den Anwesenden eine ungeheure Erregung hervor und bei all denen, die sich noch einen Rest menschlichen Empfindens bewahrt hatten, Entsetzen und Empörung. Infolge dieser Erregung kam es auch bei der fünften Hinrichtung zuerst zu einem Fehlschlag, und erst der zweite Hieb vollendete die Enthauptung. Die sechste Vollstreckung an dem Fensterputzer Josef Engel wurde von dem Scharfrichter mit einem einzigen furchtbaren Hieb durchgeführt. Die Massenhinrichtung dieser sechs Arbeiter war das furchtbarste Erlebnis, das ich in meiner Dienstzeit gehabt habe.«*

Im Juni 1933 wurde unter den Fenstern von 800 politischen Gefangenen im Hof der Strafanstalt Plötzensee zur Abschreckung der Gegner des Regimes eine Hinrichtung an einem Kriminellen vollzogen. Einer der Augenzeugen, der ins Ausland entkam, berichtet:

> *»...Am Richtplatz erscheint mittlerweile der fette, aufgedunsene Scharfrichter Gröpler, in seinem Privatberuf Wäschereibesitzer, mit ihm zwei hagere Henkersknechte. Gröpler hat*

das Jackett ausgezogen und trägt zur feierlichen Handlung einen eleganten Frack. Den Richtblock umstehen Richter, Staatsanwalt, Pfarrer und ein Tross SA- und SS-Leute. Rohrbach ist nun bis an das Schafott geschleppt, in wenigen Minuten ist das Urteil verlesen und die Ablehnung der Begnadigung verkündet. Die beiden Henkersknechte stürzen sich auf den Delinquenten, binden ihm die Augen zu, reissen ihn auf ein breites schweres Eichenbrett, schnallen ihn fest. Der Kopf wird in die vorgerichtete Holzsenke gepresst. Scharfrichter Gröpler hat währenddem sein Handbeil — etwas grösser ist es als ein gewöhnliches Fleischerbeil — aus dem Futteral genommen. Er springt auf die hintere Stufe des Gerüstes, placiert sich seitwärts, hebt das Beil und schlägt mit einem Hieb dem noch immer aufheulenden Rohrbach den Kopf ab...«

So wie dieser gemeine Chauffeurmörder Rohrbach, — so werden im Dritten Reich politisch Verurteilte, Väter Unmündiger, Söhne angstverzehrter Mütter wegen ihrer Gesinnung in den Tod geschickt. Noch immer sitzen politische Gefangene, unschuldig wie die Hingerichteten und Verscharrten, in den Todeszellen. Täglich und stündlich steht das Beil des Scharfrichters vor ihren Augen. Und die wirklichen Mörder ihrer politischen Gegner sind frei.

Hitlers Landesverräter: Ossietzky, Thälmann, Mierendorff und Litten.

»...Es gibt auch heute noch Leute, die für Landesverräter Nobelpreise beantragen. Wir sehen allerdings in einem Landesverräter nur einen Verbrecher... Es ist besser, der Kopf eines Landesverräters fällt noch im Frieden, als dass seinetwegen im Kriege viele hundert Landsleute ihr Leben lassen müssen.«
(Göbbels, 9. März 1936).

Zum Tode verurteilt und in der Todeszelle ermordet:

NAME	Ort	Beruf	Parteizugehörigkeit	Gericht	Verurteilt	Ermordet	Grund
KÄDING, Karl	Lübeck	Arbeiter	SPD	Schwg. Lübeck	16. 9. 33	2 Tage später in der Zelle ermordet	Angebl. Erschiessung eines SA-Führers
KAPTUR, Stephan	Dortmund	»	KPD	Schwg. Dortmund	6. 12. 33	am 15.1.34 lt. Justizpressestelle „Selbstmord“	Angebl. Ermordung eines SS-Mannes
GRIKSCHASS	Tilsit	»	»	Schwg Königsbg.	12. 3. 34	In der Todeszelle ermordet	Angebl. Tötung eines SA-Mannes
BROEDE, Friedrich-Wilhelm	Braunsberg	Invalide	»	Reichsg. Berlin	18. 6. 34	» » »	Lenk-Anlauf-Prozess
Zwei ungenannte opposit. SA-Männer	Berlin			Sonderg. Berlin	29. 7. 33	» » »	

Zum Tode verurteilt und 1933 hingerichtet:

	NAME	Ort	Beruf	Parteizugehörigkeit	Gericht	Verurteilt	Hingerichtet	Grund
1	*LÜTGENS, August*	Altona	Seemann	KPD	Sonderger. Altona	2. 6. 33	1. 8. 33	Altonaer Blutsonntag
2	*MÖLLER, Walter*	»	Arbeiter	»	» »	2. 6 33	1. 8. 33	» »
3	*WOLFF, Karl*	»	Schuhmacher	»	» »	2. 6. 33	1. 8 33	» »
4	*TESCH, Bruno*	»	Klempnergeselle	»	» »	2. 6. 33	1. 8. 33	» »
5	*VOLK, Wilhelm*	Hamburg	Schornsteinfeger	»	» Hamburg	22. 7. 33	9. 8. 33	Angebl. Überfall auf
6	*WOLF*	»	Arbeiter	»	» »	22. 7. 33	9. 8. 33	Nazi-Verkehrslokal
7	*BÜCHLER, Ludwig*	Butzbach/Lindf.	Steinhauer	Katholik	Landger. Darmstadt	5. 8. 33	26. 8. 33	Angebl. Landfriedensbruch Lindenfels
8	*SCHLIEFER, Lorenz*	Gaiganz	Arbeiter	Bayr. V.-P.	Schwurg. Bamberg	27. 7. 33	10. 9. 33	Angebl. SA-Mann getötet
9	*SCHAFRANSKI*	Braunschweig	»	Reichsb.	» Braunschweig	10. 9. 33	2. 10. 33	» SA-Mann erstochen
10	*GERBER, Kurt*	Maliers (Kr. Oels)	«	»	Sonderger. Breslau	31. 10. 33	27. 11. 33	Angeblich SA-Mann ermordet
11	*HAMACHER, Hermann*	Luxemburg	»	KPD	Schwurger. Köln	22. 7. 33	30. 11. 33	Angebl. Mord an 2 SA-
12	*WAESER, Otto*	Köln	»	»	» »	22. 7. 33	30. 11. 33	Leuten
13	*HORSCH, Heinrich*	«	»	»	» »	22. 7. 33	30. 11. 33	» »
14	*MORITZ, Josef*	»	»	»	» »	22. 7. 33	30. 11. 33	» »
15	*ENGEL, Josef*	Dorstfeld	«	»	» »	22. 7. 33	30. 11. 33	« »
16	*WILMS, Bernhard*	Köln	»	»	» »	22. 7. 33	30. 11. 33	» »

Zum Tode verurteilt und 1934 hingerichtet:

	NAME	Ort	Beruf	Parteizugehörigkeit	Gericht	Verurteilt	Hingerichtet	Grund
17	*LINDAU, Rudolf Ernst*	Hamburg	Arbeiter	KPD	Sonderger. Hamburg	30. 12. 33	10. 1. 34	Angebl. Emordung eines Polizeiwachtmeisters
18	*LUBBE, van der, Marinus*	Leyden (Holland)	Maurer	Provokateur	Reichsger. Leipzig	23. 12. 33	10. 1. 34	Reichstagsbrand
19	*HANS, Karl*	Hecklingen	Böttcher	KPD	Schwurger. Desssau	13. 7. 33	17. 1. 34	Angebl. Ermordung eines
20	*BIESER, Wilhelm*	»	Korbmacher	»	» »	13. 7. 33	17. 1. 34	SA-Mannes
21	*RETSLAG, Arthur*	Hamburg	Arbeiter	»	Sonderger. Hamburg	1. 2. 34	9. 2. 34	Angebl. Ermordung eines Hitler-Jungen
22	*FICK*	Lübeck	Arbeiter	SPD	» »	16. 9. 33	8. 3. 34	Angebl. einen SA-Mann erstochen
23	*BAHR, Richard*	Linum (bei Fehrbellin)	Melker	KPD	» Berlin	1. 12. 33	13. 3. 34	Angeblich politische Brandstiftung
24	*LANGE, Fritz*	Schluditten (Ostpr.)	Arbeiter	parteilos	Schwurger. Königsbg.	7. 9. 33	20. 3. 34	Angeblich Erschiessung
25	*SIEDELMANN, Walter*	» »	»	KPD	» »	7. 9. 33	20. 3. 34	eines SA-Mannes
26	*HUPPERTZ, Peter*	Erkrath	Dreher	»	» Düsseldorf	7. 9. 33	27. 3. 34	Angeblich Tötung eines
27	*SCHMIDT, Emil*	»	»	»	» »	7. 9. 33	27. 3. 34	SA-Mannes
28	*LUKAT, Otto*	»	Maurer	»	» »	7. 9. 33	27. 3. 34	» »
29	*DETTMAR, Jonny*	Hamburg	Arbeiter	»	Sonderger. Hamburg	2. 5. 34	19. 5. 34	„Zusammenstösse“
30	*FISCHER, Hermann*	»	»	»	» »	2. 5. 34	19. 5. 34	mit Nationalsozialisten
31	*SCHMIDT, Arthur*	»	»	»	» »	2. 5. 34	19. 5. 34	» »
32	*WEHRENBERG, Alfred*	»	»	»	» »	2. 5. 34	19. 5. 34	» »
33	*HÜTTIG, Richard*	Berlin	Arbeiter	»	» Charlottenbg.	16. 2. 34	14. 6. 34	Angebl. Ermordung eines SS-Mannes
34	*ROCHOW, Willy*	Berlin	Jungarbeiter	»	Schwurger. Berlin	9. 10. 33	14. 6. 34	Spitzelprozess Imme
35	*WOITHE, Otto*	»	»	»	» »	9. 10. 33	14. 6. 34	» »
36	*MINNICH, Ehrhard* (Tschechoslowake	Steinschönau	Arbeiter	»	Sonderger. Stuttgart	5. 7. 34	23. 7. 34	Angebl. Erschiessung eines Polizeiwachtmeisters
37	*VOIT, Johann*	Dortmund-	»	»	» Dortmund	7. 3. 34	10. 9. 34	Angeblich gemeinschaftlicher Mord und Landfriedensbruch
38	*RAPIOR, Friedrich*	Kemminghausen	»	»	» »	7. 3. 34	10. 9. 34	
39	*SCHIDZIK, Franz*	Iserlohn	»	»	Schwurger. Hagen i. Westf.	21. 9. 33	14. 9. 34	Angebl. Erschiessung eines SA-Truppführers
40	*MEISSNER, Georg*	Gollmütz	Jungarbeiter	D. Jugendkraft Katholik	Sonderger. Meseritz	4. 7. 34	18. 9. 34	Angebl. Ermordung eines SA-Mannes
41	*OTTMAR* (Tschechoslowake)	Dresden	Arbeiter	KPD	» Dresdeu	25. 9. 34	15. 10. 34	Bei seiner Flucht kam ein Gefängnisbeamter ums Leben
42	*REITINGER, Josef*	Frankfurt a. M.	Kochlehrling	»	Schwurger. Frankfurt	5. 10. 33	10. 11. 34	Angebl. Ermordung eines SA-Mannes
43	*JASPER, Wilhelm*	Meldorf	Arbeiter	»	Sonderger. Hamburg	25. 9. 34	29. 12. 34	Angeblich „Mordversuch“

Zum Tode verurteilt und 1935/36 hingerichtet:

	NAME	Ort	Beruf	Parteizugehörigkeit	Gericht	Verurteilt	Hingerichtet	Grund
44	*HAHN, Paul*	Breslau	Bauarbeiter	KPD	Schwurg. Breslau	17. 3. 34	22. 1. 35	1931 beim Stahlhelmaufmarsch kam ein Polizeioffizier ums Leben
45	*BÖHM, Kurt*	Ludwigshafen	Rüstungsarbeiter	parteilos	Volksger. Berlin	9. 8. 34	10. 2. 35	Angeblich Verrat
46	*MERZ, Paul*	Stuttgart	»	»	» »	16. 10. 34	10. 2. 35	militärischer Geheimnisse
47	*BERG-FALKENHAYN*, von, *Benita*	Berlin	Sekretärin im Reichswehrministerium	»	» »	16. 2. 35	19. 2. 35	Verrat militärischer Geheimnisse
48	*NATZMER, von, Renate*	»	»	»	» »	16. 2. 35	19. 2. 35	» » »
49	*EPSTEIN, Sally*	»	Maler	KPD	Schwurger. Berlin	15. 6. 34	10. 4. 35	2. Horst Wessel-Prozess
50	*ZIEGLER, Hans*	»	Friseur	»	» »	15. 6. 34	10. 4. 35	» » »
51	*SCHMIDT*	Hamburg	Arbeiter	parteilos	Sonderger. Hamburg	2. 5. 34	19. 5 35	Angebl. Ueberfall auf SA-Leute
52	*MATERN, Max*	Berlin	»	KPD	Schwurger. Berlin	18. 6. 34	22. 5. 35	Lenk-Anlauf-Prozess
53	*KRUEGER, Wilhelm*	Düsseldorf	»	parteilos	Volksger. Berlin	10. 10. 34	23 5. 35	Angeblich Verrat militärischer Geheimnisse
54	*SCHULZE, Fiete*	Hamburg	»	KPD	Oberlandger. Hamburg	18. 3. 35	6. 6. 35	Angeblich intellektueller Urheber von Morden
55	*LINDENAU, Bruno*	Perleberg	»	parteilos	Volksger. Berlin	29. 11. 34	3. 7. 35	Angeblich Verrat militärischer Geheimnisse
56	*BRESZ, Egon*	Wilhelmshaven	»	»	» »	1. 2. 35	3. 7. 35	Angeblich Verrat militärischer Geheimnisse
57	*JÄNICKE, Karl*	Schönebeck	»	SPD	Sonderger Halle	28. 11. 34	5. 7. 35	Angebl. in der Vor-Hitler-Zeit einen SA-Mann getötet
58	*BECKER, Johannes*	Kassel	»	KPD	» Kassel	27. 11. 34	12. 7. 35	Angebl. Erschiessung eines Polizeiwachtmeisters
59	*MÜLLER-HEINECKE, Wilh.*	Berlin	»	parteilos	Volksger. Berlin	14. 6. 34	28. 8. 35	Angeblich Verrat militärischer Geheimnisse
60	*SPIESS, Albrecht*	»	»	»	» »	30. 7. 35	26. 11. 35	Angeblich Verrat militärischer Geheimnisse
61	*CLAUS, Rudolf*	Braunschweig	»	KPD	» »	25. 7. 35	17. 12. 35	„Verbrecherischer Wille“
62	*SÜSS, Franz*	Niederreidenbacherhof (Hunsrück)	»	parteilos	Volksger. Berlin	19. 9. 35	7. 1. 36	Angeblich Verrat militärischer Geheimnisse
63	*MENZEL, Rudolf* (Tschechoslowake)	Glatz	Arbeiter		Sondergericht Breslau	13. 2. 35	13. 2. 36	Angeblich Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz

Zum Tode verurteilt und begnadigt:

NAME	Ort	Beruf	Parteizugehörigkeit	Gericht	Verurteilt	Begnadigt	Grund
PISCHON, Bernhard	Kottbus	Dreher		Schwurger. Kottbus	16. 12. 33	am 15. 2. 35 zu 15 Jahren Zuchth.	Am 18. 2. 33 angeblich einen SA-Mann durch Steinwurf getötet
TRAMPENAU, Richard	Harburg	Arbeiter		Sonderger. Harburg	30. 7. 33	lebenslänglich Zuchthaus	
LETZNER, Paul	Völpe (Sachsen)	Lokomotivführer	KPD	Reichsger. Leipzig	9. 11. 33	lebenslänglich Zucbthaus	1932 angebl. Erschiessung eines SA-Mannes
FISCHER, Karl	Hamburg	Jungarbeiter	»	Sonderger. Hamburg	19. 1. 34	am 9. 2 34 zu	Angeblich Tötung eines
HELBIG, Willi	»	»	»	» »	19. 1. 34	lebenslänglichem	Hitler-Jungen
DETTMAR, Karl	»	»	»	» »	19. 1. 34	Zuchthaus	
BECK, Hans	Chemnitz	Schlosser	»	Schwurger. Chemnitz	19. 10. 33	lebenslänglich	1932 angeblich Tötung
MARQUARDT, Heinrich	»	Blattschneider	»	» »	19. 10. 33	7 Jahre Zuchthaus	eines SA-Mannes
SANDER	Hamburg	Arbeiter	»	Sonderger. Hamburg	22. 12. 33	2 Jahre Gefängnis	Wegen angeblichem Ueberfalls 1930
THALMANN, Otto, jun.	Hecklingen	»	»	Schwurgericht Dessau	13. 7. 33	Zu lebenslängl. Zuchth. begnadigt	Angeblich Erschiessung des SA-Mannes Cieslick
UHE, Johann	»	Arbeiter	»	» »	28. 11. 33	3 u. 4 Jahre, ,	» » »
MAY, Karl	»	Bergmann	»	» »	28. 11. 33	zum Teil 9 Jahre	» » »
TALAGA, Franz	»	Dachdecker	»	» »	28. 11. 33	Gefängnis	» » »
GAST, Hugo	»	Isolierer	»	» »	28. 11. 33	(im Wiederauf-	» » »
KUCHMANN, Richard	»	Former	»	» »	28 11. 33	nahmeverfahren)	» » »
SCHEINHARDT, Fritz	»	Maurer	»	» »	28. 11. 33	» »	» » »
SCHARGE, Herbert	»	Bauhilfsarbeiter	»	» »	28. 11. 33	» »	» » »
SPECKMANN, Otto	»	Arbeiter	»	» »	28. 11. 33	» »	» » »
ZELLMER, Karl	»	»	»	» »	28, 11. 33	» »	» » »
THALMANN, Otto, senior	»	»	»	» »	28. 11. 33	» »	» » »
KAYSER, Albert	Berlin	»	»	Volksgericht Berlin	5. 8. 35	17. 12. 35 lebensl. Zuchthaus	Vorbereitung zum Hochverrat
ARNSTEDT, Kurt	Düsseldorf	Arbeiter	»	Schwurger. Düsseldorf	7. 9. 33	am 27. 3. 34 zu	Angeblich Ueberfall
MASGAI, Paul	»	Schlosser	»	» »	7. 9. 33	lebenslänglichem	auf SA-Heim
TIBULSKI, Paul	»	Arbeiter	»	» »	7. 9. 33	Zuchthaus	in Erkrath
ROHLES, Paul	»	Schleifer	»	» »	7. 9. 33	» »	» » »
EGGERT, Hermann	»	Dreher	»	» »	7. 9. 33	» »	» » »
RIEBAUDT, Heinrich	»	Arbeiter	»	» »	7. 9. 33	» »	» » »
HERR, Josef	»	»	»	» »	7. 9. 33	» »	» » »
DROESE	Hamburg	Hafenarbeiter	»	Sonderger. Hamburg	2. 5. 33	am 15. 11. 33	Prozess gegen die
RICHARTS	»	Seemann	»	» »	2. 5. 33	zu lebenslänglichem Zuchthaus	Rote Marine
RUHNOW	»	Hafenarbeiter	»	» »	2. 5. 33		» »
STOCKFLEETH	»	»	»	» »	2. 5. 33	» »	» »
WOLF, Adolf	Braunschweig	Arbeiter	»	Sonderger. Braunschweig	7. 10. 33	lebensl. Zuchthaus	

Zum Tode verurteilt, Schicksal unbekannt

NAME	Ort	Beruf	Parteizugehörigkeit	Gericht	Verurteilt	Grund
WINKLER	Chemnitz	Arbeiter	KPD	Schwurger. Chemnitz	22. 5. 33	1932 angeblich einen SA-Mann erschossen
BARTEL	»	»	»	» »	22. 5. 33	
FÖLZ, Paul	Berlin	»	»	Schwurgericht Berlin	25. 7. 33	Angeblich Ueberfall auf nationalsozialist. Lokal
SCZODRY, Ewald	»	Werkzeugmacher	»	» »	25. 7. 33	
KASPARIK, Georg	Chemnitz	Schmied	»	Schwurger. Chemnitz	22. 10. 33	1932 angebl. Ueberfall auf Nazis
MORGEN, Paul	Wolchow	Zimmermann		Schwurger. Prenzlau	26. 10. 33	Angeblich Tötung eines Stahlhelmers
RENN, Wilhelm	Zorndorf	Invalide		Sondergericht Berlin	9. 4. 34	Einen Amtswalter in Notwehr erschossen

Zum Tode verurteilt, in den Todeszellen

NAME	Ort	Beruf	Parteizugehörigkeit	Gericht	Verurteilt	Grund
ZIMMERMANN, Paul	Neukölln	Arbeiter	KPD	Volksgericht Berlin	29. 2. 36	Am 15. 10. 1931 angeblich Feuerüberfall auf Verkehrslokal in Berlin-Neukölln
SCHRÖTER, Bruno	»	»	»	» »	29. 2. 36	
SCHWEERS, Helmut	»	»	»	» »	29. 2. 36	
BLANK, Bruno	»	»	»	» »	29. 2. 36	
SCHULZ, Walter	»	»	»	» »	29. 2. 36	
GELBKE, Walter	Stassfurt-Leopoldshall	»		Sondergericht Halle	15. 5. 36	Angeblich Ermordung eines SA-Rottenführers

Der »Landesverräter«, für den zweimal ein Nobelpreis — der Friedens-Nobelpreis — von der geistigen Elite der Welt beantragt worden ist, heisst Carl von Ossietzky. Sein Kopf, verlangt Goebbels, soll noch im Frieden fallen. Die Köpfe aller, die in Deutschland den Frieden wollen, die eine Gefahr für die Kriegspolitik des Dritten Reiches sind, sollen fallen, bevor das Hitlerregime den Weltbrand entfesselt.

An der Spitze dieses Heeres von gefangenen und bedrohten Friedenskämpfern in Deutschland, von diesen Feinden des Regimes, die alle als »Landesverräter« bezeichnet werden, steht Ossietzky, steht Ernst Thälmann, steht Carl Mierendroff; zu ihnen gehört Hans Litten.

Der Pazifist Carl von Ossietzky

In der Reichstagsbrandnacht haben sie ihn eingefangen. Sie schleppten den schmächtigen, kranken Mann, in dessen Herz das heisse Feuer der Friedensliebe brennt, in eine Polizeikaserne. Sie schlugen mit Fäusten und Peitschen auf ihn ein. Sie brachten ihn in die Höllen der Konzentrationslager Sonnenburg und Papenburg-Esterwegen, sie trieben ihn zur Zwangsarbeit im ungesunden Moor, traten ihn, prügelten ihn, warfen ihn in Arrest und liessen ihn schliesslich sein eigenes Grab schaufeln. Auf den Tod erschöpft, musste Carl von Ossietzky mehrfach ins Lazarett überführt werden. Länger als drei Jahre dauert diese Haft, ohne dass Anklage gegen den Unbeugsamen erhoben worden wäre. Was ist sein Verbrechen? Kann dieser Mann, dem man schon in der Nacht des 28. Februar 1933 die Freiheit raubte, gegen die Hitlergesetze verstossen haben? Nein. Die wahren Gründe sind andere.

Schon 1913, anlässlich der Zaberner Affäre, griff Carl von Ossietzky in den Kampf um den Frieden ein und geisselte die wilhelminischen Methoden, die ein Jahr später den Hauptanlass zum Ausbruch des Weltkrieges bildeten.

Während des Krieges kämpfte er als Soldat an der Front. Er erlebte das Grauen des Schützengrabens. Das Völkermorden machte ihn zum unerbittlichen Kriegsgegner. Ossietzky wurde einer der führenden Friedenskämpfer Deutschlands.

Als aufrechter Demokrat und Antimilitarist, als einer der markantesten Repräsentanten des freiheitlichen deutschen Bürgertums genoss er Ansehen bis weit über die deutschen Grenzen hinaus.

Carl von Ossietzky wurde Redakteur der »Berliner Volks-Zeitung«, Mitarbeiter des »Tagebuchs«, Herausgeber der »Weltbühne«, Sekretär der »Deutschen Friedensgesellschaft« und Vorstandsmitglied der »Deutschen Liga für Menschenrechte«. Die Chauvinisten fürchteten diesen glänzenden Schriftsteller, den Meister des Worts, sie fürchteten seine leidenschaftliche Unerbittlichkeit im Kampf für Frieden und Recht. Carl von Ossietzky enthüllte das Bandentreiben der nationalsozialistischen Grenzformationen und Freikorps,

die Umtriebe der »Schwarzen Reichswehr« und die geheimen Rüstungen der deutschen Kriegshetzer. Die Reichswehr rächte sich. Als Ossietzky die Verschleierungen im deutschen Reichswehretat aufdeckte, liess sie Anklage wegen Landesverrats gegen ihn erheben, und nationalistische Richter verurteilten ihn Ende 1931 zu einer Gefängnisstrafe. Die Justizbehörden beliessen ihm nach der Urteilsfällung den Reisepass in der Hoffnung. Ossietzky würde sich durch Flucht der Strafe entziehen. Aber am 10. Mai 1932 schritt er aufrecht durch das Gefängnistor. Er wollte — wie er selbst betonte — der ganzen Menscheit sichtbar, eine lebendige Demonstration gegen den zum Kriege treibenden deutschen Militarismus sein. Ossietzky war kaum aus der Haft entlassen, als sich die Nationalsozialisten die Regierungsmacht erschlichen. Und nun begann sein Marterweg.

Carl von Ossietzky ist standhaft geblieben. Den Tod vor Augen, entzündete er durch seine Leidenschaft und Unbeugsamkeit aus dem Dunkel des Moors von Esterwegen die Herzen der Friedenskämpfer in allen Teilen der Erde. Der stumme Ossietzky wurde zum Symbol; die friedenswillige Welt erhob sich zu einer einzigartigen Demonstration: Parlamentsgruppen, Parteien und Friedensverbände Skandinaviens, Frankreichs, Englands und der Schweiz, Organisationen mit Millionen Anhängern, schlugen ihn, den Märtyrer des Völkerfriedens, das Vorbild eines aufrechten Pazifisten, für den Friedensnobelpreis vor. Für ihn gilt das Wort, das er selbst, am 14. März 1928, über Maxim Gorki schrieb:

»Vieles, was er geschrieben hat, wird bleiben, doch sein Grösstes und Bestes ist sein Leben, dies wunderbar beispielhafte Leben«

Der Führer der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann

Am 3. März 1933 holten ihn Görings Kriminalbeamte aus einer Arbeiterwohnung in Berlin-Charlottenburg. Sie schleppten ihn in das Polizeipräsidium, in das berüchtigte Columbia-Haus, in das Untersuchungsgefängnis Moabit. Am 12. Mai 1934 veröffentlichte die »Deutsche Wochenschau«, das Organ des Majors Weberstedt (der im Reichstagsbrandprozess als Zeuge einen Meineid schwor) eine Sondernummer unter dem Titel »Thälmann des Todes schuldig«. Zur gleichen Zeit publizierte der »Deutsche«, das offizielle Organ der nationalsozialistischen »Deutschen Arbeitsfront«, ein Gedicht unter der Ueberschrift: »Herunter mit Thälmanns Kopf«. Darin hiess es:

»Herr Teddy ist ja von Natur ein Mann von stattlicher Statur, der überdies dazu sogar in jeder Art der Schlankste war. Doch ist er, wenn auch hübsch und schlank, noch immer einen Kopf zu lang.«

Öffentlich wurde zum Mord an Thälmann aufgefordert, insgeheim wurde Thälmann brutal misshandelt. Am 4. Mai 1936 kündigte Reichsminister Frank auf einem Bierabend

der Berliner Auslandspresse an, Thälmann würde »wegen 400 von ihm verschuldeter Morde an Nationalsozialisten unter Anklage gestellt«, Thälmann »trage einen grossen Teil der Verantwortung für die chaotischen Zustände im Reiche bis 1933«.

Acht Mal in drei Jahren hat das Hitlerregime den Prozess gegen Thälmann angekündigt. Der Prozess fand nicht statt. Thälmanns Verteidiger, Dr. Rötter, wurde verhaftet.

Im März 1936 veröffentlichten namhafte englische Parlamentarier, der ehemalige Verteidiger Masaryks, Dr. Boucek, Prag, angesehene Juristen Frankreichs, Spaniens und Schwedens die geheime Anklageschrift gegen Thälmann. In ihren Kommentaren zu dieser Anklageschrift kamen Juristen, Politiker und Journalisten zu dem Ergebnis, die Anklageschrift liefere den Beweis für Thälmanns Unschuld, sie sei in Wahrheit eine Anklage gegen die nationalsozialistische Justiz. Kein einziges Wort von Thälmanns angeblicher Schuld an der »Ermordung von 400 Nationalsozialisten« steht in der Anklageschrift. Nationalsozialisten klagen Thälmann der Verletzung der Weimarer Verfassung an, die sie selber durch Staatsstreich zerstört haben.

Der »Petit Parisien« enthüllte am 27. März 1936, gleichzeitig mit anderen grossen europäischen Zeitungen und Zeitschriften, den wahren Hintergrund der Anklage und Gefangenhaltung Thälmanns:

> *»Alles, was man Thälmann vorwerfen kann, ist sein Kampf gegen den Krieg, ist, dass er 1932 im Reichstag und in Versammlungen beantragt hat, dass die Ausgaben Deutschlands für die Heeresbeschaffung eingestellt werden sollten, und dass dieses Geld den Witwen, Waisen und Invaliden des Krieges den Arbeitern und Erwerbslosen ausgehändigt werde. Was man Thälmann vorwerfen kann, ist, dass er mit Entrüstung das schreckliche Bild der verwüsteten Gebiete in Frankreich und die Kriegsfriedhöfe mit ihren tausenden Holzkreuzern in Erinnerung gerufen hat. Vor allem aber klagt man ihn an, dass er 1932 in einem Pariser Meeting die deutsche und französische Jugend aufrief, niemals mehr gegen einander in einen Krieg zu marschieren. Er feuerte sie an, sich unter den Fahnen des Friedens und der Versöhnung zu sammeln.«*

In der Tat: das Leben und Schaffen Thälmanns war ein ununterbrochener Kampf für die Freiheit der schaffenden Menschen und für die Aufrechterhaltung des Friedens. Er wurde am 16. April 1836 in Hamburg geboren. Dort, in dem grössten deutschen Hafen mit seinem internationalen Schiffs- und Handelsverkehr, mit seinen Reisenden und Matrosen aus allen Ländern, erfuhr Thälmann schon in seiner Kindheit, dass weder die Nationalität noch die »Rassenzugehörigkeit« entscheidend sind für die Beurteilung des Wertes des Menschen.

Der 16jährige Thälmann wurde Mitglied der Sozialdemokratie, der 18jährige Mitglied und Funktionär der freien Gewerkschaftsbewegung. Mit 19 Jahren gründet Thälmann die

ersten Jugendsektionen der Freien Gewerkschaften in Hamburg. Sechs Jahre später ist er bereits Vertreter seines Hamburger Verbandes auf einem Reichs-Gewerkschaftskongress. Der 28jährige wird 1914 von der Kriegsmaschine ergriffen und während des Weltkrieges an die gefährlichsten Gefechtspunkte der Westfront geworfen; er liegt in den Schützengräben bei Verdun, an der Aisne und an der Somme. Zweimal treffen ihn Granat- und Bombensplitter, zweimal trägt man ihn verwundet ins Lazarett. Die Heeresbehörde kann nicht umhin, ihm das Verwundeten-Abzeichen, das Eiserne Kreuz und das Hamburger Hanseaten-Kreuz zu verleihen. Aber Thälmann ist und bleibt glühender Antimilitarist, der durch sozialistische Zeitungen und Flugblätter an der Front für die Völkerverständigung, für einen Frieden ohne Annexionen eintritt.

Nach dem Weltkrieg betätigt er sich führend in der Hamburger Arbeiterbewegung. Er wird Bezirksleiter der Kommunistischen Partei der Wasserkante. 1925 trägt ihn das Vertrauen der deutschen Kommunisten an die Spitze der KPD. 1925 und 1932 kandidiert er zu den Reichspräsidentschaftswahlen. 1932 erhält er fünf Millionen und seine Partei bei den Reichstagswahlen im November 1932 6 Millionen Stimmen. Diese sechs Millionen hat Hitler als seine gefährlichsten Gegner bezeichnet. Ihr Führer ist Thälmann. In ihm sollen die Millionen aktiver Kämpfer für Frieden und Freiheit getroffen werden.

Tausendfach haben die grossen Gewerkschaftsorganisationen und Arbeiterparteien des Auslandes, haben Männer der Wissenschaft, der Justiz und der Kunst, haben Verbände und Vereinigungen aller Richtungen und Weltanschauungen dem Märtyrer Thälmann ihre Verbundenheit und Sympathie bekundet. Sie verehren in ihm die Aufrichtigkeit und Treue, die ungebrochene Widerstandskraft und die Friedensliebe des unterdrückten deutschen Volkes.

Niemals kann der Nationalsozialismus vergessen, dass Thälmann am 31. Oktober 1932 in einer Massenkundgebung in Paris ein leidenschaftliches Bekenntnis für den Frieden ablegte:

> *»Wir wollen nicht die imperialistische Macht Deutschlands wieder herstellen. Im Gegenteil! Wir führen den schärfsten, schonungslosesten Kampf gegen die imperialistischen und militaristischen Bestrebungen... Wir wollen die nationale Befreiung des Volkes ohne Eroberungskrieg, ohne Unterdrückung fremder Völker verwirklichen. Die Nazis sind die Partei der Revanche, wir sind die Partei des Friedens.... Die Milliarden für die deutsche Reichswehr aus den Steuergroschen der Werktätigen... sollen nach unserem Willen für die Kriegsopfer, für die Rentner, für alle Armen zur Linderung ihrer Not verwandt werden.«*

Der Sozialist Carl Mierendorff

Er wurde kurz nach dem Reichstagsbrand von den Nationalsozialisten arretiert. Sie brachten ihn in die braunen Polizeikasernen und versuchten vergeblich, von ihm »Geständnisse« zu erpressen. Nachdem er viele Leidensstationen durchlaufen hat, überführten sie ihn in das Konzentrationslager Osthofen. Ohne Verfahren, ohne Untersuchung und ohne Urteil befindet sich auch Mierendorff länger als drei Jahre in Haft. Das ihm angetane Leid, die ihm täglich zugefügten Qualen sind umso tragischer, als Mierendorff keine näheren Angehörigen hat, die sich um ihn kümmern könnten.

Der hessische Reichsstatthalter Sprenger, ein notorischer Alkoholiker, seit Jahren ein verbissener persönlicher Feind Carl Mierendorffs, ist der Hauptschuldige an dem Schicksal Mierendorffs. Er weist jede Bemühung aussenstehender Kreise, für den Gefangenen eine Hafterleichterung zu erhalten, schroff zurück. Auch der ungarische Physiker Lehard, Professor an der Universität Heidelberg, hat sich scharf gegen die Haftentlassung Mierendorffs ausgesprochen. Lenard ist Nationalsozialist und hegt gegen Mierendorff seit dem Jahre 1922 unversöhnlichen Hass. Mierendorff hatte damals — am 22. 6. 1922 anlässlich des Rathenau-Mordes — eine Demonstration gegen den Antisemiten Lenard organisiert.

Mierendorff hat seine aufrechte, stolze Haltung, die ihn immer auszeichnete, auch im hessischen Konzentrationslager Osthofen bewahrt; Bitt- und Gnadengesuche an die Hitlerbehörden, die ihm nahegelegt worden waren, lehnt er ab, er war und ist seinen Mitgefangenen ein treuer Kamerad.

Carl Mierendorff wurde am 24. 3. 1896 in Grossenhain geboren, er besuchte das Gymnasium in Frankfurt a. M., studierte in Heidelberg, München und Freiburg. Er wurde ein beliebter Führer der sozialistischen studentischen Jugend. Durch seine volkswirtschaftlichen Studien erwarb er sich jenes gründliche Wissen, das er später in den Dienst der sozialistischen Arbeiterbewegung stellte.

Bei Kriegsausbruch wird der kaum 18jährige Mierendorff Soldat. Er kämpft an verschiedenen Frontabschnitten. Sein persönlicher Mut findet die Anerkennung selbst der monarchistischen Vorgesetzten. Mierendorff wird zum Offizier befördert und erhält wegen seiner Teilnahme an besonders gefährlichen Kampfhandlungen das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse sowie die Hessische Tapferkeitsmedaille. Das Kriegserlebnis stählt ihn zu einem überzeugten Gegner des Krieges.

Mierendorff tritt in die Arbeiterbewegung ein. 1925 ist er sozialdemokratischer Redakteur, in den Jahren 1926-28 Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Im Jahre 1929 wird er als Pressereferent in das Hessische Innenministerium berufen.

Mierendorff, der als wissenschaftlicher Sekretär im Deutschen Transportarbeiterverband half, die Nöte und Sorgen seiner Gewerkschaftskameraden zu lindern, war auch aktiv im »Reichsbanner« tätig. In vielen Versammlungen trat er als schonungsloser Gegner

des Nationalismus auf und erwarb sich besonders in seiner Heimat ein grosses Vertrauen unter den schaffenden Menschen. Im Reichstag genoss Mierendorff selbst bei politischen Gegnern hohes Ansehen. Man schätzte ihn, weil er stets mit sauberen Waffen kämpfte.

Seit Jahren bemühen sich sozialistische, pazifistische, demokratische und kommunistische Kreise des Auslandes, Wissenschaftler und Künstler von Rang um seine Freilassung.

Doch seine nationalsozialistischen Todfeinde haben sein Wirken nicht vergessen, sein Wirken gegen den Antisemitismus, gegen Sprenger und Lenard, sein Wirken für den Frieden. Sie ha- ben nicht vergessen, dass Mierendorff schrieb:

> *»Wenn es nämlich keine Sicherheit in der Welt gibt, wenn man keine Garantie für den Willen zu friedlicher Zusammenarbeit hat, wenn die Interessen nicht gleichlaufen, und die Geister sich nicht verständigen, wird die Verschrottung aller Tanks und Maschinengewehre der Welt nichts daran hindern, dass erneut Krieg zwischen den Nationen ausbricht. Und schliesslich müssen wir uns ja wohl mit Frankreich verständigen und nicht bloss mit der französischen Sozialistischen Partei.«*
> (Karl Mierendorff in den »Sozialistischen Monatsheften,« Nr. 10, Oktober 1931, S. 959).

Der Parteilose Hans Litten

Rechtsanwalt Hans Litten befindet sich seit dem 28. Februar 1933 in Haft. Er wurde in Konzentrationslagern gequält und gefoltert. Ihn traf der tödliche Hass der Nationalsozialisten, weil er sich aus Liebe zum Recht verfolgter Kämpfer der Arbeiterbewegung angenommen hatte. Er gehörte nie einer politischen Organisation an.

Litten wurde in Ostpreussen geboren als Sohn eines Theologie-Professors, wurde christlich erzogen, schloss sich der bündischen Jugend an, hungerte sich durch und hatte nur einen Grundsatz: bedrängten Menschen zu helfen. 1930 plädiert er als junger Anwalt im Moabiter Gerichtssaal zum ersten Mal für die Rote Hilfe.

Diesen Menschen, jeder Parteizugehörigkeit abhold, der von Arbeitern in seiner Rechtsanwaltspraxis fast nie ein Honorar nahm, der in seinen freien Stunden mit Vorliebe Literaturstudien betrieb, diesen Menschen haben die Nationalsozialisten zu einem »unverbesserlichen Feind der menschlichen Gesellschaft« gestempelt. Die Bitte von Lord Allen of Hartwood an Hitler, den unschuldigen Hans Litten freizugeben, lehnte der »Führer« durch ein Pamphlet seines Ribbentrop mit zynisch verlogenen »Begründungen«, unter Verleumdungen und Beschimpfungen des wehrlosen Häftlings ab. Ribbentrop erklärte im Namen des »Führers«, das Dritte Reich habe seinerzeit Dimitroff freigelassen, Dimitroff aber sei der Führer der Komintern geworden, darum dürfe Litten, einer der »geistigen Führer des Kommunismus« nicht in Freiheit gesetzt werden. Ribbentrop fügte

hinzu, das Beste wäre gewesen, man hätte auch Dimitroff »nie mehr auf die Menschheit losgelassen«.

Der Botschafter Hitlers bekannte damit vor aller Welt, dass es belanglos ist, ob gefangen gehaltene deutsche Staatsbürger schuldig oder unschuldig sind, dass einzig und allein Rache- und Vergeltungsbedürfnis das nationalsozialistische Handeln diktieren. Der Angeklagte Dimitroff bewies durch sein heldenhaftes Auftreten vor Gericht seine Schuldlosigkeit und die Schuld der nationalsozialistischen Brandstifter. Sein Heroismus und die Weltaktion zu seinen Gunsten erzwangen die Freilassung. Es war kein Gnadenakt, es war eine Kapitulation.

Im April 1931 fand oder sogenannte Eden-Palast-Prozess statt, in dem Litten als Anwalt der Nebenkläger auftrat. Hans Litten gelang es, Adolf Hitler als Zeugen vor die Gerichtsschranken zu zitieren. Hitler beschwor, durch Litten in die Enge getrieben, dass die SA keine Waffen besitze, dass die Sturmkolonnen nicht zum Stürmen, sondern lediglich zum Beschützen der Versammlungssäle da seien. Litten hielt Hitler amtliche Dokumente vor, die bewiesen, dass nationalsozialistische Waffenlager durch den Zugriff der Weimarer Polizei beschlagnahmt worden waren. Hitler hatte unter Eid erklärt, jeder Nationalsozialist, der mit ausserparlamentarischen, ungesetzlichen Mitteln kämpfe, werde aus der Partei ausgeschlossen. Aber Litten zitierte Goebbels:

> *»Und wenn wir nicht die Mehrheit erringen, dann beissen wir die Zähne zusammen, dann marschieren wir gegen den Staat... Dann machen wir Revolution und jagen das Parlament zum Teufel.«*

Hitler erlitt einen Wutanfall. Er schwor dem jungen Advokaten, der das Doppelspiel der Nationalsozialisten aufgedeckt hatte, Rache.

Im späteren Felseneck-Prozess gelingt es Hans Litten abermals, die Nationalsozialisten ungesetzlicher Handlungen, bewusster terroristischer Ueberfälle, blutiger Mordakte zu überführen. Hans Litten ist ein Opfer der Rache. Er wird geschlagen und gepeinigt, er lebt am Rande des Todes. Aber er verrät oder belastet keinen seiner ehemaligen Mandanten. Er bleibt jenen treu, denen immer seine Liebe galt: den Verfolgten und Gejagten.

Das sind Hitlers »Landesverräter«: Ossietzky, Thälmann, Mierendorff, Litten. Die Welt kennt ihre Namen. Aber Zehntausende Namenlose, schuldlos wie sie, Kämpfer für Frieden und Freiheit wie sie, werden mit ihnen im Dritten Reich als »Landesverräter« verfemt. Für sie alle gilt das Wort von Goebbels: »Es ist besser, der Kopf eines Landesverräters fällt noch im Frieden...«

Unter der Hitlerregierung wurden bis Anfang Juni 1936 mehr als 10 000 deutsche Männer und Frauen aus politischen Motiven ermordet oder in den Selbstmord getrieben.

»Auf dem Wege unserer Bewegung liegt nicht ein einziger von uns ermordeter Gegner, nicht ein Attentat... Nie kämpften wir mit diesen Waffen.«
(Adolf Hitler, Rede bei der Trauerfeier für Gustloff 13. 2. 1936.)

Adolf Hitler behauptet, nicht ein einziger seiner Gegner sei von Nationalsozialisten ermordet worden. Die preussische Regierung ist vorsichtiger. Sie behauptet, die Zahl der Todesfälle bei politischen Zusammenstössen sei seit Hitlers Machtantritt zurückgegangen und gibt damit die Tatsache zu, dass im Dritten Reich aus politischen Gründen gemordet wird. Wer sind die Mörder?

Der preussische Innenminister, Hermann Göring, hat seiner Polizei und der SA die Erschiessung von »Staatsfeinden« befohlen. In seinem Schiesserlass hiess es:

»Polizeibeamte, die von der Schusswaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schusswaffengebrauches von mir gedeckt; wer in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen!«
(Vossische Zeitung, 21. 2. 1933).

Am 10. März 1933 erklärte Göring in Essen:

»Lieber schiesse ich ein paarmal zu kurz oder zu weit, aber ich schiesse wenigstens!«

Der Dortmunder Polizeipräsident Schepmann erliess folgenden Aufruf:

»Der Herr Ministerpräsident hat schon vor längerer Zeit angeordnet, dass gegenüber... Volksschädlingen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen sofort von der Schusswaffe Gebrauch zu machen ist. Jeder heute noch tätige Kommunist muss als Vaterlandsverräter und Volksfeind verfemt, verfolgt und unschädlich gemacht werden.«
(Dortmunder Generalanzeiger, 14. 11. 19313).

Am 30. Januar 1933 traten die Nationalsozialisten die Macht an. Am gleichen Tage fielen unter ihren Kugeln zwei ihrer Gegner: der antifaschistische Polizeibeamte Zauritz in Berlin und der Arbeiter Wassner in Breslau. Seitdem wurden Tausende und Abertausende erschossen, in Heizkesseln verbrannt, vergiftet, erschlagen. Ihre Leichen wurden zerstückelt, verscharrt, aus Flüssen gezogen, Verhungerte wurden in Kellern aufgefunden.

Hunderte von Berichten, Briefen und Zeugenaussagen liegen den Verfassern dieses Buches vor. Alle Dokumente wurden mit der grössten Sorgfalt geprüft. Es wurden Nachforschungen an Ort und Stelle durchgeführt. Es wurden Bestätigungen eingeholt. Nur ein Bruchteil dieser Dokumente kann hier veröffentlicht werden. Sie geben einen kleinen Ausschnitt aus der blutigen Wirklichkeit des Dritten Reiches.

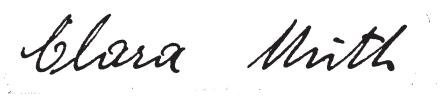
In den Tod gelockt

»Hermann Henseler. Düsseldorf, war früher aktives Mitglied des Roten Frontkämpferbundes. Am 13. 5. 1933 stand er mit Freunden im Toreingang des Hauses in der Lessingstrasse, in dem er wohnte. Drei Zivilisten traten an die Gruppe heran und fragten nach einem Kaminbauer. Henseler erbot sich, die Kaminreparatur vorzunehmen und begab sich mit den drei Männern auf einen Speicher, um an einem dort befindlichen Kamin die Arbeit zu erläutern. Er drehte den drei Zivilisten den Rücken zu. Plötzlich sank Hermann Henseler von mehreren Kugeln getroffen zu Boden. Einer der Mörder ist der SA-Mann Günther aus Düsseldorf-Oberbilk, er wurde nach der Mordtat befördert. Die beiden anderen Zivilisten sind unbekannt geblieben.«

Im Gefängnis erschlagen

Frau Clara Muth berichtet über die Ermordung ihres Mannes:

»Am 17. Januar 1935 wurde in Wuppertal mein Mann, der Arbeiter Willi Muth, festgenommen. Nach sieben Tagen war er tot. Keiner seiner Freunde ist verhaftet worden: Willi Muth hat trotz fürchterlichster Misshandlungen niemanden verraten. Die Polizei gab in einer offiziellen Mitteilung bekannt, Willi habe sich an seiner Krawatte erhängt. Seine Leiche wurde beschlagnahmt. Erst fünf Tage nach seinem Tode wurde sie freigegeben — eine Stunde vor der Beerdigung. Es wurde verboten, den Toten umzudrehen. Die trotzdem vorgenommene Besichtigung ergab, dass der ganze Oberkörper mit Brandwunden bedeckt und Hände und Füsse mit glühenden Eisen durchbohrt waren. Irgendwelche Merkmale des Erhängens waren nicht festzustellen.«



Ein rheinischer Gewerkschaftssekretär berichtet:

»Der frühere Ortssekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes Köln, Ernst Jülich, war Ende März 1936 verhaftet worden. Wenige Tage später wurde seine Frau aufgefordert, ins Gefängnis-Lazarett zu kommen. Sie fand ihren Mann grauenhaft entstellt vor. Er war derart verprügelt und gefoltert worden, dass keine Stelle an seinem Körper heil geblieben war. In den ersten Apriltagen ist Ernst Jülich gestorben. Seiner Frau wurde gestattet, die letzten Nächte seines Lebens an seinem Bett zu verbringen. Mit Jülich zusammen waren noch etwa 60 andere als ehemalige SPD-Leute bekannte Männer aus Köln verhaftet worden, unter ihnen der frühere Sekretär des Verbandes der Kölner Lebensmittel- und Getränkearbeiter Georg Reiter. Von ihm behauptet die Polizei, er habe sich im Gefängnis erhängt, genau so wie man es im Fall Jülich vorgegeben hatte. Die Gestapo hat den Angehörigen Reiters verweigert, den Toten noch einmal zu sehen. Eines anderen Beweises bedarf es nicht: auch Georg Reiter ist zu Tode gemartert worden.«

Der Landtagsabgeordnete Dressel

Der aus dem Konzentrationslager Dachau entflohene ehemalige Reichstagsabgeordnete Hans Beimler berichtet:

»Sie hatten die Zellentür kaum zwei Minuten zugeschlossen, da wurde schon wieder aufgesperrt. Der Mordbandit riss mich mit dem Wort: »Raus!« aus der Zelle und warf mich in die Zelle 4. Es war der erschütterndste Augenblick meines Lebens. Vor meinen Füssen auf dem Steinboden lag die zerschundene, mit dicken Beulen bedeckte Leiche meines langjährigen Kampfgenossen Fritz Dressel.
Der linke Arm lag ausgestreckt auf dem Boden, quer über den Vorderarm drei Schnitte, das Brotmesser daneben. — Es war alles aufgeklärt. Der Genosse wurde durch die unerhörte Quälerei... dazu getrieben, Hand an sich zu legen. Er wurde von einem Sturmführer gefunden, als er noch nicht verblutet war. Ein Gefangener, Dr. Katz, hätte den Genossen noch am Leben erhalten können. Doch der Wille des Kommandanten war, dass Dressel wieder vom Revier in die Zelle geworfen und dem Doktor untersagt wurde, den verwundeten Freund weiter zu behandeln. Man holte, um eine Behandlung vorzutäuschen, zwei SA-Sanitäter. Am Abend des 7. Mai riss die Mörderbande den Verband von der Wunde, und der Genosse verblutete dann endgültig. Als Abschluss machten sie den Musikabend — den Totentanz — und besoffen...«

Husemann »auf der Flucht« erschossen

Ein Entlassener erzählt:

»Am Tage der Einlieferung im Lager Esterwegen mussten die Schutzhäftlinge bereits mit Schubkarren im Laufschritt hin- und herlaufen, immer 200 Meter. An diesem ersten Mittag brach der 62jährige Husemann, der langjährige Sekretär des Verbandes der Bergbauindustrie-Arbeiter Deutschlands und Mitglied des Präsidiums der Bergarbeiter-Internationale, zweimal zusammen. Man überschüttete ihn mit kaltem Wasser, um ihn wieder zum Bewusstsein zu bringen. Am folgenden Morgen wiederholte sich das noch dreimal. Mittags befand sich Husemann, dem man einen besonders grossen eisernen Schubkarren gegeben hatte, tödlich ermüdet ungefähr 30 Meter von der Lagergrenze entfernt, bis zu der sich die Gefangenen bewegen durften. Plötzlich gab der Sturmführer Lorentz den Befehl: ›Schubkarren stehenlassen! Laufschritt marsch, marsch!‹ Husemann war noch keinen Meter über die Grenze gekommen, da knallten Schüsse. Er schlug vornüber, wälzte sich einige Mal hin und her und stöhnte laut. Er war durch fünf Schüsse in den Rücken getroffen worden. Der tödlich Verwundete flehte um einen Gnadenschuss. Als Antwort spuckte ihm Sturmführer Lorentz ins Gesicht. Zwei Stunden lang lag Husemann noch auf diesem Platz... Der Frau Husemann wurde Ende April 1935 mitgeteilt, ihr Mann sei ›auf der Flucht erschossen‹ worden.«

Eggerstedt niedergeknallt

Aus dem Protokoll eines Schutzhaftgefangenen:

»Dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Eggerstedt wurde im Konzentrationslager von Nationalsozialisten der Vorwurf gemacht, er habe als Polizeipräsident von Altona nicht entschlossen genug gegen die Arbeiter durchgegriffen. Man baute für ihn vor dem Hauptgebäude eine besondere Hundehütte, an der er Tag und Nacht mit einer Kette um den Hals befestigt war. Ging jemand vorüber, dann musste Eggerstedt gleich einem Hund anschlagen und wütend an der Kette zerren. Nie ging ein SS-Mann vorbei, ohne ihm einen Fusstritt zu geben oder ihn mit der Peitsche zu schlagen. Als Eggerstedts Gesundheitszustand die Fortsetzung dieser viehischen Behandlung unmöglich machte, wurde er in den Saal gebracht. Aber die Kette blieb an seinem Hals. Er musste auf dem kalten Steinboden schlafen. Die mitgefangenen Antifaschisten stellten nachts Posten auf, legten ihn ins Bett und wachten über ihn.
Als es ihm etwas besser ging, wurde er eines Tages in den Wald geschickt, um Holz zu holen. Dort wurde er von den Begleitmannschaften niedergeknallt.«

Cc.

Sterbeurkunde.

Nr. 162.

Wuppertal am 25. Januar 19 35.

~~Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach~~

~~kann,~~

Das Polizeipräsidium Wuppertal Kriminal-Inspektion I in Wuppertal-Elberfeld

~~wohnhaft in~~

~~und~~ zeigte an, daß der Tankwärter Wilhelm Ewald Muth,

35 Jahre alt,

wohnhaft in Wuppertal (früher Elberfeld), Kieler Straße 2,

geboren zu Elberfeld, am 13. Oktober 1899, Nr. 4011,

Ehemann von Klara geborenen Riedesel, wohnhaft in Wuppertal (früher Elberfeld),

zu Wuppertal (früher Elberfeld), von der Heydtsgasse 10,

am fünf und zwanzigs ~~ten~~ Januar

des Jahres tausend neunhundert fünf und dreißig

vor mittags um vier Uhr

~~verstorben sei.~~ tot aufgefunden worden ist. Muth ist am 25. Januar 1935, vormittags 2 Uhr von Polizei-Hauptwachtmeister Bube zuletzt lebend gesehen worden.

~~Vorgelesen, genehmigt und~~

Vorstehend 18 Druckworte gestrichen).

Der Standesbeamte.

In Vertretung: Gerling.

Daß vorstehender Auszug mit dem Sterbe-Haupt-Register des Standesamts zu Elberfeld in Wuppertal gleichlautend ist, wird hiermit bestätigt

Wuppertal am 21. Dezember 19 35.

Der Standesbeamte. I. V.

Siegel

Gebühren - 60
Kasse Nr. 1617

Form 11

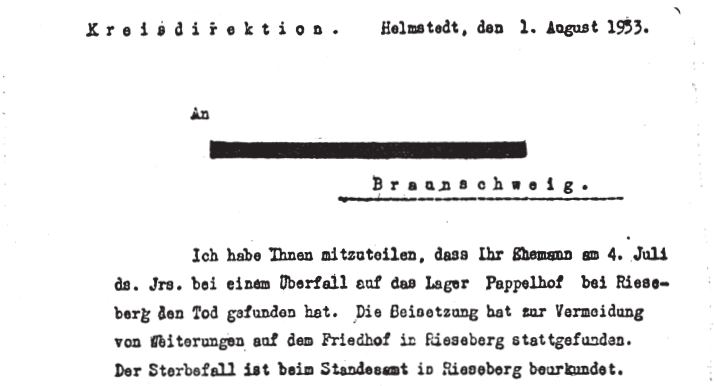
Der »Selbstmord« Erich Mühsams

Ein Mitgefangener berichtet:

> *»Am 9. Juli 1934 wurde Erich Mühsam zu dem neuen Lagerkommandanten des Konzentrationslagers Oranienburg, Eicke, gerufen. Kreideweiss kehrte er zu den Kameraden zurück, Eicke hatte ihm in aller Ruhe befohlen, sich binnen 48 Stunden zu erhängen. Einige Stunden später eröffnete man ihm, man wolle nicht länger warten, die Sache müsse bereits heute abend geschehen. Mühsam erhielt den Auftrag, abends nach 9 Uhr, d. h. zu einer Zeit, wo die anderen Schutzhäftlinge bereits schlafen mussten, im Zimmer des Kommandanten zu erscheinen. Er kehrte nicht wieder zurück, am nächsten Morgen war sein Strohsack leer. Beim Wecken fragte der SA-Mann ›Himmelstoss‹ auffälligerweise nach Mühsam. Als man ihm mitteilte, er sei nicht wiedergekommen, nahm er sich ein paar Gefangene und ging mit ihnen spornstreichs über den Hof zum Klosetthaus. Dort hing Erich Mühsam, tot, gelb, an einen Balken geknüpft, längs einer der Holzwände, die Abteil von Abteil trennen. Der Strick war mit einer Kunst geknüpft, wie sie dem manuell sprichwörtlich ungeschickten Mühsam niemand zutrauen konnte. Die Zunge hing nicht heraus, die Fäuste waren geballt. Kameraden hatten beobachtet, dass in der Nacht das Licht auf dem Hof zweimal aus- und wieder angegangen war.«*

Um die Unzahl von Morden vor der Oeffentlichkeit wie vor den Angehörigen zu verschleiern, greifen die Nazibehörden zu Lügen: Misshandelte sterben in den Krankenhäusern eines »natürlichen Todes«, sie begehen »Selbstmord«, sie fallen »unpolitischen Verbrechen« zum Opfer, sie werden »auf der Flucht« erschossen.

Nebenstehende Urkunde wurde von der Witwe Clara MUTH, die Anfang Februar 1935 aus Deutschland flüchten musste, unter Lebensgefahr am 21. Dezember 1935 im Rathaus Wuppertal-Elberfeld geholt. Dem Leser dieser Urkunde wird zunächst nichts auffallen, er wird annehmen, der Arbeiter Wilhelm MUTH sei eines natürlichen Todes gestorben und dann von dem Polizei-Hauptwachtmeister Bube »gefunden« worden. In Wirklichkeit ist das Haus von der Heydtsgasse 10 in Wuppertal das Polizeigefängnis. Dort befindet sich auch der Luftschutzkeller der Gestapo, in dem Willi Muth ermordet wurde. Der Polizei-Hauptwachtmeister Bube ist der Mörder von Willi Muth.



Kreisdirektion. Helmstedt, den 1. August 1933.

An

[redacted]

Braunschweig.

Ich habe Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Ehemann am 4. Juli ds. Jrs. bei einem Überfall auf das Lager Pappelhof bei Rieseberg den Tod gefunden hat. Die Beisetzung hat zur Vermeidung von Weiterungen auf dem Friedhof in Rieseberg stattgefunden. Der Sterbefall ist beim Standesamt in Rieseberg beurkundet.

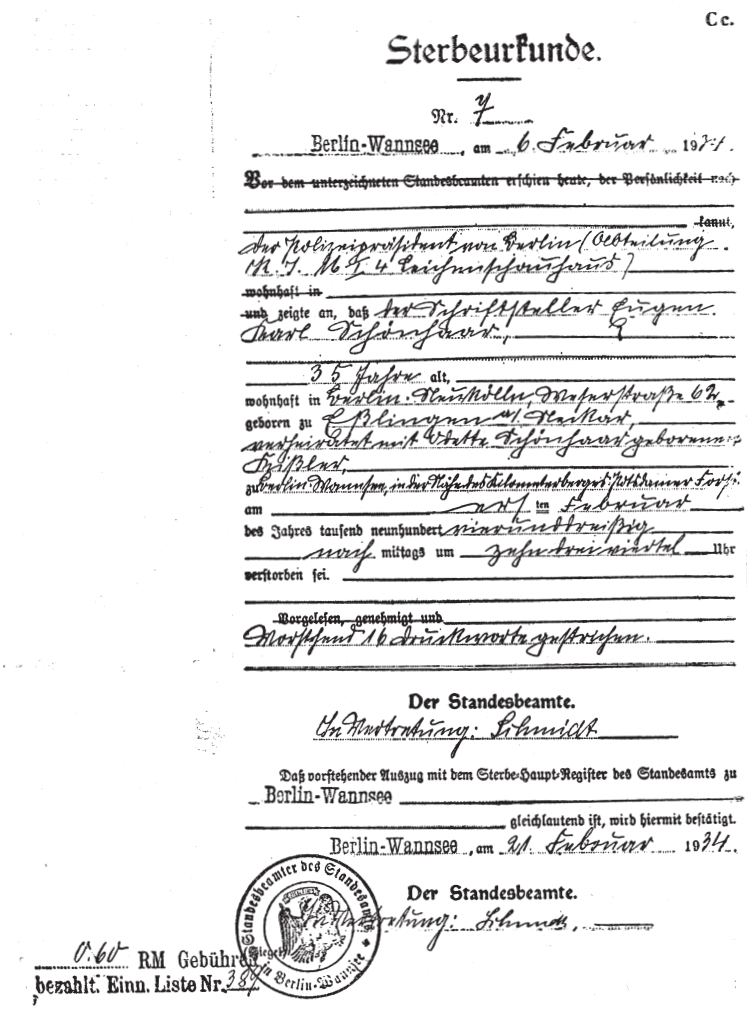
Diese Mitteilung erhielt die Witwe eines Verhafteten, der bei dem »Ueberfall« auf das Kinderferienlager Pappelhof ermordet wurde.

Jede Aufdeckung der wirklichen Todesursachen soll unmöglich gemacht werden. Die Hitlerregierung erteilte sogar den Standesbeamten durch einen Runderlass folgende Anweisung über die »Mitteilung von Todesursachen«:

> *»Die Standesbeamten werden angewiesen, bei der Mitteilung von Todesursachen an Privatpersonen grösste Zurückhaltung zu üben. Den Nachkommen oder sonstigen Angehörigen der Verstorbenen sind die Todesursachen nur dann mitzuteilen, wenn ein ausreichender Grund für die Bekanntgabe nachgewiesen wird, und nach der Persönlichkeit des Antragstellers die Gewähr dafür geboten wird, dass er die ihm gemachten Angaben zutreffend bewertet und sie nicht missbräuchlich benutzt.«*
> (Reichsanzeiger, Nr. 212, 1935.)

1359 Morde, oder erzwungene Selbstmorde, sind bis Anfang Juni 1936 bekanntgeworden. Sie sind in der in diesem Buch veröffentlichten Totenliste aufgeführt. Diese Totenliste kann nur unvollkommen und lückenhaft sein. Sie bleibt auf Zufallsmeldungen angewiesen.

Einige Beispiele dafür: Im ersten Quartal des Hitlerterrors, vom März bis zum Juni 1933, sammelte im Auftrage einer illegalen Organisation ein Beobachter in Braunschweig alles Material über den Terror in dieser Stadt und in ihrer Umgebung. In diesen vier Monaten ermittelte er nicht weniger als 17 Morde. Nicht einen einzigen hatte die Presse bekanntgegeben. Das von dem Beobachter erfasste Gebiet zählt etwa 200 000 Einwohner. Auf den Reichsmassstab umgerechnet würde das allein für die ersten vier Monate des Hitlerregimes 5 500 Morde in Deutschland ergeben. Im gleichen Zeitraum sind aber aus dem Dritten Reich nur rund 400 Fälle, also weniger als ein Dreizehntel bekannt geworden.



Cc.

Sterbeurkunde.

Nr. 7

Berlin-Wannsee, am 6. Februar 1934.

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach

kannt,

der Polizeipräsident von Berlin (Abteilung IV. J. M. I. 4 Leichenschauhaus)

wohnhaft in

und zeigte an, daß der Schriftsteller Eugen Karl Schönhaar,

35 Jahre alt,

wohnhaft in Berlin-Neukölln, Weserstraße 62,

geboren zu Eßlingen a/Neckar,

verheiratet mit Odette Schönhaar geborene Kißler,

zu Berlin-Wannsee, in der Nähe des Kilometerberges Potsdamer Forst

am erst ten Februar

des Jahres tausend neunhundert vierunddreißig

nach mittags um zehn drei viertel Uhr

verstorben sei.

Vorgelesen, genehmigt und

Vorstehend 16 Druckworte gestrichen.

Der Standesbeamte.

In Vertretung: Schmidt

Daß vorstehender Auszug mit dem Sterbe-Haupt-Register des Standesamts zu Berlin-Wannsee

gleichlautend ist, wird hiermit bestätigt.

Berlin-Wannsee, am 21. Februar 1934.

Der Standesbeamte.

In Vertretung: Schmidt

Standesbeamter des Standesamts in Berlin-Wannsee (Siegel)

0.60 RM Gebühren

bezahlt. Einn. Liste Nr. 387

Faksimile der Sterbeurkunde Eugen Schönhaars. Schönhaar wurde zusammen mit John Schehr, Rudolf Schwarz, und Erich Steinfurth am 2. Februar 1934 ermordet.

Aufschlussreich sind weiter die Berichte über politische Morde aus der Stadt Wuppertal. Aus diesem Industriezentrum liegen Nachrichten vor, nach denen bis zum März 1936 nicht weniger als 45 Menschen erschlagen worden sind. 45 Erschlagene in einer Stadt! Aber von ihnen hat die nationalsozialistische Presse nur 5 Fälle registriert. 28 Mordfälle hat allein Frau Clara Muth, die Witwe des getöteten Antifaschisten Willi Muth, der Oeffentlichkeit bekanntgegeben. Ermittlungen, die inzwischen angestellt wurden, haben ihre Angaben bestätigt. Frau Muth ist als langjährige Funktionärin der Arbeiterschaft in ihrer Heimat bekannt und beliebt.

Ihr und ihrem Manne brachten die Frauen und die Familien der Verhafteten grosses Vertrauen entgegen. Nur so ist es zu erklären, dass ein Einzelner eine solche Fülle von Schreckensnachrichten sammeln konnte. Aber auch diese Nachrichten können nur aus dem engen Kreis von Menschen stammen, mit denen Clara Muth Verbindung gehabt hat. In anderen sozialen Schichten, in anderen Stadtteilen haben SA und SS, hat das Kommando Puppe nicht minder grauenhaft gehaust. Frau Muth erzählt, dass ihr ausser den genannten 45 mehr als 50 weitere Morde in Wuppertal berichtet worden sind, ihr fehlte aber die Möglichkeit einer Kontrolle und Nachprüfung. 45 Erschlagene in Wuppertal — das ergäbe, wieder auf das Reichsgebiet umgerechnet, rund 7 500 Morde bis zum März 1936. Und das ist nur eine Teilziffer!

Ein weiteres Beispiel: der ehemalige Schutzhäftling Johann Kukowitsch, der im Juni 1935 aus dem Konzentrationslager Dachau entlassen wurde, gibt zu Protokoll, dass in der Bartholomäusnacht Hitlers, am 30. Juni 1934, im Lager nicht weniger als 75 Gefangene, die sich in den Arrest-»Bunkern« befanden, ermordet worden sind. Diese »Bunker« sind vom übrigen Lager getrennt, kein Gefangener erfährt, was sich hinter den Mauern abspielt. Nur durch einen Zufall, auf dem Wege über die Sargtischlerei, erfuhr Kukowitsch die grauenhafte Tatsache. Von allen übrigen Konzentrationslagern, die zur gleichen Zeit in Deutschland bestanden, liegt vom 30. Juni nur eine einzige Mordmeldung vor: in der Lichtenburg wurde eine Reihe von SA-Leuten erschossen. Aber sie waren keine Lagerinsassen, sie wurden erst kurz vor der Exekution ins Lager eingeliefert. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass an diesem Tage auch in anderen Lagern besonders missliebige oder als »staatsfeindlich« angesehene Schutzhäftlinge ermordet worden sind. Hitler hat vor der Weltöffentlichkeit 77 Erschiessungen eingestanden. Die Weltpresse konnte im September 1934 berichten, dass im Propagandaministerium eine Liste mit 1 184 Namen vorlag. Aber unsere Liste enthält für den 30. Juni nur 130 bekanntgewordene Erschiessungen.

Im Juli 1934 veröffentlichte die grosse amerikanische Zeitung »New-York Evening Post« eine Aufstellung, die sich auf autorisierte Quellen stützte und nach der bis zu diesem Zeitpunkt mehr als 2 000 Gefangene allein in den Konzentrationslagern getötet worden waren. Unsere Liste erfasst aber für die Gesamtzeit kaum mehr als 300 Fälle.

Immer bleibt die Zahl der bekanntgewordenen Morde hinter der Wirklichkeit zurück:

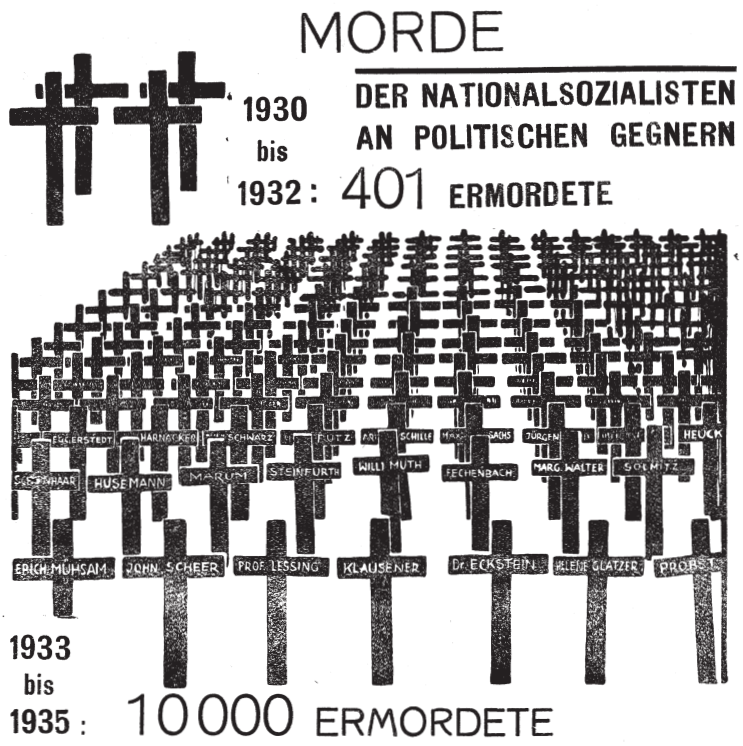
- Offiziell am 30. Juni 1934: 77 Erschiessungen — tatsächlich 1184.
- Offiziell am 30. Juni 1934 im Lager Dachau: kein erschossener Schutzhäftling — tatsächlich 75.
- Offiziell in Wuppertal bis März 1936: 5 Tote, Gegner des Regimes — tatsächlich 45 (und davon wurden 28 von einer einzigen Zeugin ermittelt).
- 45 Morde allein in Wuppertal — das hiesse: 7 500 Morde im Reich. Und das ist nur eine Teilzahl.
- 17 Morde vom März bis zum Juni 1933 in Braunschweig — das hiesse: 5 500 Morde im Reich allein in vier Monaten.

All diese Faktoren berechtigen zu der Schlussfolgerung:

Bis Anfang Juni 1936 sind im Dritten Reich mehr als 10 000 Menschen aus politischen Motiven ermordet oder in den Selbstmord getrieben worden.

Die Verfasser sind auf Grund des ihnen vorliegenden Materials überzeugt davon, dass auch diese ungeheuerliche Zahl noch zu niedrig gegriffen ist. Zehntausend politische Morde in kaum mehr als drei Jahren! Zehntausend Männer und Frauen, Arbeiter, Bauern, Angestellte, Intellektuelle. Zehntausend Blutopfer eines Systems, das vorgibt, die unblutigste »Revolution« der Geschichte vollbracht zu haben. Zehntausend Kämpfer für Frieden und Freiheit, die auf immer zum Schweigen gebracht worden sind. Aber sie schweigen nicht! Sie sind das Fanal auf dem Wege zu einer besseren Zukunft, zu einem freien Deutschland.

Die Toten klagen an!



Das nationalsozialistische Regime hüllt die Morde, die es an politischen Gegnern begeht, genau so in Dunkel wie seine Kriegsrüstungen. Es weigert sich beharrlich, eine unparteiische Untersuchung durchführen zu lassen, die von der Weltöffentlichkeit und den berufenen Organisationen seit Jahren verlangt wird. Es weigert sich, eine Liste der Toten zu veröffentlichen. Ja, es verhindert mit allen Mitteln der Gewalt jede Bekanntgabe politischer Todesfälle. Noch einmal sei daran erinnert: Am 3. Juli 1934 erklärte das Propagandaministerium, die Aktion des 30, Juni habe »nur 46« Tote gekostet. Zehn Tage später gab Hitler die Zahl der Erschossenen bereits mit 77 an. Grosse ausländische Zeitungen aber, die über ausgezeichnete Informationsquellen und Verbindungen verfügen, konnten im Herbst 1934 berichten, dass im Propagandaministerium eine Liste existiert, die 1184 Namen enthält. Wenn also die Nationalsozialisten einmal Angaben über Morde machen, dann sind sie falsch.

Darum ist die folgende Aufstellung unvollständig. 1359 Namen sind in ihr enthalten. Jeder einzelne Fall wurde sorgfältig geprüft. Gleichwohl ist es möglich, dass gelegentlich ein Name ungenau oder verstümmelt wiedergegeben ist. Mitunter kennen Mitgefangene den Namen eines Ermordeten nur dem Klange nach, mitunter nur den Vornamen oder das in der Illegalität gewählte Pseudonym. Nachrichten müssen aus begreiflichen Gründen stets grosse Umwege machen, ehe sie an ihren Bestimmungsort gelangen. Es kommt vor, dass sie ihn nur unvollständig erreichen. Diese Fehlerquelle ist unter den gegebenen Umständen nicht völlig auszuschliessen.

Es ist auch vorgekommen, dass die nationalsozialistische Regierung bewusst falsche Nachrichten lanciert hat. Sie hat Verhaftete tot melden lassen, die sich heute noch am Leben befinden. Sie hoffte, aus Nachrufen illegaler Organisationen Schuldbeweise gegen die Totgesagten zu ziehen und sie zu Geständnissen zu zwingen.

Die folgende Aufstellung kann den Anschein erwecken, als sei die Zahl der Morde im Laufe des Jahres 1935 und in den ersten Monaten 1936 nicht unwesentlich zurückgegangen. Aber die Meldungen von den Massenmorden verhafteter Oppositioneller in Wuppertal, in Hamburg und an vielen anderen Stellen des Dritten Reiches beweisen das Gegenteil. Selbst die Nachrichten, die den Weg an die Oeffentlichkeit finden, treffen in der Regel erst viele Monate später ein. Die Familien der Erschlagenen sind einer besonderen Kontrolle der Gestapo unterworfen, sie werden bewacht und bedroht, ihre Briefe werden durchschnüffelt. Unter diesem unerhörten Druck wagen sie kaum, selbst nächsten Freunden irgend eine Andeutung über das tragische Schicksal ihres Angehörigen zu machen. So sind zahlreiche Mitteilungen über Morde, die im Frühjahr 1935 erfolgten, erst im Frühjahr 1936 an die Oeffentlichkeit gelangt. Aber Tag für Tag treffen neue Meldungen ein, werden neue Namen bekannt, aus Ostpreussen, aus Bayern, aus Schlesien, aus Württemberg, aus allen Teilen des Reichs. Die Mordfackel im Dritten Reich ist nicht erloschen. Nur die Verschleierung der Morde ist verfeinert worden.